



Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich - Benchmarking-Bericht 2005 -

Impressum:

Der Senator für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361-4072
Fax: (0421) 361-2965
e-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:
Arbeitsgruppe Benchmarking
Referat 20, Frau Warnke
Telefon: (0421) 361-10162
e-Mail: Marion.Warnke@Finanzen.Bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei des Senators für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im September 2005

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Einleitung	
- Auftrag und Bearbeitung	1
- Rahmenbedingungen und Aussagekraft	2
- Darstellung und Ergebnisse	5
- Weiteres Verfahren	11
II. Zentrale Strukturkennziffern	
III. Produktplan-Berichte	
- Bürgerschaft	1
- Rechnungshof	5
- Senatskanzlei	9
- Bund und Europa	10
- Inneres	13
- Gleichberechtigung der Frau	17
- Justiz	19
- Sport	25
- Bildung	29
- Kultur	33
- Hochschulen und Forschung	37
- Arbeit	41
- Jugend	43
- Soziales	49
- Gesundheit	53
- Bau, Umwelt und Verkehr	57
- Wirtschaft	65
- Häfen	69
- Finanzen / Personal	73
IV. Benchmarking der Stadt Bremerhaven	
V. Anlagen	

Benchmarking

Auftrag und Bearbeitung

Die **Staatsräte-Arbeitsgruppe „Haushalt“** hat Ende 2004 darum gebeten,

- die Arbeiten der Begleit-AG „Benchmarking“ wieder aufzunehmen,
- den im Mai 2003 in Abstimmung mit den Ressorts vorgelegten Benchmarking-Bericht bis zum 30. Juni 2005 und anschließend jährlich bis Ende Juni zu aktualisieren sowie
- in den Ressorts Benchmarking als permanente Aufgabe zu etablieren.

Die **Begleit-Arbeitsgruppe „Benchmarking“** wurde daraufhin unter Federführung des Senators für Finanzen aus Mitgliedern

- der Senatskanzlei (Frau Adrian; Herr Bücken),
- des Rechnungshofes (Frau Gagelmann),
- des Statistischen Landesamtes (Frau Rösel; Herr Drescher),
- der Magistratskanzlei Bremerhaven (Frau Suhrhoff; Herr Polansky) und
- des Senators für Finanzen (Frau Kirschnick; Frau Warnke; Herr Bade; Herr Holzschneider; Herr Klusewitz; Herr Schröder; Herr Sommer)

neu gebildet und hat – nach flächendeckender Benennung von „**Benchmarking-Bbeauftragten**“ in den einzelnen Produktplänen – im April 2005 – unter Beteiligung der **Spiegelreferate** der Senatskanzlei und des Senators für Finanzen - in Kleingruppen ihre Gespräche mit den Ressorts aufgenommen.

Die **Zwischenstände** der mit den Ressorts durchgeführten Datenermittlungen, Abstimmungen und Beratungen sind im **Abschnitt III** dieses Berichtes dokumentiert. Abweichend von den Darstellungen des Benchmarking-Jahresberichtes 2003, die im Wesentlichen den Charakter einer Bestandsaufnahme möglicher Städte- und Ländervergleiche zur Beschreibung der öffentlichen Leistungserbringung und ihres Gestaltungsumfeldes besaßen, enthalten die aktuellen Vergleichswerte – dem Auftrag der Staatsräte-Runde entsprechend – dabei auch verstärkt **Interpretationen, Bewertungen und Rangfolgen**, die Anknüpfungspunkte für weitergehende Diskussionen über Umfang und Art der Leistungserbringung in den einzelnen Produktplänen liefern können.

Vor diesem Hintergrund waren bei den vorliegenden Städte- und Ländervergleichen hinsichtlich der Eignung, des Aussagegehaltes und der u. U. ableitbaren Verfahrens- oder Entscheidungsvorschläge **Unterschiede in der Bewertung** des Indikatorenspektrums durch die Produktplan-Verantwortlichen und die Mitglieder der Begleit-AG nicht auszuschließen. Abweichend vom Verfahren beim Jahresbericht 2003 werden diese Differenzen in den aktuellen

Berichtsblättern dargestellt und damit für die notwendigen weiteren inhaltlichen und politischen Beratungen aufbereitet.

Der **Benchmarking-Prozess** ist damit in Bremen – im Sinne des Staatsräte-Beschlusses vom Dezember 2004 – **erst angelaufen** und bedarf noch erheblicher Aktualisierungen und Ergänzungen sowie insbesondere der Interpretation, Beratung und Bewertung der vorhandenen und noch zu entwickelnden Kennzahlensysteme. Die eingeleiteten Gespräche mit den Ressorts sind mit dieser Aufgabenstellung fortzusetzen. Die hierfür notwendigen Grundlagen sind durch die Benennung von „**Benchmarking-Beauftragten**“ für alle Produktpläne des Landes und der Stadtgemeinde Bremen gelegt, die im weiteren Verfahren Städte- und Ländervergleiche als systematische Elemente der Ressortarbeit etablieren und als kontinuierliche Ansprechpartner der zentralen Benchmarking-Arbeitsgruppe fungieren werden. Im Einzelnen bestehen dabei derzeit folgende **Verantwortlichkeiten**:

Produktplan	Ressort	Begleit-AG
Bürgerschaft	Herr Oellerich, Herr Zeh	Frau Kirschnick, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Rechnungshof	Frau Müller	Frau Kirschnick, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Senatskanzlei	Frau Buhr	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Bundes-/ Europaangel.	Herr Brandstaeter	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Inneres	Herr Krawinkel	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Gleichber. d. Frau	Frau Melinkat	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Justiz	Frau Staats	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Sport	Herr Krawinkel	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Bildung	Frau Moning	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Kultur	Herr Brunseman	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Hochschulen/Forsch.	H. Albensoeder, H. Schütte-Thuy	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Arbeit	Herr Melloh	Frau Kirschnick, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Jugend und Soziales	Herr Melloh	Frau Kirschnick, Frau Warnke, Herr Holzschneider
Gesundheit	Herr Melloh, Herr Schgör	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Umweltschutz	Frau Odenkirchen, H. Bargfrede	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Bau	Frau Odenkirchen, H. Bargfrede	Herr Bücker, Herr Drescher, Herr Klusewitz
Wirtschaft	Frau Schneider, Herr Steck	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Häfen	Herr Lattner	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer
Finanzen/Personal	Herr Albers, Herr Zech	Frau Gagelmann, Herr Schröder, Herr Sommer

Rahmenbedingungen und Aussagekraft

Wie bereits im Benchmarking-Bericht 2003 dargestellt, reichen die Kennzahlen der amtlichen Statistik nur in Teilbereichen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung und – vielleicht mit Ausnahme des mit Sonderauswertungen dieser Quellen agierenden Bereichs „Wissenschaft/Forschung“ – noch in keinem Fall für komplette Produktpläne aus, um Städte-

und/oder Ländervergleiche zur Einordnung des eigenen Leistungsspektrums und der hierfür gebundenen Ausgaben bzw. Kosten in hinreichender Vollständigkeit und Differenzierung abzubilden. Obwohl im Rahmen der Bearbeitung alle bekannten und verfügbaren Quellen der statistischen Ämter, Gremien, Verbände oder sonstigen Institutionen ausgeschöpft und auch von Ressortseite eigene Auswertungen eingebracht wurden, bestehen bei den **Datengrundlagen** der Benchmarking-Ansätze damit nach wie vor **erhebliche Lücken**. Zu dieser Ausgangslage ist Folgendes anzumerken:

- o Dass die mangelnde statistische Basis zur Abbildung von Niveaus, Entwicklungen, Umfeldern und Strukturen der öffentlichen Kosten und Leistungen zwangsläufig kein auf Bremen beschränktes Problem darstellt, dokumentiert die Tatsache, dass aus anderen Ländern oder Städten bisher keine mit dem bremischen Ansatz vergleichbaren Versuche zur systematischen Bearbeitung und Auswertung von Benchmarking-Materialien bekannt sind. Es ist davon auszugehen, dass Bremen mit der gewählten Form eine bundesweite **Vorreiterrolle** einnimmt, die das **Risiko des Scheiterns** – zumindest in Teilbereichen des Aufgabenspektrums – birgt und die **Inkaufnahme mangelnder Perfektion** erfordert.
- o Die Voraussetzungen zur Durchführung von Städte- und Ländervergleichen wären nachhaltig zu verbessern, wenn die Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Bereichs und die diesbezüglichen Ressourceneinsätze zumindest bundesweit in **einheitlichen, vergleichbaren Systematiken** erfasst würden. Auf Städte- und Länderebene nicht vergleichbare Aufgabenstellungen und –abgrenzungen bzw. Kostenzuordnungen engen das Spektrum geeigneter Benchmarking-Kennziffern erheblich ein und bilden letztendlich den Grund der inzwischen ausgesprochen hohen Zahl eingerichteter Vergleichsringe auf freiwilliger – statt finanzstatistischer – Basis.
- o Große Erwartungen hinsichtlich der Erweiterbarkeit des Indikatorensets sind daher längerfristig auch auf die mögliche Einführung eines **einheitlichen Produktrahmenplanes** auf Länderebene gerichtet, der sich derzeit in verschiedenen Ländern in der Erprobungsphase befindet und anschließend – u. U. auch als Datenbasis des Statistischen Bundesamtes – möglichst flächendeckend eingeführt werden soll. Weitere Vergleichsmöglichkeiten ergeben sich eventuell aus **Benchmarking-Aktivitäten**, die für ausgewählte Aufgabenbereiche derzeit durch die Senatskanzlei (**Norddeutsche Länder**) und den Senator für Finanzen (**Stadtstaaten**) koordiniert bzw. begleitet werden. Zwischen den Stadtstaaten wird darüber hinaus die Schaffung vergleichbarer Aufgabenstrukturen durch **einheitliche Kostenträger-Definitionen** im KLR-Bereich erwogen, die exemplarisch in Bereichen mit ausgesprochen geringen sonstigen Vergleichsmöglichkeiten (Senatskanzlei, Finanzen etc.) begonnen werden könnte.

- o Da das Instrument der Städte- und Ländervergleiche längerfristig entwickelt und genutzt werden soll, werden mit den Produktplan-Verantwortlichen auch Möglichkeiten erörtert, weitere Quellen für Benchmarking-Ansätze zu nutzen bzw. zu schaffen. Das Angebot, zur Unterstützung einer entsprechenden Informationsbeschaffung mögliche **Hilfestellungen durch den Senator für Finanzen** (Organisationsreferat) **oder** – mit noch offener Finanzierung – **von externer Seite** zu prüfen, wurde in den bisherigen Abstimmungsgesprächen allerdings noch nicht aufgegriffen.

- o Von erheblicher Bedeutung für die Verfügbarkeit Benchmarking-geeigneter Kennzahlen wäre auch die Beteiligung der Ressorts an so genannten „**Vergleichsringen**“, die insbesondere von der KGSt und der Bertelsmann-Stiftung für verschiedene Aufgabenbereiche und unterschiedliche Städtegrößenklassen angeboten bzw. begleitet werden. Obwohl hier von den Ressorts vor zwei Jahren zum Teil großes Interesse signalisiert wurde, findet eine nennenswerte Mitwirkung bremischer Dienststellen in entsprechenden Städte-Arbeitsgruppen bisher praktisch noch nicht statt. Ziel der Begleit-AG ist es daher auch, gemeinsam mit den Ressorts – über die bereits mit anderen Kooperationspartnern bestehenden Ansätze (z. B. in den Bereichen Wissenschaft und AFGJS) hinaus - Aktivitäten zu entwickeln, die in geeigneten Aufgabenbereichen den Einstieg in vorhandene oder u. U. sogar die Initiierung neuer Vergleichsringe von Städten vergleichbarer Größenordnung ermöglichen.

Angesichts der skizzierten Daten- und Kennzahlenprobleme sind die **Erwartungen** hinsichtlich der Nutzbarkeit der Städte- und Ländervergleichswerte für aufgabenorientierte Prioritätensetzungen oder mittel- wie längerfristige Budgetgestaltungen zunächst **nicht zu hoch anzusetzen**: Feststellbar ist, dass die verfügbaren Kennzahlen nur in Ausnahmefällen einen unmittelbaren Budgetbezug aufweisen, der konkrete Quantifizierungen für die Eckwertbildung zulassen würde. Überwiegend liefern die amtliche Statistik und die sonstigen verfügbaren Quellen (Vergleichsringe; Sonderauswertungen; Ressortinitiativen für Vergleiche) maximal Leistungsdaten ohne unmittelbaren Kostenbezug, vielfach sogar nur Informationen zur Ausgangslage bzw. zu Entwicklungen, auf die durch Maßnahmen der Ressorts Einfluss genommen werden kann (produktplanbezogene Strukturkennzahlen).

Gleichzeitig ist unstrittig, dass mit den in der Erarbeitung befindlichen Vergleichsbetrachtungen, die die Voraussetzungen für das eigentliche „Benchmarking“ schaffen, wichtige Informationen zur Untermauerung von Diskussionen im Haushaltsaufstellungsverfahren und bei der Finanzplan-Fortschreibung geliefert werden können. **Ziel** der vorliegenden und in Zukunft entsprechend auszubauenden Indikatorensysteme ist es dabei, in möglichst hohem Maße durch Vergleichsbetrachtungen die Voraussetzungen dafür zu verbessern,

- im Sinne ressortstrategischer Überlegungen **Rückschlüsse** aus Kennzahlen zum Handlungsumfeld der Ressorts auf Art und Umfang der **Leistungserbringung** sowie den notwendigen **Mittleinsatz** zu ziehen und
- die Einordnung des Leistungsumfanges bzw. Mittleinsatzes im Städte- und/oder Ländervergleich zum Anlass für **Diskussionen** über inhaltliche bzw. politische **Notwendigkeiten und Prioritätensetzungen** der einzelnen abgebildeten Bereiche der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung zu nehmen.

Im Vordergrund der (Zwischen-) Ergebnisse der Beratungen mit den Ressorts steht dementsprechend die Verwertbarkeit der Kennzahlenvergleiche für Ressortstrategien und Eckwertbildungen. Etwas in den Hintergrund gerückt ist hingegen zunächst die Betrachtung der Vergleichsdaten unter dem **Aspekt der stadtstaaten-spezifischen Besonderheiten**. Dennoch wurde bei der Zusammenstellung der Indikatorensatzes auch diese Thematik berücksichtigt, so dass ergänzende Auswertungen (z. B. Gegenüberstellung mit ifo-Vergleichsstädten) und die Einbeziehung der vorliegenden Daten in entsprechende Analysen zum notwendigen Leistungs- und Ausgabenniveau („kritische Untergrenze“) und dessen Abbildung im Rahmen der geltenden Einwohnerwertung problemlos möglich sind. Unter dem gleichen Gesichtspunkt werden die Vergleichsdaten zudem in Abstimmungsgespräche mit Hamburg und Berlin einbezogen, die zwischenzeitlich gemeinsam mit Bremen in einer Stadtstaaten-Kooperation eine zunächst exemplarische Bearbeitung von sechs ausgewählten Benchmarking-Feldern begonnen haben.

Darstellung und Ergebnisse

Die unter dem **Gliederungspunkt III** zusammengestellten **Einzelberichte nach Produktplänen** enthalten die von den Ressorts und der Begleit-AG zugelieferten Vergleichsdaten, die vom Statistischen Landesamt in standardisierter Form tabellarisch aufbereitet und im zugehörigen Textteil unter jeweils vergleichbaren Aspekten kommentiert wurden. Zu **Inhalt und Aufbau** der Produktplan-Blätter ist dabei Folgendes zu beachten:

- o Die Tabellen des Statistischen Landesamtes enthalten statt der ifo-Vergleichsstädte (Städtedaten) und des Stadtstaaten-Durchschnitts (Länderdaten) im Gegensatz zum Jahresbericht 2003 nunmehr Angaben zur Einordnung der bremischen Daten in eine **Rangfolge**, bei der – unabhängig von der inhaltlichen Bewertung – der Höchstwert jeweils als Rang 1 definiert wurde. Die **Errechnung der Durchschnittswerte** der Vergleichsregionen erfolgte für die Relativzahlen über eine ungewichtete Zusammenführung der Einzelwerte (Quotient der Summen).

- o Aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit konnten in einigen Bereichen über das dargestellte Spektrum hinaus zwar **weitere, prinzipiell geeignete Indikatoren** benannt, jedoch nicht mehr mit entsprechenden Werten ausgewiesen werden. Hier werden im Rahmen des weiteren Bearbeitungsgangs die möglichen und notwendigen Ergänzungen vorgenommen. Ebenfalls aus Termingründen konnten die ausgewiesenen Daten noch nicht flächendeckend einer Detailprüfung hinsichtlich ihrer **Validität und Vergleichbarkeit** sowie hinsichtlich ihrer **Kompatibilität mit möglichen Beschlusslagen** zur Ausgestaltung der Aufgabenwahrnehmung und des Ausgabenniveaus in den einzelnen Produktplänen unterzogen werden. Sowohl aus Sicht der Produktplan-Vertreter als auch nach Einschätzung der Begleit-Arbeitsgruppe bedürfen einige der aufgeführten Vergleichsdaten noch einer ausführlicheren Erläuterung und Interpretation, auf die – sofern vorliegend – auch aus Gründen der Übersichtlichkeit zunächst verzichtet wurde. Bei der Verwertung der Vergleichsdaten im weiteren Verfahren (z. B. im Rahmen der Haushaltsaufstellung) ist dieser Sachverhalt zu berücksichtigen.

- o Da verwertbare Städte- und/oder Ländervergleiche aufgrund der geringen Größe bzw. des spezifischen Aufgabenspektrums nicht gebildet werden konnten, wurden die Produktpläne
 - Landesbeauftragter für den Datenschutz,
 - Staatsgerichtshof,
 - Allgemeine Finanzen,
 - Zentrale Finanzen und
 - Investitionssonderprogramm**in der Einzeldarstellung nicht berücksichtigt.**

- o Die **Kommentierung der Produktplan-Blätter** wurde – unterstützt durch Textbeiträge der Bereiche – im Wesentlichen durch die Mitglieder der jeweiligen Begleit-AG vorgenommen und den Benchmarking-Verantwortlichen in den Ressorts abschließend zur Abstimmung vorgelegt. Die zwischen den Beteiligten zu gestaltenden Abstimmungsprozesse wurden hinsichtlich der inhaltlichen Qualität und des jeweiligen Zeitaufwandes dabei entscheidend beeinflusst durch
 - das in den Bereichen vorhandene Know-how im Umgang mit Städte- und Ländervergleichen,
 - die grundsätzliche Einstellung der Verantwortlichen zum Instrument des Benchmarkings und die daran geknüpfte Bereitschaft zur Kooperation,
 - die Verfügbarkeit ausreichender und belastbarer Kennzahlensysteme sowie
 - die Gestaltung der Abstimmungsverfahren innerhalb der beteiligten Häuser.

Wie bereits dargestellt, bilden die Produktplan-Texte dabei bewusst auch die zwischen den Akteuren bisher verbliebenen Beurteilungsdifferenzen ab.

- o **Umfang und Intensität der Kommentierungen** für die einzelnen Produktpläne richten sich einerseits nach der Verfügbarkeit und dem Aussagegehalt der zuzuordnenden Kennzahlen. Andererseits wurde die Bedeutung des jeweiligen Bereichs gemessen am **Budgetvolumen** berücksichtigt. Auch wenn unmittelbare Bezüge zwischen (Leistungs-) Kennzahlen und Mitteleinsatz im derzeitigen Spektrum der Vergleichsdaten noch eher die Ausnahme darstellen, ist über die Eckwert-Volumina der Produktpläne zumindest für das weitere Verfahren ablesbar, in welchen Ausgabenbereichen aufgrund der dafür gebundenen Mittel ein besonderes Interesse an Ausbau und Intensivierung der Benchmarking-Ansätze bestehen sollte. In den nachfolgenden Übersichten sind – anhand der Anschläge 2005 – die dabei zugrunde zu legenden **Bereichswerte und -anteile** dargestellt, wobei – abweichend von der ansonsten üblichen Systematik – zur eindeutigeren Definition der Verantwortlichkeiten – die Personalausgaben des Produktplanes „Allgemeine Finanzen“ (Versorgung, Beihilfe etc.) und die Ausgaben des Anschlussinvestitionsprogramms den Bereichen zugeordnet wurden.

Ausgabeneckwerte 2005 nach Produktplänen *)							Benchmarking - Begleitarbeitsgruppe	
(Land und Stadtgemeinde Bremen)							Sff / SK / RH / StaLa	22. Aug. 05
Produktplan	Ausgaben insgesamt		Konsumtive Ausgaben		Personalausgaben		Investive Ausgaben	
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %
41 Jugend und Soziales	678	20,6	570	37,6	97	9,0	11	1,6
- Soziales	503	15,3	452	29,8	40	3,8	10	1,5
- Jugend (41.01)	176	5,3	118	7,8	57	5,3	1	0,1
21 Bildung	590	17,9	156	10,3	412	38,4	21	3,0
68 Bau, Umwelt und Verkehr	415	12,6	207	13,7	59	5,5	148	21,3
24 Hochschulen und Forschung	294	9,0	196	12,9	4	0,3	95	13,6
07 Inneres	288	8,8	59	3,9	221	20,6	8	1,2
71 Wirtschaft	270	8,2	23	1,5	7	0,6	240	34,5
11 Justiz	123	3,7	30	2,0	89	8,3	4	0,6
91 Finanzen / Personal	115	3,5	14	0,9	95	8,9	6	0,9
93 Zentrale Finanzen	94	2,9	88	5,8	0	0,0	6	0,9
81 Häfen	90	2,7	19	1,3	14	1,3	57	8,2
92 Allgemeine Finanzen	76	2,3	17	1,1	0	0,0	58	8,4
22 Kultur	74	2,3	62	4,1	9	0,9	3	0,4
51 Gesundheit	62	1,9	13	0,8	18	1,7	31	4,5
31 Arbeit	61	1,9	43	2,8	17	1,6	2	0,2
01 Bürgerschaft	18	0,6	7	0,4	11	1,0	1	0,1
12 Sport	14	0,4	8	0,5	1	0,1	4	0,6
03 Senat und Senatskanzlei	9	0,3	1	0,1	7	0,7	0	0,0
05 Bundes- und Europaangelegenh., Entwicklungszusammenarbeit	6	0,2	3	0,2	3	0,3	0	0,0
02 Rechnungshof	5	0,2	0	0,0	5	0,4	0	0,0
08 Gleichberechtigung der Frau	1	0,0	0	0,0	1	0,1	0	0,0
06 Datenschutz	1	0,0	0	0,0	1	0,1	0	0,0
09 Staatsgerichtshof	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0
	3.284		1.517		1.072		696	

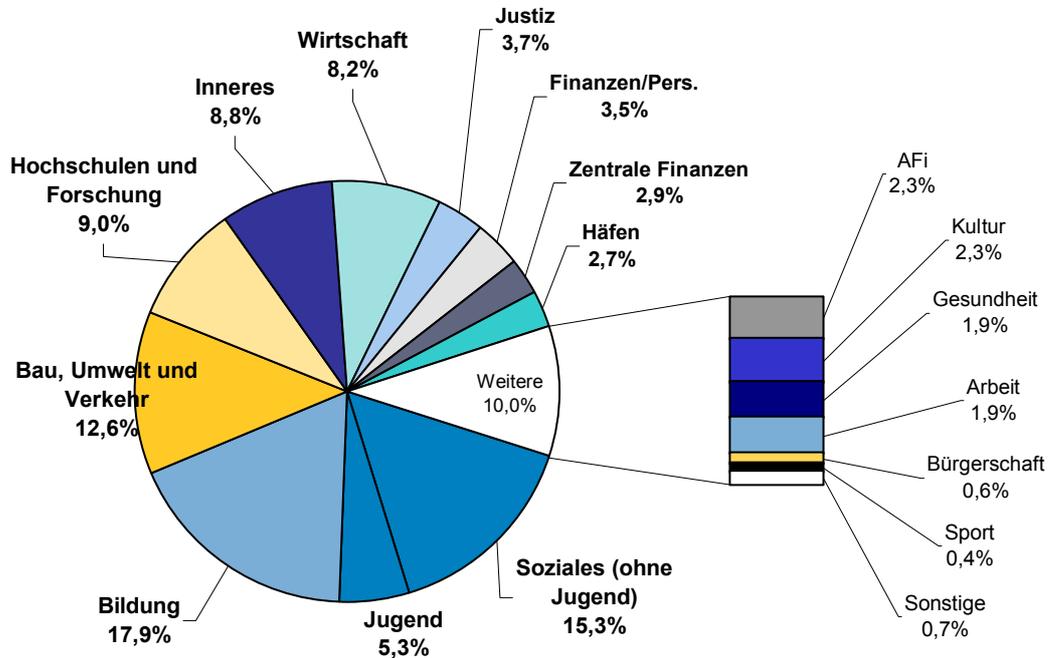
*) Ausgaben des Produktplans AIP wurden den bewirtschaftenden Ressorts inhaltlich zugeordnet.

(158 Mio. € Wirtschaft, 49 Mio. € Bau/Umwelt, 31 Mio. € Hochschulen/Forschung)

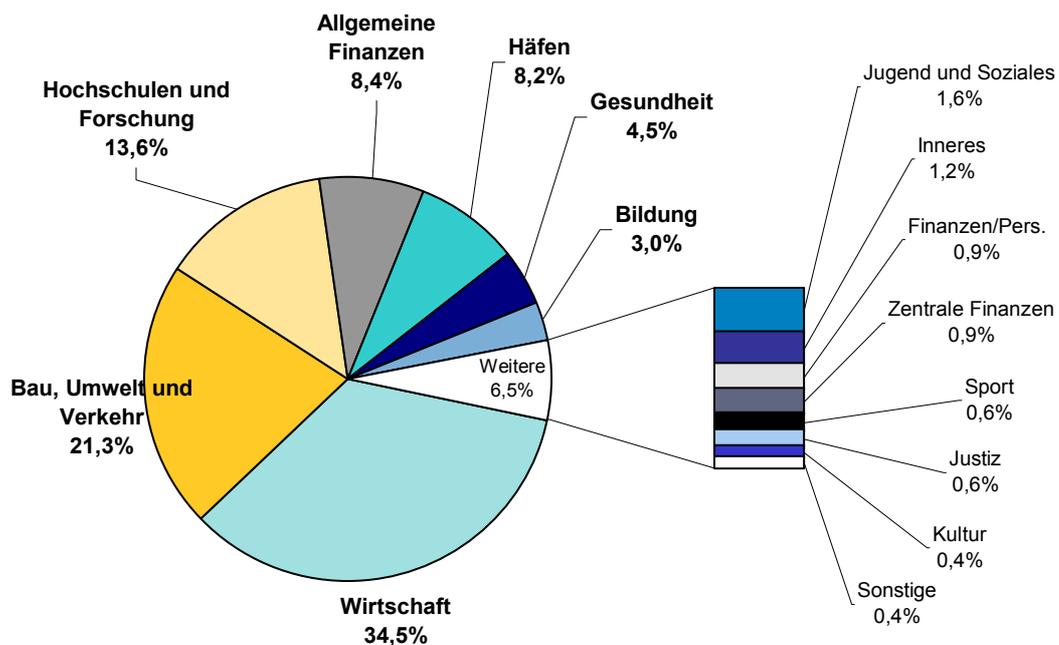
Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet (301 Mio. €).

Ausgabeneckwerte 2005 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Der Gesamtausgaben-Eckwert beträgt 3.284 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Der investive Eckwert (inkl. AIP- Zuordnung) beträgt 696 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:

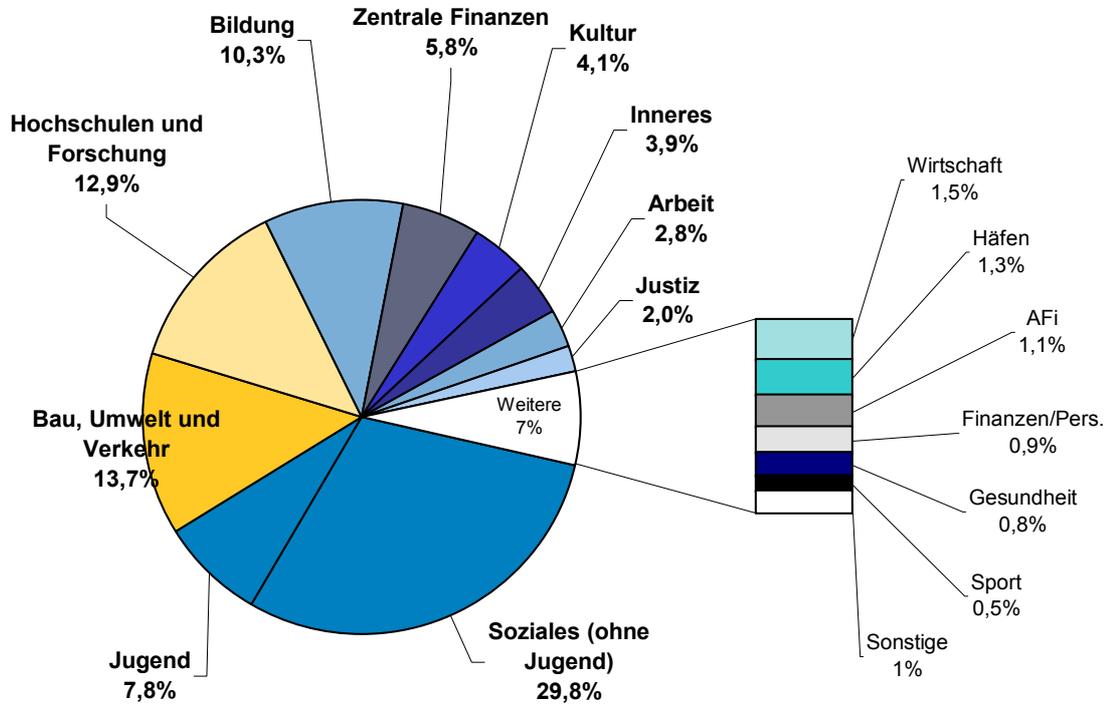


*) Ausgaben des Produktplans AIP wurden den bewirtschaftenden Ressorts inhaltlich zugeordnet.
 (158 Mio. € Wirtschaft, 49 Mio. € Bau/Umwelt, 31 Mio. € Hochschulen/Forschung)

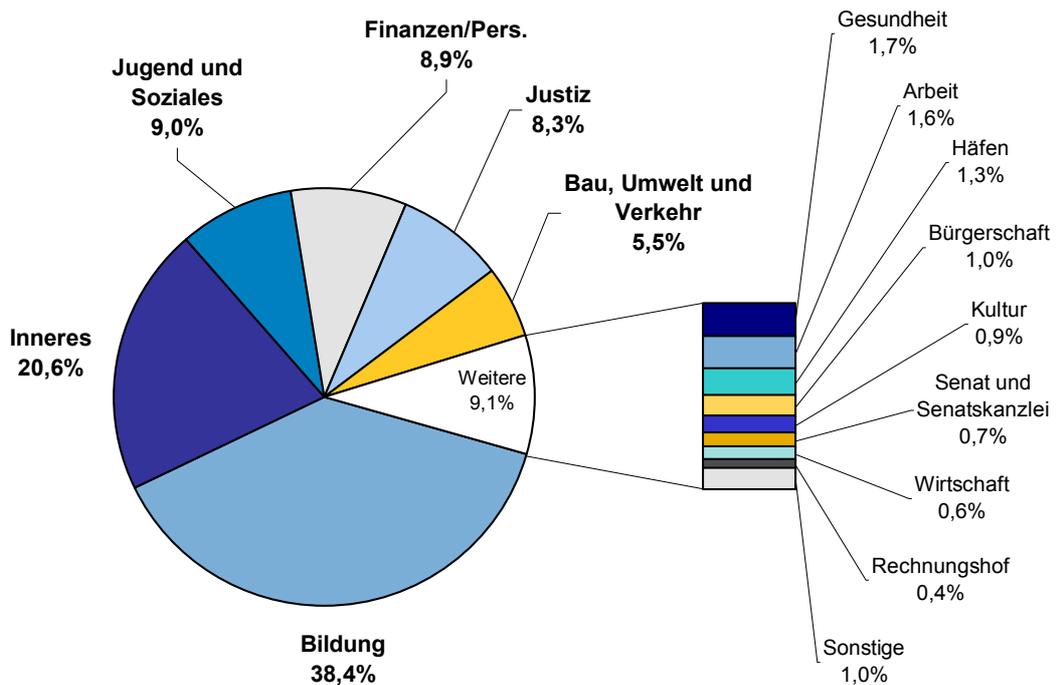
Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet (301 Mio. €).

Ausgabeneckwerte 2005 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Der konsumtive Eckwert (ohne Personal) beträgt 1.517 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Der Personalausgabeneckwert beträgt 1.072 Mio. €.
Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



*) Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet.

- o Die Textpassagen der einzelnen Produktplan-Blätter behandeln systematisch folgende **Schwerpunkte und Fragestellungen:**
 - **Ressortbezogene Vorbemerkungen**
 - Budgetrelevanz des Bereichs (auf Basis der Eckwerte 2005)
 - Aufstellung des Bereichs in Bezug auf Benchmarking
 - Bearbeitung der Thematik / Existenz von "Benchmarking-Beauftragten"
 - Mitwirkung in Vergleichsringen (bestehende und genutzte Möglichkeiten)
 - **Datenverfügbarkeit und –nutzbarkeit**
 - Grad der Abbildung der Ressortaufgaben
 - zusätzlich notwendige bzw. wünschenswerte Kennzahlen
 - Verfügbarkeit von KLR-Daten (Kostenträgerrechnung)
 - **Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse**
 - Verhältnis der bremischen Daten zu den Daten der Vergleichsstädte bzw. der anderen Stadtstaaten / Länder
 - durch erhebliche Diskontinuität bzw. Trendentwicklungen gekennzeichnete Zeitreihen
 - bestehende Handlungsnotwendigkeiten auf Basis der Vergleichsbetrachtungen
 - notwendige Voraussetzungen zur Umsetzung
 - Einschätzung der Haushaltswirksamkeit möglicher Veränderungen
 - **Ausblick/Prüfauftrag**
 - Fazit und Empfehlung durch die Begleit-AG

Den Produktplan-Kennzahlen vorangestellt sind „**Zentrale Strukturkennzahlen**“ Bremens im Städte- und Ländervergleich (einschließlich grafischer Aufbereitung und Kommentierung; **Abschnitt II**), die das Umfeld der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung abbilden, ohne unmittelbar mit den Aktivitäten eines einzelnen Ressorts in Verbindung gebracht werden zu können (Einwohner, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Wirtschaftskraft). Die vorwiegend Städtedaten berücksichtigenden Vergleichsbetrachtungen basieren auf Zusammenstellungen und Auswertungen des Statistischen Landesamtes.

Im **Abschnitt IV** wird in zusammenfassender Form über die **Benchmarking-Aktivitäten der Stadt Bremerhaven** berichtet. Die Darstellungen zeigen, dass die Bemühungen der Stadt um Aufbau und Durchführung von Städtevergleichen – zumindest auf Seiten der Fachressorts – zum Teil noch deutlich über die Ansätze in Bremen hinausgehen. Ebenfalls deutlich

wird, dass im weiteren Verfahren zu prüfen ist, ob und inwieweit Methodik und (Teil-) Ergebnisse des vorliegenden Benchmarking-Berichtes auf entsprechende Verfahren in Bremerhaven übertragen werden können. Die hierfür notwendigen Vergleichsstädte wurden bereits benannt und soweit möglich vom Statistischen Landesamt datenmäßig erfasst.

Weiteres Verfahren

Der mit dem vorliegenden Benchmarking-Bericht intensivierte Prozess zur Einbeziehung von Städte- und Ländervergleichen in die Bewertung und Orientierung der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung in Bremen ist unbedingt fortzusetzen. Der – nicht zuletzt durch die häufig völlig unzureichende Datenlage erzwungene – schon bisher hohe Arbeitseinsatz aller Beteiligten, insbesondere jedoch auch die Erkenntnis, dass mit entsprechendem Engagement gute Voraussetzungen geschaffen werden können, Städte- und Ländervergleiche zu einem systematischen Element der Zielbildung, Maßnahmenbewertung, Effizienzprüfung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Ressortstrategien auszubauen, sollte zu der von der Staatsräte-Arbeitsgruppe „Haushalt“ im Dezember 2004 auch vorgesehenen **Fortsetzung der begonnenen Arbeiten** im Benchmarking-Bereich führen.

Erforderlich ist es im weiteren Verfahren, das auf Basis der entstandenen Organisationsstrukturen in den Produktplänen und der Begleit-AG gestaltet werden sollte, die **statistischen Grundlagen** der Vergleichsbetrachtungen zu **erweitern bzw. zu verbessern** und dabei insbesondere auch die **Möglichkeit eigener Aktivitäten** (Herstellung von Informationsaustauschen mit einzelnen Städten und/oder Ländern; Beteiligung an Vergleichsringen; externe Begutachtung) zu prüfen. In diesem Zusammenhang müssen auch Vergleiche mit jeweils nur wenigen Vergleichsregionen verstärkt als Ergänzungen des Standard-Tabellenwerks in die Darstellungen und Betrachtungen einbezogen werden.

Ebenfalls fortzusetzen ist im Dialog mit den Benchmarking-Verantwortlichen die **Bewertung der Verlässlichkeit und des Aussagegehaltes** der vorliegenden Vergleichsdaten sowie der sich aus den Vergleichen ergebenden **Schlussfolgerungen**. In Ausbau und Interpretation der Datenbasis einzubeziehen sind dabei Diskussionen und Anregungen aus dem laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren sowie aus den – u. U. in diesem Zusammenhang zu führenden – Beratungen über Ressortziele und Strategien. Die Ergebnisse dieses Prozesses sind zusammengefasst im nächsten **Benchmarking-Bericht** darzustellen, der im **Juni 2006** vorzulegen ist.

Im weiteren Verfahren sind dabei auch folgenden Aufgaben zu erledigen:

- o Die den ausgewiesenen Städte- und Ländervergleichen zugrunde liegende **Datenbank** ist **weiter zu entwickeln und zu vervollständigen**. Zur Abbildung von Entwicklungen sollen dabei insbesondere auch die – zum Teil bereits vorhandenen – Möglichkeiten zur Ausweisung von Zeitreihen weiter verbessert werden. Das Statistische Landesamt wird darüber hinaus für Ausbau und Pflege der Datenbank **Eingabemasken** entwickeln, die es ermöglichen, Aktualisierungen und Ergänzungen des Datenbestandes zeitnah auch durch die Produktplan-Verantwortlichen selbst vorzunehmen zu lassen.
- o Zu prüfen sind die technischen und inhaltlichen Aspekte unter denen die bestehenden und weiterzuentwickelnden Städte- und Ländervergleiche systematisch **mit dem Produktgruppenhaushalt zu verzahnen** sind. Ziel ist es, ausgewählte Inhalte der Benchmarking-Datenbank für Ressortstrategien, Finanzplan-Fortschreibung, Haushaltsaufstellungsverfahren sowie – als Zielzahlbegründungen – für das unterjährige Controlling mit der Darstellungsebene der Produktpläne zu verknüpfen.
- o Im weiteren Verfahren ebenfalls zu betrachten ist die **Übertragbarkeit** der bremischen Benchmarking-Ansätze **auf Bremerhaven**. Hierbei sollten sowohl Vergleiche Bremerhavens mit anderen Großstädten als auch Vergleiche beider bremischer Städte untereinander und im Verhältnis zu ihren jeweiligen Vergleichsstädten hinsichtlich ihrer **Durchführbarkeit** und ihres **Aussagegehaltes** geprüft werden. Sowohl „zentrale Strukturkennzahlen“ als auch eine Vielzahl der für Bremen zusammengestellten ressortspezifischen Vergleichsdaten sind vom Statistischen Landesamt hierzu auch für einen Vergleich Bremerhavens mit ausgewählten Städten entsprechender Größenordnung bereits aufbereitet und verfügbar. In Abhängigkeit von den erreichbaren Ergebnissen sollte – zur Vorlage im Magistrat der Stadt Bremerhaven und in der Staatsräte-Klausur – ggf. auch die Erstellung eines **Sonderberichtes** der Begleit-AG zu Benchmarking-Ansätzen für Bremerhaven vorgesehen werden.

II. Zentrale Strukturkennziffern

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern A: Einwohner

Stand: 22.08.2005

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
													Essen	Dort- mund	Duis- burg		
A.01.01	Bevölkerungsentwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	0,5	2,0	-0,2	0,4	0,2	0,1	0,4	4,3	1,3	-2,1	-0,5	-3,1	0,6	4
A.01.02	Bevölkerungsentwicklung männlich in den letzten 5 Jahren	%	2003	0,0	2,4	-0,2	1,1	0,3	0,3	0,4	3,4	1,8	-3,1	0,1	-3,2	0,5	9
A.01.03	Bevölkerungsentwicklung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	2003	-0,4	1,3	-1,1	-0,2	-0,4	-0,8	0,4	1,4	0,1	-3,5	-1,1	-3,8	-0,4	7
A.02.01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		2003	1,23	1,21	1,16	1,22	1,29	1,19	1,27	1,26	1,16	1,29	1,35	1,43	1,23	7
A.03.01	Bevölkerungsdichte	EW/ qkm	2003	1.669	2.296	3.800	2.638	2.591	2.530	2.384	4.019	2.841	2.802	2.103	2.176	2.771	12
A.04.01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	2003	13,3	13,2	12,4	12,7	12,8	12,6	13,9	12,6	12,9	13,6	14,3	15,0	13,1	5
A.04.02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	2003	67,3	69,2	71,6	68,5	70,7	68,4	69,0	70,9	69,7	65,5	66,3	64,9	69,5	9
A.04.03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	2003	19,3	17,6	16,0	18,7	16,6	18,9	17,0	16,5	17,4	20,9	19,4	20,1	17,5	4
A.05.01	Ausländeranteil	%	2003	13,1	14,6	13,2	18,0	22,0	15,4	17,8	24,1	24,0	11,6	16,1	16,5	16,5	11
A.06.01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	2003	25,3	25,9	27,9
A.07.01	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	2003	87,0	69,0	77,0	54,0	65,0	77,0	57,0	37,0	40,0	68,0	62,0	61,0	65,0	1

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- A.01. Statistik Regional; berechnet anhand der durchschnittlichen Jahresbevölkerung; 2004: Bevölkerungsstand am 30.06.
- A.02. Statistik Regional; Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bundesstatistik) und Statistik der Geburten (Bundesstatistik); mittlere Kinderzahl je Frau, definiert als Summe der altersgruppenspezifischen Geburtenraten
- A.03. Statistik Regional; Bevölkerungsstand am 31.12, Gebietsstand am 31.12.
- A.04. Statistik Regional; Bevölkerungsstand am 31.12.
- A.05. Statistik Regional; Bevölkerungsstand am 31.12.
- A.06. Statistische Jahrbücher der Länder; Basis: Mikrozensus
- A.07. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 22.08.2005

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*	
												Essen	Dort- mund	Duis- burg			
B.01.01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige am Arbeitsort	je 1.000 EW	2003	604	594	446	795	918	729	642	745	775	507	473	416	596	7
B.02.01	Erwerbstätige am Arbeitsort: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2003	2,5	1,5	-1,8	3,8	5,9	2,0	7,1	4,6	3,7	1,2	4,1	0,9	2,4	7
B.03.01	SV Beschäftigte (Wohnort)	je 1.000 EW	2004	298	315	283	334	341	.	324	380	335	289	283	288	.	7
B.03.02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich	je 1.000 EW	2003	342	343	295	373	377	345	372	408	379	343	331	358	343	10
B.03.03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich	je 1.000 EW	2003	271	301	286	309	322	300	297	363	310	255	248	232	295	9
B.04.01	SV Beschäftigte (Wohnort): Entwicklung in den letzten drei Jahren	%	2004	-5,5	-4,8	-8,7	-6,0	-5,3	.	-6,3	-5,1	-5,2	-7,2	-6,3	-6,5	.	5
B.04.02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Entwicklung in den letzten drei Jahren	%	2003	-4,1	-3,3	-10,5	-5,5	-3,1	-6,8	-4,5	-2,2	-3,2	-7,4	-7,2	-7,6	-6,0	5
B.04.03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Entwicklung in den letzten drei Jahren	%	2003	-0,3	-0,2	-5,8	-0,7	-0,1	-3,0	0,8	0,3	-0,3	-1,7	-0,1	-1,7	-1,9	6
B.05.01	SV Beschäftigte (Arbeitsort)	je 1.000 EW	2004	425	426	308	584	719	.	455	534	584	351	326	305	.	7
B.05.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich	je 1.000 EW	2003	522	485	314	685	856	601	545	596	679	423	367	385	485	7
B.05.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich	je 1.000 EW	2003	355	383	315	523	628	468	397	488	513	308	287	230	390	8
B.06.01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Entwicklung in den letzten drei Jahren	%	2004	-4,3	-4,6	-7,4	-5,5	-5,8	.	-5,1	-4,6	-2,7	-7,1	-2,4	-2,1	.	4
B.06.02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Entwicklung in den letzten drei Jahren	%	2003	-2,1	-2,9	-9,2	-3,9	-2,2	-8,1	-2,9	-1,7	-1,4	-5,3	-6,5	-4,4	-4,4	3
B.06.03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Entwicklung in den letzten drei Jahren	%	2003	1,8	0,0	-3,7	1,2	1,9	-4,5	1,2	1,4	2,1	-0,3	2,9	1,0	-0,3	4
B.07.01	Anteil Einpendler an SV Beschäftigten	%	2003	41,8	36,0	18,1	.	65,1	22,8	.	44,9	58,4	4
B.07.02	Anteil Auspendler an SV Beschäftigten (Wohnort)	%	2003	16,8	13,8	11,3	.	26,0	10,0	.	22,6	28,0	4
B.07.03	Pendlersaldo insgesamt		2004	69.142	191.186	82.550	143.009	243.984	.	126.687	191.697	146.452	36.161	25.496	8.747	.	8
B.07.04	Pendlersaldo	je 1.000 EW	2003	131	111	24	260	390	210	135	156	251	66	37	12	117	7
B.08.01	Akademikerquote (Wohnort)	%	2003	11,5	11,4	13,5	13,9	16,3	13,7	14,1	18,7	16,9	9,9	9,4	5,6	13,5	8
B.08.02	Akademikerquote	%	2003	11,0	11,5	12,9	13,7	16,6	12,7	13,3	19,5	19,1	11,6	9,7	7,4	14,0	10
B.09.01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren	%	2003	0,5	1,1	0,8	0,5	0,4	1,1	1,0	0,6	0,0	1,1	1,1	1,0	0,7	10

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quellen/ Anmerkungen:

- B.01. Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Statistik Regional
- B.03. Bundesagentur für Arbeit; Statistik Regional; Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2004: vorläufige Zahlen
- B.04. Bundesagentur für Arbeit; Statistik Regional; Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2004: vorläufige Zahlen
- B.05. Bundesagentur für Arbeit; Statistik Regional; Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2004: vorläufige Zahlen

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern B: Beschäftigung

Stand: 22.08.2005

- B.06. Bundesagentur für Arbeit; Statistik Regional; Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999); 2004: vorläufige Zahlen
- B.07. Statistik Regional; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesstatistik); Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999).
- B.08. Statistik Regional; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesstatistik); Stichtag: 30.06.; ohne sog. "geringfügig entlohnte Tätigkeiten" (Neuregelung April 1999). Stichtag: 30.06.; ohne sog. geringfügig entlohnte Tätigkeiten (Neuregelung April 1999); erfasst sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule
- B.09. Statistik Regional; Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Kleingewerbe) zum Zeitpunkt der Antragstellung des Insolvenzverfahrens an der Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Benchmarking**Übergeordnete Strukturkennziffern C: Arbeitslosigkeit****Stand: 10.08.2005**

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
													Essen	Dort- mund	Duis- burg		
C.01.01	Arbeitslosenquote	%	2004	13,3	11,0	19,8	11,3	10,3	12,9	13,2	7,6	8,1	13,3	16,7	15,3	.	4
C.01.02	Anteil Frauen an den Arbeitslosen	%	2004	38,5	39,9	41,5	38,7	39,7	38,9	39,3	43,7	41,3	35,1	37,1	39,8	40,3	10
C.01.03	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an Arbeitslosen insgesamt	%	2004	9,3	8,8	10,6	5,0	8,6	8,6	7,5	8,9	11,1	8,3	9,1	10,0	9,4	4
C.01.04	Anteil der 55jährigen und älter an allen Arbeitslosen	%	2004	10,5	12,0	10,3	14,0	12,5	9,3	12,8	14,3	13,4	12,4	11,6	10,6	11,4	10
C.01.05	Anteil der Arbeitslosen, die 1 Jahr und länger arbeitslos sind an allen Arbeitslosen (=Langzeitarbeitslose)	%	2004	41,1	33,2	41,5	42,6	32,6	41,4	39,1	25,9	29,9	44,9	48,4	44,8	39,4	7

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quellen/ Anmerkungen:

C.01. Bundesagentur für Arbeit; Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Benchmarking

Übergeordnete Strukturkennziffern D: Wirtschaftskraft

Stand: 22.08.2005

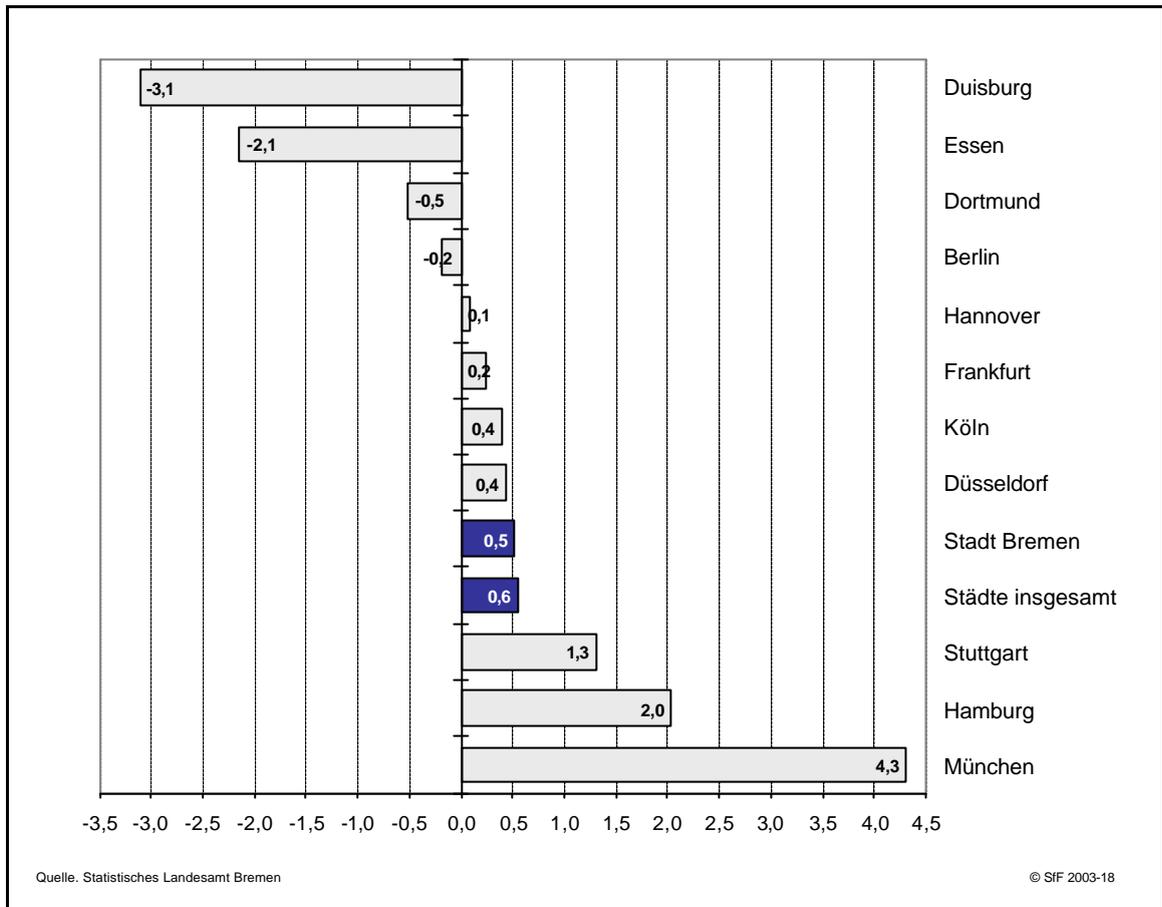
Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*	
													Essen	Dort- mund	Duis- burg			
D.01.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen)	€/EW	2003	37.064	44.291	22.651
			2002	37.060	43.910	22.710	63.662	74.332	39.426	42.070	52.991	56.156	30.803	26.998	23.282	38.965	8	
D.02.01	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in den letzten 5	%	2003	12,6	11,8	1,8
			2002	15,5	13,7	2,6	14,1	15,6	0,4	10,1	14,9	18,8	4,6	11,9	9,1	11,0	3	
D.03.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	€/ET	2003	61.487	74.502	50.740
			2002	61.159	72.644	50.276	79.853	79.686	54.580	64.888	70.234	71.973	60.450	57.697	55.997	64.797	7	
D.04.01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen:	%	2003	10,0	10,1	3,6
			2002	13,4	9,3	3,9	6,4	6,6	-0,9	-0,4	7,0	14,2	1,0	7,3	5,2	6,6	2	
D.05.01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge	je 1.000 EW	2003	-0,20	-0,10	-0,14	-0,33	-0,40	-0,04	-0,12	-0,51	1,31	-0,07	-0,09	-0,16	-0,11	9	
D.05.02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben	je 1.000 EW	2003	1,53	3,19	2,24	2,14	2,05	1,84	2,13	3,19	0,93	0,89	3,14	0,91	2,26	9	
D.06.01	Insolvenzverfahren	je 10.000 EW	2003	20	16	16	13	18	18	13	13	9	12	16	8	15	1	

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

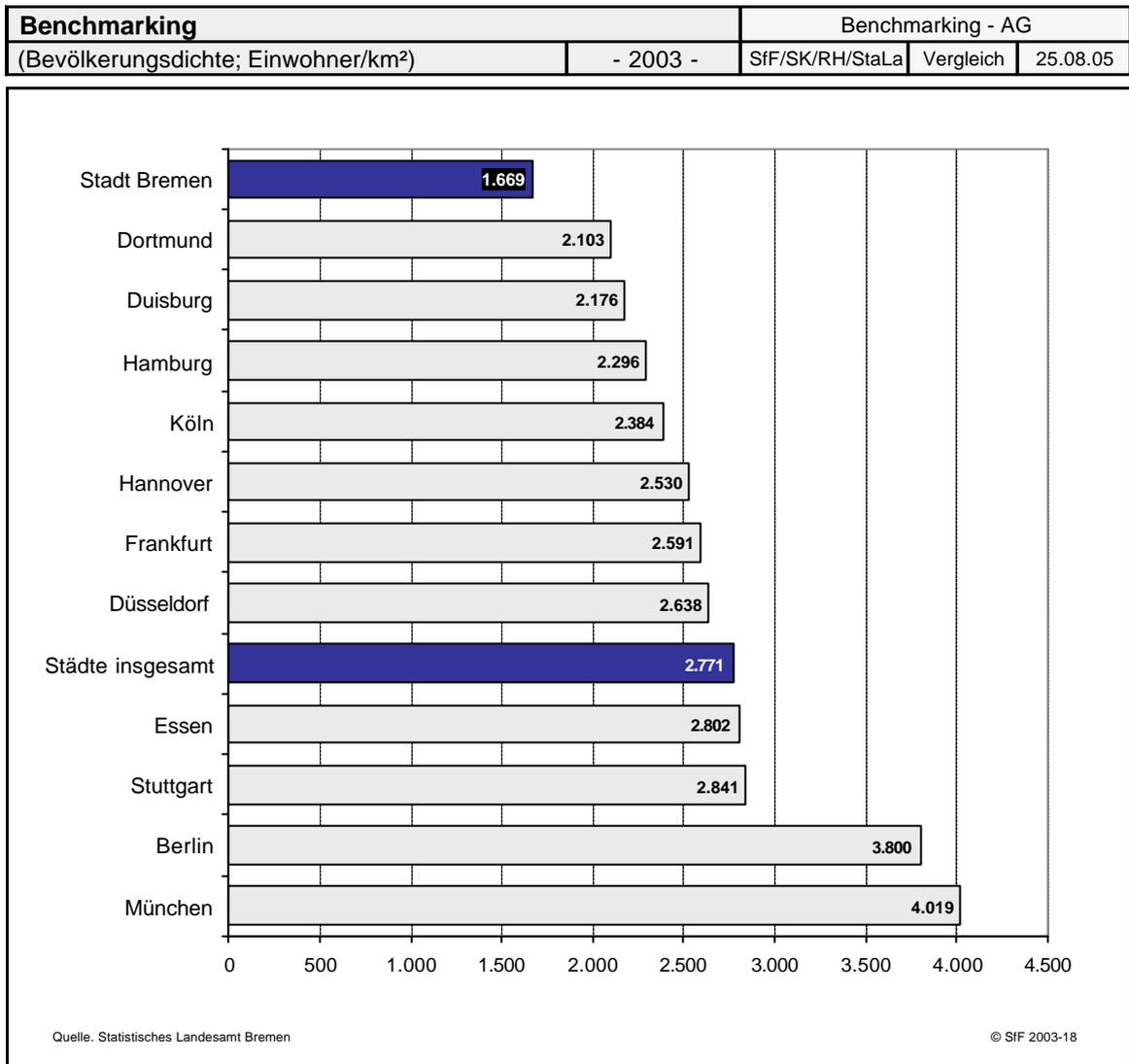
- D.01. VGR
- D.02. VGR
- D.03. VGR; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
- D.04. VGR; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
- D.05. Statistik Regional; Gewerbeanzeigenstatistik (Bundesstatistik)
- D.06. Statistik Regional; Insolvenzstatistik (Bundesstatistik); Zeitraum: Jahressumme

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Einwohnerentwicklung; in %)	1999 - 2004	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	25.08.05



Obwohl die Trendwende in der Einwohnerentwicklung nachhaltig erst ab dem Jahr 2000 eintrat, platziert sich die Stadt Bremen mit einem Bevölkerungszuwachs um 0,5 % im Verlaufe der letzten fünf Jahre im Vorderfeld der bundesdeutschen Großstädte über 500.000 Einwohner. Aufgrund der in hohem Maße hierauf bezogenen bundesstaatlichen Finanzverteilung ist diese Entwicklung, die allerdings durch anhaltende Verluste der Stadt Bremerhaven teilweise kompensiert wird, für die Haushalte des Landes von besonderer, positiver Bedeutung.

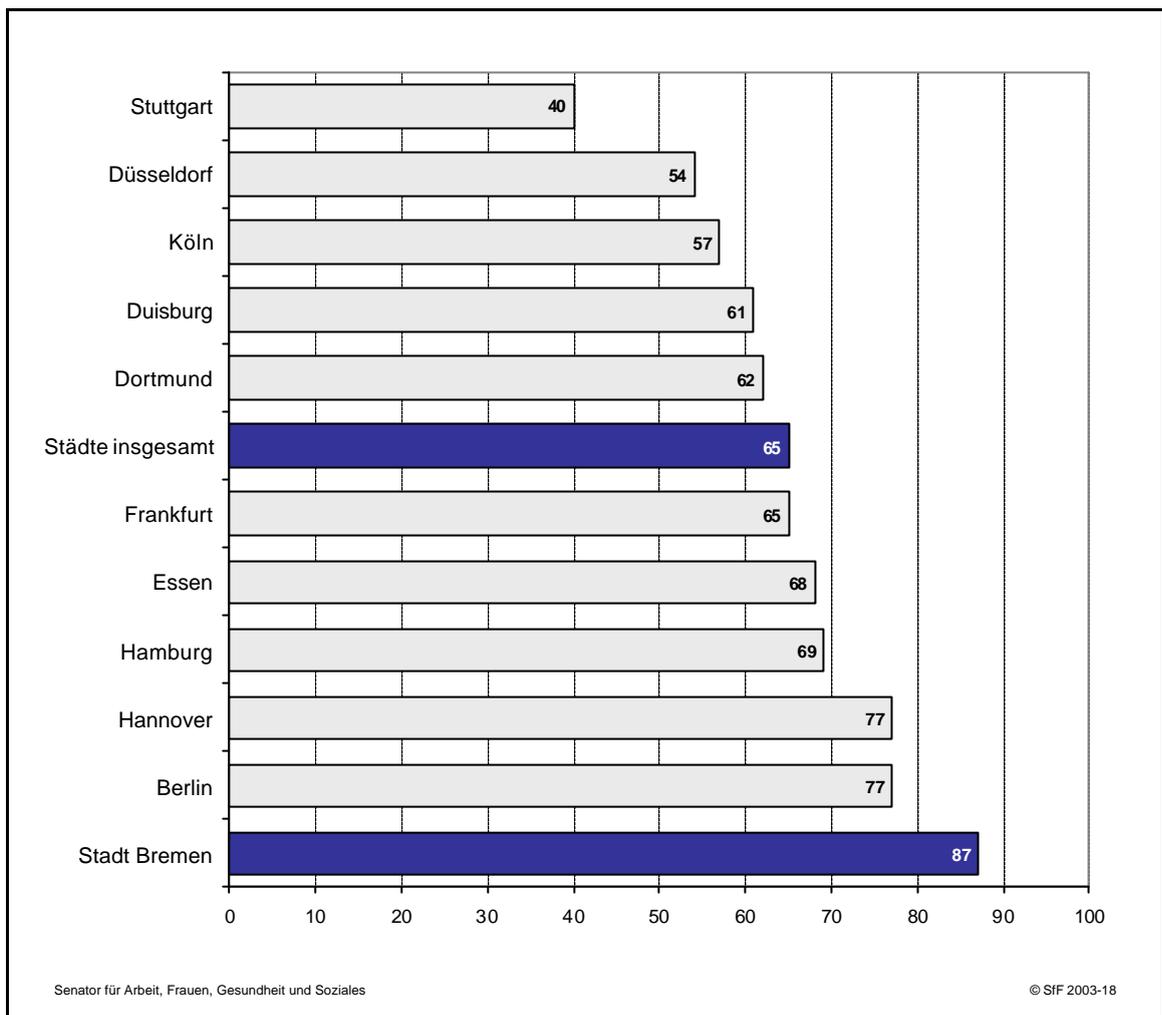
Mit München, Hamburg und Stuttgart konnten nur drei Vergleichsstädte im Analysezeitraum positivere Einwohnerentwicklungen verzeichnen als Bremen, während Berlin – gemeinsam mit den Ruhrgebietsstädten – sogar Bevölkerungsverluste hinnehmen musste. Die Einordnung der Stadt Bremen unterhalb des Städtedurchschnitts ist auf die verzerrende Beeinflussung dieses Vergleichswertes durch die hohen Einwohnergewinne der besonders großen Städte München und Hamburg zurückzuführen.



Die Stadt Bremen weist im Städtevergleich – nur teilweise bedingt durch die relativ hohen Wasserflächenanteile - die mit Abstand niedrigste Bevölkerungsdichte auf. Allein zum Vergleichswert Hamburgs fehlen der Stadt dabei über 200.000 Einwohner, zur Einwohnerdichte Hannovers sogar rd. 280.000 (unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Flächenstrukturen: 160.000). Unter allen 20 bundesdeutschen Großstädten mit mehr als 300.000 Einwohnern belegt die Stadt Bremen damit – sehr knapp vor Leipzig und Karlsruhe - den viertletzten Rang.

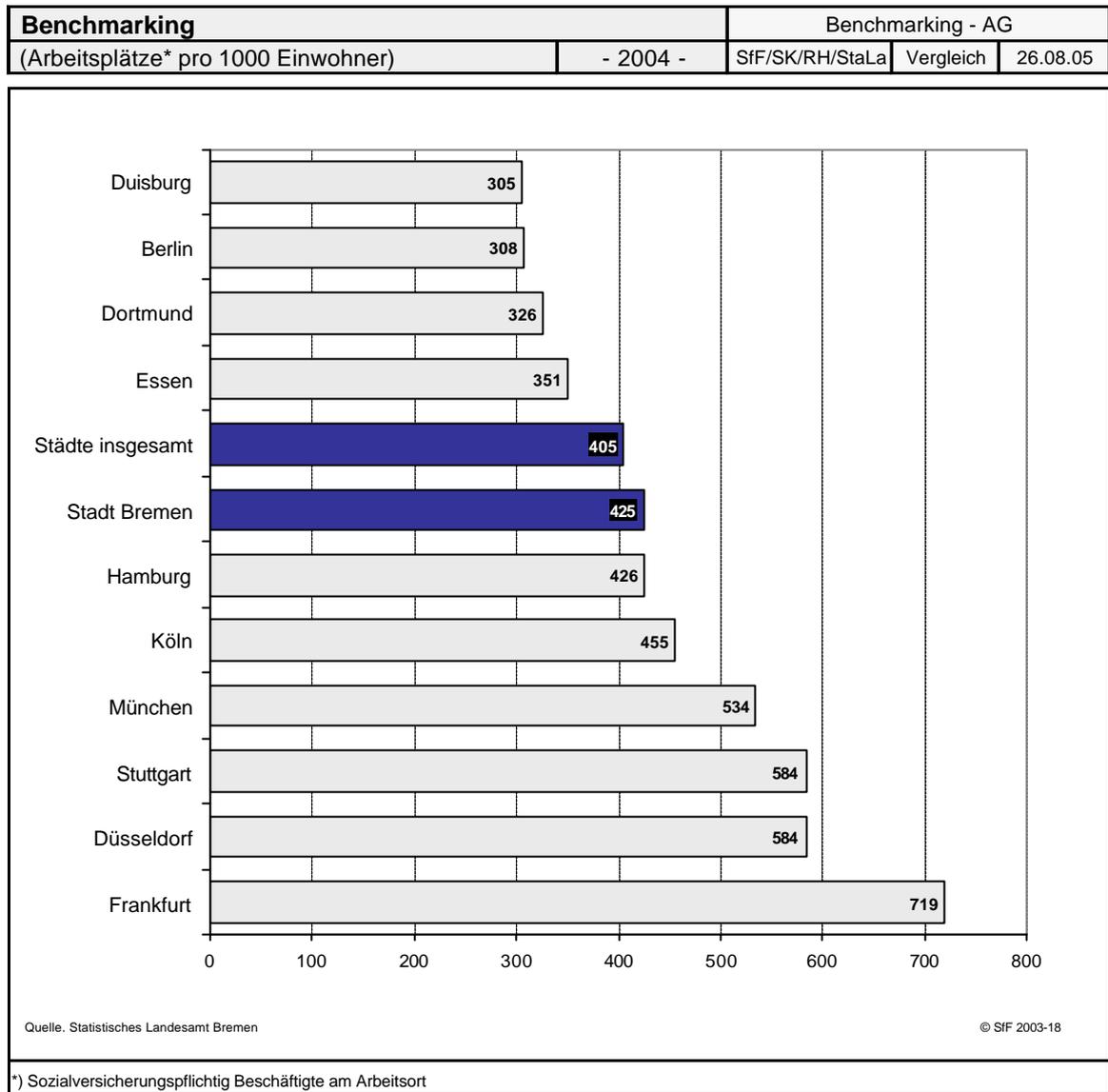
Die extrem geringe Besiedlungsdichte eröffnet im Städtevergleich überdurchschnittlich gute Chancen, durch attraktive Wohnraum- und Gewerbeflächenangebote die notwendigen Voraussetzungen zur Stabilisierung bzw. zum Ausbau der Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen innerhalb der Stadtgrenzen zu schaffen.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Sozialhilfedichte; Empfänger pro 1000 Einw.)	- 2003 -	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	26.08.05



Bei der Sozialhilfedichte weist die Stadt Bremen im Städtevergleich bereits seit Jahren den mit Abstand höchsten Wert auf. Positiv ist zwar zu bewerten, dass dabei gegenüber dem Jahr 2001 (Berechnungsstand des Benchmarking-Berichtes 2003) - wenn auch auf hohem Niveau - eine Stabilisierung stattgefunden hat, während neun von elf Vergleichsstädten 2003 eine höheren Sozialhilfedichte als zwei Jahre zuvor auswiesen. Trotz dieses marginalen Annäherungsprozesses ist der Abstand Bremens selbst zu den Städten mit ebenfalls deutlich überdurchschnittlicher Sozialhilfebelastung allerdings nach wie vor ungewöhnlich hoch. In der Stadt Stuttgart erreicht die Anzahl der Sozialhilfeempfänger je Einwohner nicht einmal die Hälfte des stadtbremischen Vergleichswertes.

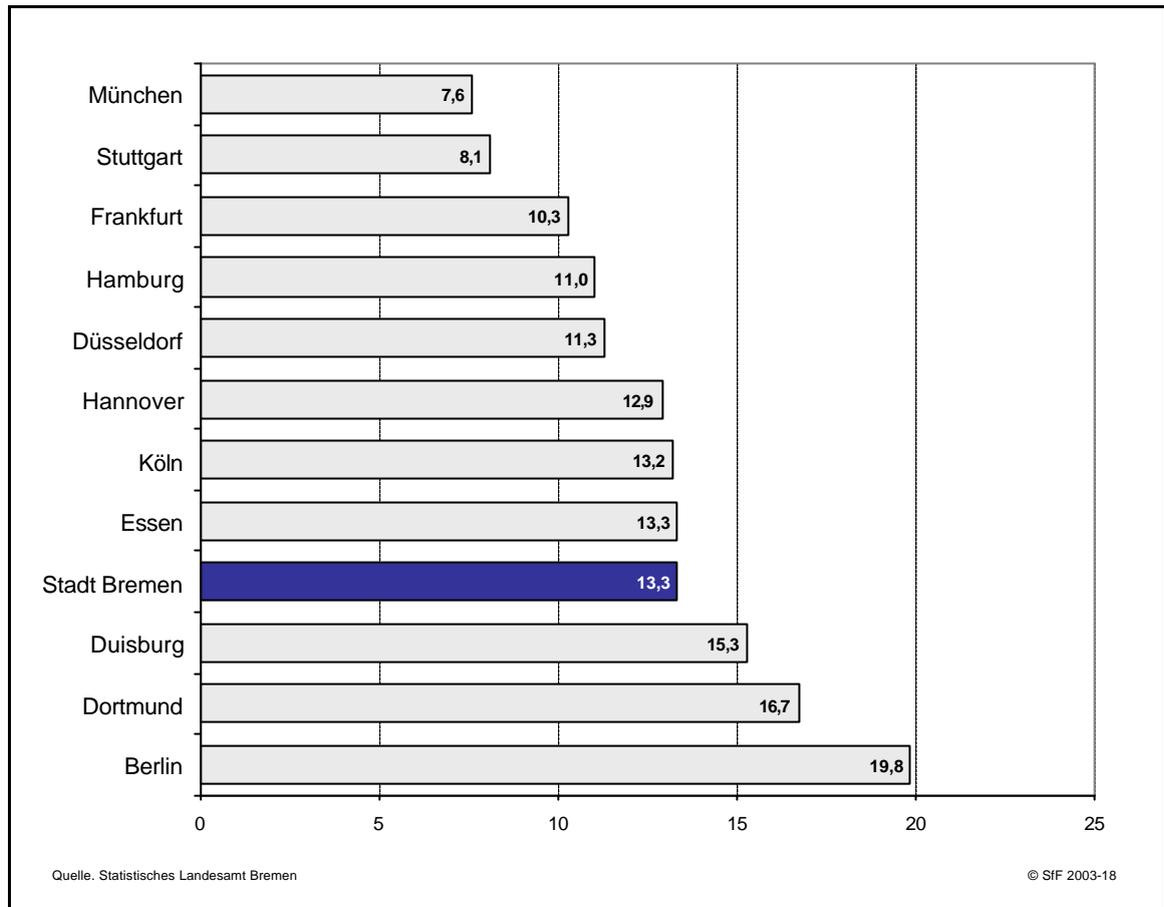
Die Strukturkennziffer Sozialhilfedichte wird im vorliegenden Benchmarking-Bericht letztmalig abgebildet. Nach Realisierung der Hartz IV-Umstellungen werden arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger ab 2005 in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Die aus der Sozialhilfedichte resultierenden Belastungen der kommunalen Ebene spiegeln sich dann vorrangig im Niveau der Hilfeart „Kosten der Unterkunft“ (KdU) wider.



Der Arbeitsplatz-Besatz der Stadt Bremen fällt – auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Arbeitsort-Prinzip – mit 425 Beschäftigten je 1.000 Einwohner im Städtevergleich leicht überdurchschnittlich aus, erreicht jedoch bei Weitem nicht das Niveau der Städte mit besonderer Arbeitsplatzdichte, zu denen neben München, Stuttgart und Düsseldorf insbesondere Frankfurt zählt. Im Stadtstaaten-Vergleich bewegt sich das stadtbremische Arbeitsplatzangebot auf dem Niveau Hamburgs (bei den vorliegenden Vergleichsdaten für die Gesamtbeschäftigung sogar darüber) und weit oberhalb des Vergleichswertes von Berlin.

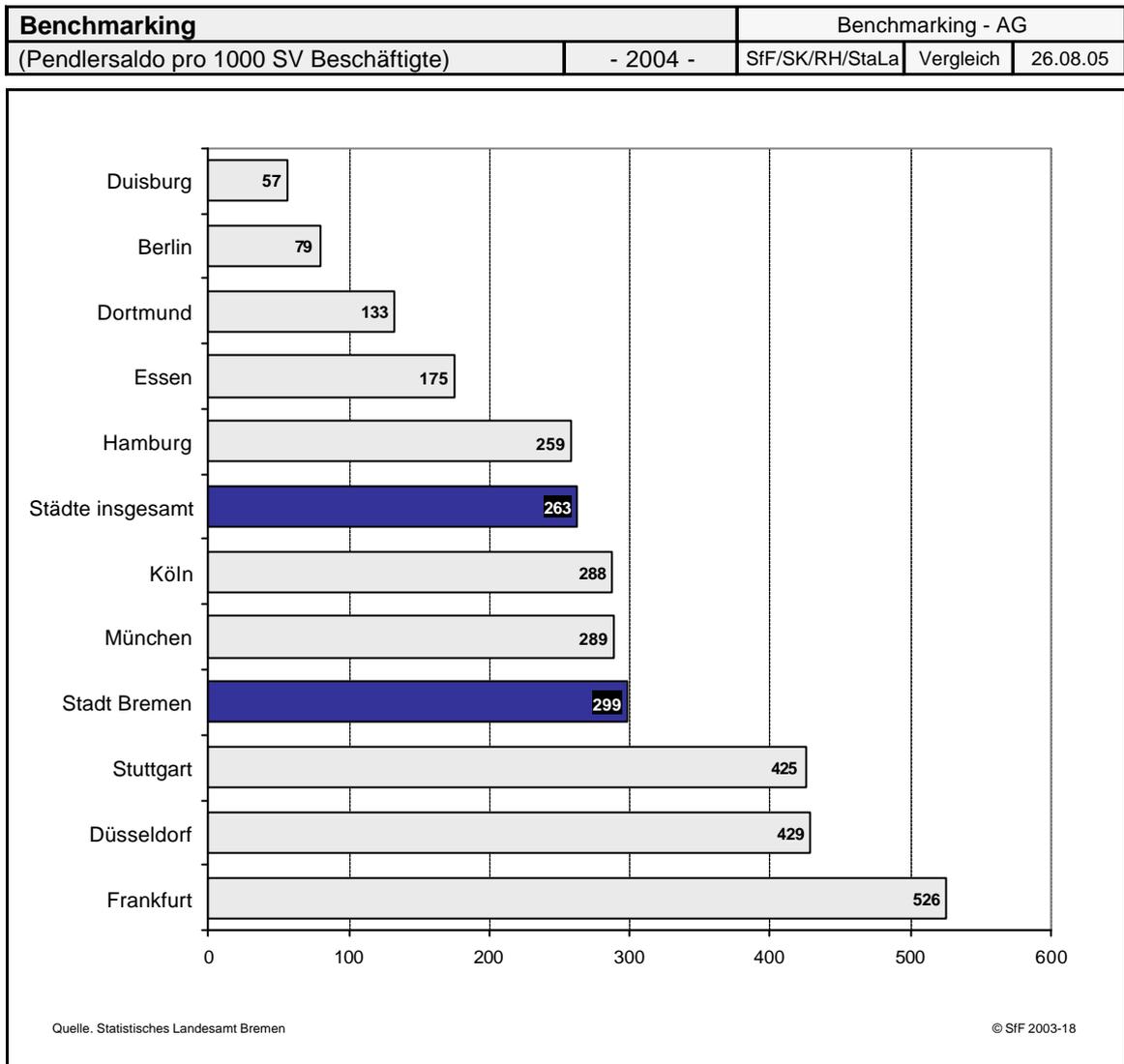
Bezogen auf die – gestiegene – Einwohnerzahl fiel der Abbau des Arbeitsplatz-Besatzes im Drei-Jahres-Zeitraum 2001/2004 mit – 4,9 % nur etwa halb so deutlich aus wie im Städtedurchschnitt insgesamt (- 10,6 %). Dennoch besteht auch für Bremen zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis und der oberzentrale Versorgungsfunktionen der dringende Bedarf an einer Stabilisierung bzw. Zunahme des Arbeitsplatzangebotes. Sektorale Betrachtungen (vgl. Produktplan-Blatt „Wirtschaft“) verdeutlichen, dass besondere Nachholbedarfe und Entwicklungspotentiale dabei im Dienstleistungsbereich bestehen.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitslosenquote; in %)	- 2004 -	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	26.08.05

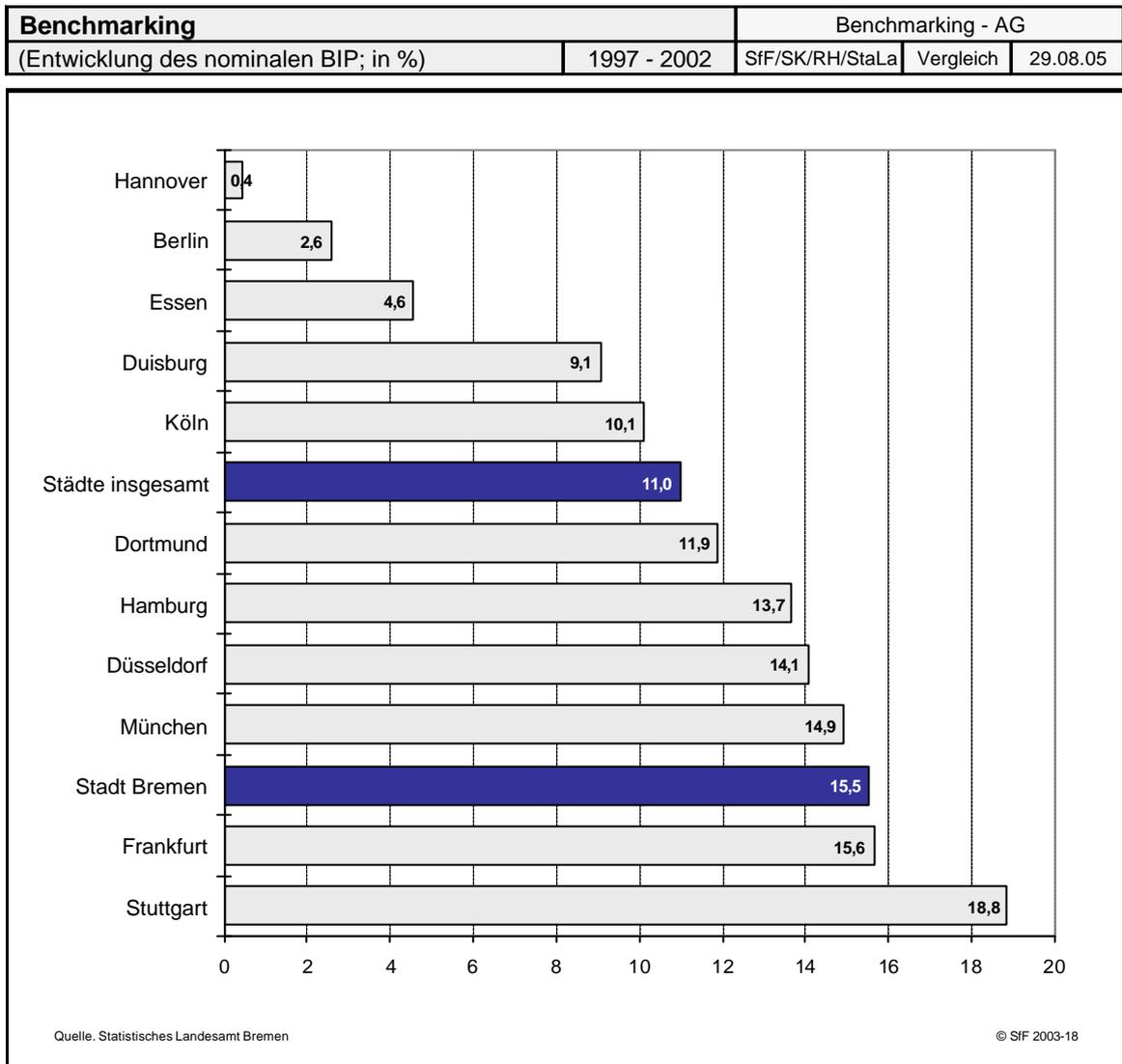


Die Stadt Bremen verzeichnete in den vergangenen Jahren – trotz überdurchschnittlicher Produktivitätszuwächse - zwar eine der niedrigsten Zuwachsraten der Arbeitslosigkeit aller bundesdeutschen Großstädte, verblieb bei der Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) mit 13,3 % (Stand 2004) allerdings gleichwohl in der Spitzengruppe der Vergleichsstädte (Rang 4). Obwohl bis auf die Ruhrgebietsstädte und Berlin alle übrigen Großstädte z. T. eine deutlich geringere Arbeitslosigkeit aufwiesen, war der stadtbremische Vergleichswert dabei sogar noch positiv verzerrt: In die Quotenberechnungen des Jahres 2004 sind noch nicht die im Rahmen der zwischenzeitlich erfolgten Hartz IV-Umstellungen als arbeitsfähig eingestuft, ehemaligen Sozialhilfeempfänger eingegangen.

Da Bremen bis 2004 über Jahre gleich bleibend und mit deutlichem Abstand die höchste Sozialhilfedichte aller bundesdeutschen Großstädte aufwies, wird somit voraussichtlich in keiner Vergleichsstadt der Anstieg der Arbeitslosigkeit nach Hartz IV statistisch so deutlich ausfallen wie in der Stadt Bremen. Erste – noch nicht in vollem Umfang belastbare – Daten für 2005 ergeben, dass der Abstand der bremischen Arbeitslosenquote zu Berlin bereits von 6,5 %-Punkten (2004; vgl. Abbildung) auf etwa 4 %-Punkte sinken könnte. Zum Jahresende 2005 könnte Bremen damit bundesweit die zweithöchste Arbeitslosigkeit aller Vergleichsstädte nach Berlin verzeichnen.



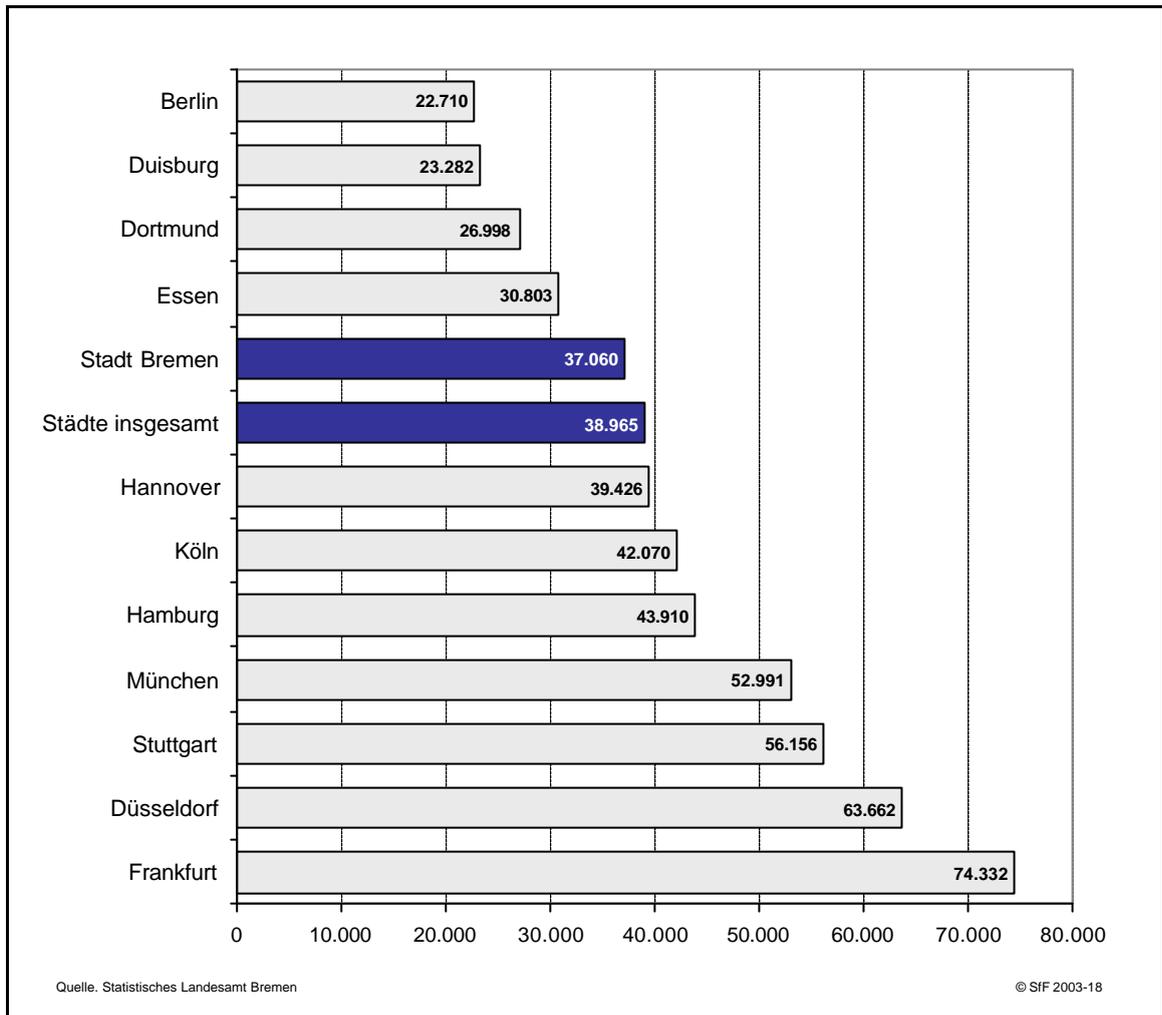
Die Pendlerproblematik, die ihre besondere Bedeutung für Bremen dadurch gewinnt, dass die pendlerbedingten Verluste bei den originären Steuereinnahmen nicht nur die Kommune, sondern auch die Landesebene betreffen, fällt in der Stadt Bremen nachhaltiger aus als im Durchschnitt der übrigen bundesdeutschen Großstädte. Die Ruhrgebietsstädte, beide anderen Stadtstaaten (insbesondere Berlin) sowie auch Köln und München weisen – bezogen auf den Beschäftigtenstand – z. T. deutlich geringere Pendlersalden (Einpendler nach Abzug der auspendelnden Inländer) auf als Bremen. Trotz der – nach jahrelangen Versäumnissen – in den letzten Jahren ergriffenen und inzwischen erfolgreichen Maßnahmen zur Begrenzung der Umlandwanderung, reiht sich die Stadt damit im Städtevergleich auf Rang 4 ein, wobei der Abstand zu den Städten mit besonders hohen Einpendlerüberschüssen (Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart) allerdings noch beträchtlich ausfällt.



Im aktuellsten, für Städtevergleiche datenmäßig verfügbaren Fünf-Jahres-Vergleichszeitraum (1997/2002; Aktualisierung im Herbst 2005 möglich) fiel die Entwicklung der am Bruttoinlandsprodukt zu messenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Bremen überdurchschnittlich gut aus. Bei einer Zunahme des nominalen BIP um 15,5 % wurde die Stadt Bremen in dieser Phase lediglich von Stuttgart sowie – knapp – von Frankfurt übertroffen, während alle übrigen bundesdeutschen Großstädte z. T. deutlich geringere Zuwachsraten realisieren konnten. Die besonders schwache Entwicklung in den Städten Essen, Berlin und vor allem Hannover spiegelt dabei real, d. h. preisbereinigt, sogar einen deutlichen Rückgang der jeweiligen Wirtschaftskraft wider.

Inwieweit die im Städtevergleich überdurchschnittlich starke Position der Stadt Bremen auch unter Einbeziehung der wachstumsschwächeren Jahre am aktuellen Rand gehalten werden konnte, wird aufgrund des komplizierten Ermittlungsverfahrens statistisch erst mit erheblicher Verzögerung zu belegen sein.

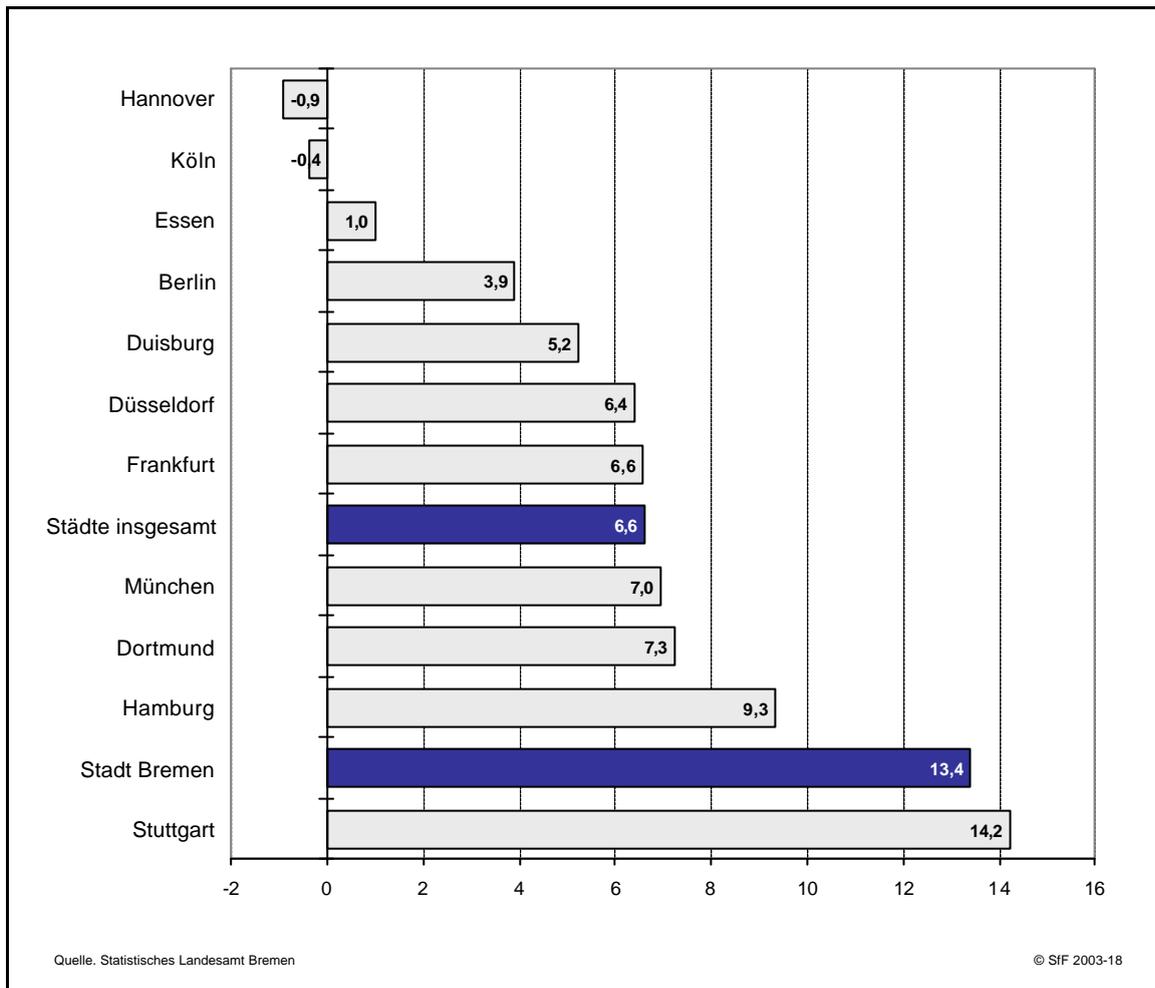
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Bruttoinlandsprodukt; nominal in € je Einwohner)	- 2002 -	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	29.08.05



Die aufgrund der Stadtstaaten-Funktion (hoher Pendlersaldo) deutlich überdurchschnittliche Wirtschaftskraft Bremens im Ländervergleich ist im Vergleich mit anderen Großstädten des Bundesgebietes noch erheblich zu relativieren. Im Jahr 2002 (aktuellster VGR-Stand für kreisfreie Städte) übertraf das (nominale) Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner der Stadt Bremen mit rd. 37.000 € im Großstädtevergleich nur die entsprechenden Werte der Ruhrgebietsstädte und des extrem wirtschaftsschwachen Berlins, wobei die Nähe zum Städtedurchschnitt ausschließlich auf dessen Beeinflussung durch die Stadt Berlin zurückzuführen ist.

Der z. T. beträchtliche Abstand zu den übrigen Vergleichsstädten verdeutlicht den hohen Stellenwert eines nachhaltigen Aufholprozesses der (regional-) wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Bremens. Die bevorstehenden Aktualisierungen der Kennzahl „BIP pro Einwohner“ werden belegen, ob und inwieweit hier zwischenzeitlich Fortschritte erzielt werden konnten.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung des nominalen BIP je Erwerbstätigen; in %)	1997 - 2002	SfF/SK/RH/StaLa	Vergleich	26.08.05



Die überdurchschnittliche Zunahme der Wirtschaftsleistung hat sich in Bremen noch nicht im erforderlichen Maße auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Eine wesentliche Ursache hierfür ist, dass die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren hier – im Städtevergleich ablesbar – besonders deutlich ausgefallen ist.

Feststellbar ist damit, dass mit dem Strukturwandel des bremischen Arbeitsmarktes die Produktivität der Beschäftigten spürbar zugenommen hat, d. h. die Erstellung einer konkreten Güter- oder Leistungsmenge zwischenzeitlich durch eine geringere Anzahl von Arbeitsplätzen gewährleistet wird, die dafür jedoch zukunftsorientierter, wettbewerbsgerechter und damit letztendlich sicherer ausfallen.

Nur Stuttgart konnte im Analysezeitraum eine stärkere Produktivitäts-Entwicklung realisieren als die Stadt Bremen. Gegenüber dem Städtedurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im doppelten Umfang.

III. Produktplan-Berichte

Produktplan 01 - Bürgerschaft -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 01 beträgt 18,2 Mio. €, wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 10,7 Mio. € veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 0,6 %, an den Personalkosten 1,0 %. Die Ausgaben werden sowohl für den Landtag als auch für die Stadtbürgerschaft geleistet.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Für die Bürgerschaft besteht die grundsätzliche Schwierigkeit, für ein Benchmark aussagefähige und zuverlässige Kennzahlen zu bilden. Mit Ausnahme der Anzahl der Ratsmitglieder, die in der Amtlichen Statistik abgebildet werden, sind Städte- bzw. Ländervergleiche der Parlamente in den gängigen Vergleichsringen nicht vorhanden.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Die Bürgerschaft hat für diesen Bericht einen Ländervergleich durchgeführt, Städtedaten wurden nicht geliefert. Im Stadtstaatenvergleich wird Land und Stadtgemeinde Bremen Hamburg und Berlin gegenübergestellt. Gegenüber dem Benchmarking-Bericht 2003 weisen alle Kennzahlen den Bezug zu Einwohnern bzw. Abgeordneten auf.

Die im Tabellenteil ausgewiesenen Kennzahlen wurden einvernehmlich mit der Bürgerschaft gebildet. Die Einzelbewertung der abgebildeten Kennzahlen stellt sich wie folgt dar:

Die Anzahl der Ratsmitglieder je 100.000 Einwohner (EW) im Städtevergleich liegt in einer Spanne zwischen 4,2 (Stadt Berlin) und 14,6 (Stadt Duisburg). Die Stadt Bremen hat 12,3 Abgeordnete je 100.000 Einwohner. Die Zahl erscheint auf den ersten Blick verglichen zu 4,2 sehr hoch. Dieses relativiert sich jedoch im Vergleich mit den Städten unter 600.000 Einwohner. Hier hat Bremen nach Stuttgart (10,2 Abgeordnete je EW) die zweitniedrigste Anzahl von Abgeordneten je EW.

Im Ländervergleich liegt die Spanne Abgeordnete je 100.000 Einwohner zwischen 1,2 (Baden-Württemberg) und 12,5 (Land Bremen). Hamburg liegt mit einem Verhältnis von 7 Abgeordneten auf 100.000 EW an zweithöchster Stelle.

Bei den Gesamtausgaben ohne Investitionen liegt die Spanne zwischen 0,9 tsd. € je Einwohner (Baden-Württemberg) und 10,7 tsd. € je Einwohner (Bremen). Das Land Bremen liegt damit an höchster Stelle. Betrachtet man jedoch die Gesamtausgaben ohne Investitionen bezogen auf die Abgeordneten dann liegt das Land Bremen mit 85,1 tsd. € je Abgeordneten im Mittelfeld.

Bei den Verwaltungskosten (ohne Fraktionszuschüsse und Aufwendungen für Abgeordnete) liegt die Spanne zwischen 22,6 tsd. € je Abgeordneten (Land Bremen) und 291,0 tsd. € je Abgeordneten (Hessen). Bremen hat damit die niedrigsten Verwaltungskosten. Einwohnerbezogen liegt die Spanne zwischen 0,6 tsd. € je EW (Baden-Württemberg) und 2,8 tsd. € je EW (Land Bremen). Dieses für Bremen ungünstige Verhältnis beruht allerdings auf der hohen Anzahl von Abgeordneten je 100.000 EW.

Der Vergleich zeigt, dass die Strukturen in den Ländern sehr unterschiedlich sind, auch zwischen den drei Stadtstaaten und den Flächenländern unter sich.

Ausblick / Prüfauftrag

Für das Land Bremen sind die Kosten für die Verwaltung der Bürgerschaft im Ländervergleich am niedrigsten. Diese Position ist zu festigen. Auffallend ist jedoch die hohe Anzahl der Abgeordneten im Land Bremen pro 100.000 Einwohner. Dieses Verhältnis sollte nach Auffassung der Arbeitsgruppe z. B. durch Angleichung an das Saarland in den kommenden Jahren verbessert werden. Die Bürgerschaft teilt diese Einschätzung nicht und weist darauf hin, dass 2003 die Bremische Bürgerschaft (Landtag) von 100 auf 83 Abgeordnete zur Erzielung von Kosteneinsparungen bei der politischen Führung verkleinert worden ist. Im Übrigen wäre eine weitere Verkleinerung des Parlaments verfassungsrechtlich problematisch. Nach Art. 75 der Landesverfassung wird die Bürgerschaft in den Wahlbereichen Bremen (67 Abgeordnete)

und Bremerhaven (16 Abgeordnete) gewählt. Bei einer weiteren Verkleinerung bestünde im Wahlbereich Bremerhaven das verfassungsrechtliche Risiko, dass mehr als 5 % der Stimmen für die Erlangung eines Mandats erforderlich würden. Die Wahlbereichseinteilung kann nur einstimmig oder durch Volksentscheid geändert werden. Damit ist nicht zu rechnen.

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
													Essen	Dortmund	Duisburg		
01.01.01	Ratsmitglieder	Anzahl je 100.000 EW	2003	12,3	7,0	4,2	14,3	14,5	12,4	9,7	6,5	10,2	14,0	13,9	14,6	8,8	7

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
01.02.01	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Einwohner	€	2003	10,7	4,3	3,3	0,9	1,6	6,1	1,4	1,9	2,2	4,0	3,1	4,5	2,1	1	
01.02.02	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneten	€	2003	85.133	61.983	80.078	78.369	113.428	335.330	59.574	144.985	89.687	82.337	97.208	74.948	124.545	6	
01.03.01	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Einwohner	€	2003	2,8	2,0	1,3	0,6	0,9	5,3	0,7	1,3	1,2	1,7	1,7	1,7	1,4	2	
01.03.02	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Abgeordneten	€	2003	22.584	28.050	32.248	48.624	59.539	291.003	28.667	104.890	47.669	35.018	52.409	28.451	83.590	11	

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quellen/ Anmerkungen

- 01.01.01 Bremische Bürgerschaft;
- 01.01.02 Bremische Bürgerschaft; HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.)
- 01.02. Bremische Bürgerschaft; HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.)
- 01.03.01 Bremische Bürgerschaft; HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.)
- 01.03.02 Bremische Bürgerschaft; ohne Aufwendungen für Abgeordnete/ Fraktionszuschüsse und Investitionen; HH ohne Service-Funktionen (Aufsicht, Technik, Bewirtung, etc.)

Produktplan 02 - Rechnungshof –

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 02 beträgt 5,0 Mio. €, wobei rd. 4,6 Mio. € an Personalausgaben zu berücksichtigen sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 0,2 %.

Bezogen auf den Städte- bzw. Stadtstaatenvergleich wurde für die Bildung der Kennzahl „Ausgaben der RH je Einwohner“ erstmalig eine Aufteilung des Haushaltsvolumens des Rechnungshofs in Stadt und Land vorgenommen. Die Aufteilung entspricht dem Verhältnis der Haushaltsvolumen von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht, da der Rechnungshof die Prüfungsthemen mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention auswählt.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Für alle Rechnungshöfe besteht grundsätzlich die Schwierigkeit, für ein Benchmark geeignete und zuverlässige Kennzahlen zu bilden. Dies liegt darin begründet, dass die Struktur der Rechnungsprüfung und die Kompetenz der Rechnungshöfe in allen Bundesländern unterschiedlich von den Landesparlamenten geregelt worden ist.

Städte- bzw. Ländervergleiche Rechnungsprüfung/Rechnungshof gleicher Gemeindeklassen sind in den gängigen Vergleichsringen nicht abgebildet.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Der Rechnungshof führt an, dass aufgrund der Kürze der Zeit für diesen Bericht ein Ländervergleich nicht durchgeführt werden konnte. Im Stadtstaatenvergleich wird Land und Stadtgemeinde Bremen Hamburg und Berlin gegenübergestellt. Die Daten des Rechnungsprüfungsamtes Bremerhaven konnten nicht berücksichtigt werden, da es sich um eine rechtlich selbständige Einrichtung handelt.

Die für die Stadtstaaten fortgeschriebenen Kennzahlen sind nach Bereinigung örtlicher Besonderheiten hinreichend vergleichbar. Allerdings gibt es in Hamburg und Berlin jeweils eine Besonderheit, die nicht berücksichtigt werden konnte, weil sie nicht hinreichend quantifizierbar ist. Der Hamburger Rechnungshof wird bei seinem Prüfauftrag durch die bei einigen Behörden eingerichteten Vorprüfungsstellen (§ 100 LHO) unterstützt. Sie sind Teil der jeweiligen Behörde, unterliegen aber dem Weisungsrecht des Rechnungshofs, von dem sie auch Aufträge erhalten. Auch in Berlin gibt es entlastende Effekte auf die Prüftätigkeit. Dort hat der Rechnungshof nach § 94 Abs. 3 LHO die Möglichkeit, im Rahmen der Abschlussprüfung der Betriebe den Wirtschaftsprüfern Prüfaufträge zu erteilen und den Umfang festzulegen. Die Kosten der Prüfung trägt der Betrieb.

Die im Tabellenteil ausgewiesenen Kennzahlen wurden einvernehmlich mit dem Rechnungshof gebildet. Die Einzelbewertung der abgebildeten Kennzahlen stellt sich wie folgt dar:

Bei den Ausgaben des Rechnungshofs je Einwohner im Stadtstaatenvergleich liegt die Stadt Bremen mit 7,50 € zwischen Berlin und Hamburg. Im Städtevergleich, bei dem die Ausgaben Bremens im Verhältnis Stadt (40 %) : Land (60%) aufgeteilt wurden, erreicht die Stadt Bremen mit 3,70 € den bei weitem niedrigsten Ausgabewert (Durchschnitt der Städte: 5,77 €). Ein Vergleich der Rechnungshöfe der Länder war zeitlich noch nicht möglich.

Das zu prüfende Ausgabevolumen je Prüfer liegt in Bremen deutlich über Hamburg und Berlin. Die Aussagefähigkeit dieser Kennzahl ist jedoch nach Auffassung der Arbeitsgruppe u.a. durch die unterschiedliche Zinsbelastung der Haushalte eingeschränkt. Beim Rechnungshof wird diese Einschränkung nicht geteilt, da alle Ausgaben mit gleicher Intensität geprüft würden.

Bei der internen Struktur der Rechnungshöfe wird deutlich, dass Bremen den höchsten Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen des jeweiligen Rechnungshofes ausweist.

Zusammenfassend geben die gebildeten Kennzahlen keinen Anlass zum Handlungsbedarf. Trotz der noch fehlenden Länderdaten scheint der bremische Rechnungshof weder ein Strukturproblem aufzuweisen noch wird ein erhöhter Mittelbedarf deutlich.

Ausblick / Prüfauftrag

Die Benchmarking-AG bittet den Rechnungshof zu prüfen, ob - in Anlehnung an Berlin - die Möglichkeit besteht, das Verfahren betreffend der Vergabe von Prüfaufträgen im Rahmen von Abschlussprüfungen auf Bremen zu übertragen.

Die Kennzahlendarstellung ist zum nächsten Benchmarking-Bericht 2006 um die Länderdaten zu ergänzen.

Der Rechnungshof wird gebeten zu prüfen, ob für den nächsten Bericht Werte für den Stadtstaat Bremen gebildet werden können.

Benchmarking

Produktplan 02: Rechnungshof

Stand:

10.08.2005

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
02.03.01 Rechnungshof: kommunale Ausgaben der RH/RPÄ	Euro je EW	2004	3,7	.	.	5,2	9,7	5,2	5,0	5,6	7,1	5,1	6,4	4,4	3,3	10

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
02.02.01 Rechnungshof: Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen der RH	%	2004	88,0	87,0	84,4	85,5	.	.	.
02.03.02 Rechnungshof: Ausgaben der RH	Euro je EW	2004	7,5	8,2	6,5	7,1	.	.	.
02.03.03 Rechnungshof: Ausgaben der RH ohne kommunale Rechnungsprüfung	Euro je EW	2004	4,5

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

02.01.01 Rechnungshof; Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1; Ausgabenvolumen = bereinigte Ausgaben insgesamt

02.02.01 Rechnungshof; Prüfdienst ohne Kollegium

02.03. Rechnungshof; Haushaltsvolumen lt. Haushaltspläne der Rechnungshöfe bzw. der Rechnungsprüfungsämter. Die Aufteilung des Haushaltsvolumen des Rechnungshofs Bremen in Stadt und Land entspricht der Aufteilung des gesamten Haushaltsvolumen von Land und Stadt. Eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben geschieht nicht. Prüfungsthemen wählt der Rechnungshof mit dem Ziel einer hohen Wirksamkeit und Prävention aus.

Produktplan 03 - Senatskanzlei -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Aufgrund fehlender geeigneter Vergleichskennzahlen wurde im Benchmarking-Bericht des Jahres 2003 noch auf eine gesonderte Darstellung des Produktplans „Senatskanzlei“ verzichtet. Trotz der im Vorspann des damaligen Berichts angekündigten, zwischenzeitlich realisierten erheblichen Bemühungen des Bereichs zur Verbesserung der Datengrundlagen konnten entscheidende Fortschritte hier noch nicht erzielt werden. Nach übereinstimmender Auffassung des Ressorts und der Begleit-AG bestehen allerdings durchaus Chancen, im weiteren Verfahren durch eigene Aktivitäten zumindest in begrenztem Umfang Kosten- und Leistungsvergleiche zu ermöglichen, über die aktuell und zukünftig fortlaufend im Rahmen eines gesonderten Ressortblattes informiert werden soll.

Der Ausgabenanteil der Senatskanzlei am Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen beträgt 0,3 % (9 Mio. €) und ist zu über 80 % durch Personalausgaben (0,7 %-Anteil bzw. 7,4 Mio. €) geprägt.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Aufgrund der Kombination von Landes- und Kommunalaufgaben und aufgrund unterschiedlicher Aufgabenzuordnungen (z. B. in den Bereichen „Vertretung beim Bund“ und „EU-Angelegenheiten“) ist ein systematischer, umfassender Vergleich des Aufgabenspektrums der Senatskanzlei und der in diesem Rahmen erbrachten Leistungen, verursachten Kosten und eingesetzten personellen Kapazitäten mit Werten anderer Senats- und Staatskanzleien - sowohl insgesamt als auch für Detailaufgaben – nicht möglich. Recherchen des Bereichs haben ergeben, dass die Aufgabefelder „Rundfunk- und Medienrechte“, „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“, „Protokollaufgaben“ und „Spiegelfunktionen“ zwar in allen Länderkanzleien wahrgenommen werden, jedoch in unterschiedlichen organisatorischen und inhaltlichen Abgrenzungen, die unmittelbare Vergleiche nicht zulassen. Die konkretesten Ansätze für eine vergleichbare Abbildung von Kosten und Leistungen werden im Bereich der „Protokollangelegenheiten“ gesehen, bei denen die Senatskanzlei bereits aktuell einen intensiveren Informations- und Datenaustausch eingeleitet hat.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Ausblick / Prüfauftrag

Kennzahlen-Vergleiche zum Aufgabenspektrum der Senatskanzlei sind nur möglich, wenn es gelingt, mit anderen Kanzleien der Länder vergleichbare Leistungsdefinitionen und -abgrenzungen zu verabreden und die benötigten Vergleichsdaten in vereinheitlichter Form zu erheben und auszutauschen. Senatskanzlei und Begleit-AG schlagen daher vor, zunächst auf Stadtstaaten-Ebene, d. h. gemeinsam mit Hamburg und Berlin, eine möglichst einheitlich Definition von Kostenträgern anzustreben, die die in der bremischen Senatskanzlei bereits vorhandenen Strukturen berücksichtigt, eine vergleichbare Zuordnung von Kosten und Leistungen ermöglicht und damit letztendlich als Vorarbeit zur KLR-Gliederung des auf Bundesebene in Vorbereitung befindlichen, einheitlichen Produktgruppenhaushaltes dienen kann. Über die „Koordinatorenrunde Stadtstaaten“ des Senators für Finanzen wurden Hamburg und Berlin bereits in diesem Sinne angesprochen und Kontaktaufnahmen der für die KLR-Einführung verantwortlichen Stellen mit den Kanzleien der Länder verabredet.

Produktplan 05 – Bund und Europa

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Im Ressort werden die dargestellten Kennzahlen fortgeschrieben. Die Datenlage ermöglicht nur bedingt einen Ländervergleich. Das Benchmarking wird im Fachressort als – interne - Steuerungsgrundlage genutzt.

Das Ausgabevolumen des Produktplans 05 beträgt 5,9 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005 Haushalte L+G), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 3,3 Mio. € (einschließlich Ressortanteilen an Versorgung und Beihilfe) veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 0,2 %, an den Personalkosten 0,3 %.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern wird der Produktplan 05 schwerpunktmäßig bezogen auf die Stellenausstattung und die konsumtiven Sachausgaben dargestellt. Sämtliche Angaben wurden den veröffentlichten Haushalts- und Stellenplänen der Bundesländer entnommen.

Die Angaben zu den Stellen basieren auf einer jährlich aktualisierten Fortschreibung einer Ländenumfrage des Rechnungshofes Baden-Württemberg aus 2002. Die Angaben für die Entwicklungszusammenarbeit stammen aus der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geführten Statistik.

Ein weiterer Vergleich ist aus Sicht des Ressorts und der Begleit-Arbeitsgruppe zwar wünschenswert, aber hinsichtlich der Datenlage nicht zu realisieren.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse:

Es handelt sich um Aktualisierungen der im Bericht an die Staatsräte-Lenkungsgruppe 2003 ausgewiesenen Kennzahlen.

Mit dem neueren Zahlenmaterial ist auf die Stadtstaaten bezogen (abgestimmt mit den Landesvertretungen Berlin und Hamburg) festzustellen, dass die Landesvertretung Bremen (28,3 Stellen) weniger Personal als die Landesvertretung Hamburg (31,5 Stellen) einsetzt. Ein Vergleich der Landesvertretung Berlins mit denen der anderen Länder und damit auch Bremens ist so nicht möglich, da sich die Landesvertretung Berlin aufgrund seines Standortvorteils auf den Bereich der Gesetzgebungsarbeit beschränkt. Die Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben werden von der Senatskanzlei Berlin wahrgenommen. Nur auf die Gesetzgebungsarbeit (Leitung, Referenten/innen, Sachbearbeitung) bezogen, sind für die Landesvertretung Bremen 9,5 Stellen vorgesehen, in der Landesvertretung Berlin hingegen sind es 12 Stellen.

Um die Vergleichbarkeit der konsumtiven Ausgaben zu gewährleisten, wurden die Angaben bei Bremen und Rheinland-Pfalz um die im Haushaltsplan veranschlagten Mieten für Gebäude bereinigt. Bremen hat unter allen Ländern die niedrigsten konsumtiven Sachausgaben. Das gilt auch für die in den konsumtiven Sachmitteln enthaltenen Ausgaben für Veranstaltungen.

Die Vertretung Bremens in Brüssel weist im Ländervergleich gemeinsam mit der Vertretung des Saarlandes die geringste Personalausstattung auf.

Für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wurde die Anregung aus der Staatsräteklausur von Mai 2003 aufgegriffen und die Leistungen in Relation zu den Einwohnern gestellt. Die Ausgaben pro Einwohner sind nach Hamburg am zweithöchsten (als Hansestädte traditionell mit langjährigen und vielfältigen Außenbeziehungen). Absolut gesehen hat Bremen die niedrigsten Ausga-

ben unter den Stadtstaaten und liegt auch deutlich unterhalb des Durchschnitts der Flächenländer (West). Zu bemerken ist jedoch, dass insbesondere die finanzschwachen neuen Länder, das Nachbarland Niedersachsen und das Haushaltsnotlageland Saarland deutlich niedrigere Ausgaben absolut und pro Einwohner aufweisen.

Ausblick / Prüfauftrag

Ein Vergleich der Benchmarks vom letzten und diesem Jahr zeigt, dass sich für die Vertretungen Bremens in Berlin und Brüssel die finanzielle und insbesondere die personelle Situation im Verhältnis zu anderen Ländern verschlechtert hat.

Mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (Stellen und konsumtive Sachmittel) rangiert Bremen am unteren Ende im Ländervergleich. Vor dem Hintergrund gleichwertiger Aufgaben (bzw. im Bereich EU zusätzlicher Leistungen im Auftrag der Senatskanzlei) wie die der anderen Länder stellt diese Ausstattung ein aufgabenbedingtes Minimum dar. Dies gilt auch für die Veranstaltungsausgaben, die für 2006/2007 um ein weiteres Drittel reduziert werden.

Für den Bereich „Entwicklungszusammenarbeit“ ist – soweit die Ausgaben hierfür aus dem Ressort erfolgen – aufgrund der Einsparzwänge von einer sinkenden Quote pro Einwohner auszugehen.

Benchmarking

Produktplan 05: Bundes- und Europaangelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit

Stand: 22.08.2005

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
05.01.01	Stellen der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	Anzahl	2005	28,3	31,5	.	61,0	64,0	39,5	37,0	54,0	58,0	24,0	32,0	.	46,2	38,6	9
05.01.02	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	1.000 €	2005	359,7	663,0	.	1079,9	1221,5	1300,0	492,0	1466,6	944,9	591,4	561,3	.	957,3	724,8	10
05.01.03	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltenen Mittel für Veranstaltungen etc.	1.000 €	2005	60,0	100,0	.	333,1	193,9	330,0	96,0	454,5	161,0	109,6	90,0	.	221,0	167,2	10
05.02.01	Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel	Anzahl	2005	8,7	(12,0)	9,0	22,0	28,0	10,0	19,0	25,0	10,0	7,0	(12,0)	.	10,3	.	10
05.03.01	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer	1.000 €	2003	1.638	4.926	2.715	6.399	4.469	3.129	403	19.542	2.913	172	1.960	3.093	4.873	3.110	9
05.03.02	Leistungen der Bundesländer an Entwicklungsländer je EW	€	2003	2,5	2,8	0,8	0,6	0,4	0,5	0,1	1,1	0,7	0,2	0,7	1,6	0,6	0,6	2

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 05.01. Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa; Vergleich Bremens mit den anderen Ländern nur bedingt aussagekräftig. Die Leitung des Ressorts und die zentralen Dienste werden in Berlin wahrgenommen; Bayern / Niedersachsen: Stand 2003, Saarland: Stand 2004; Hinweis zu Berlin: Die Landesvertretung Berlin ist aufgrund des Standortvorteils als Abteilung (beschränkt auf die Bundesgesetzgebung) in die Senatskanzlei Berlin integriert und damit mit den anderen Ländern nicht vergleichbar.
- 05.02. Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa; Die Wahrnehmung der Leitungsaufgaben für die gesamte Europa-Abteilung sowie der europabezogenen Aufgaben der Senatskanzlei erfolgt i. w. von Brüssel aus; Hamburg und Schleswig-Holstein: gemeinsame Erfassung
- 05.03. Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa;

Produktplan 07 - Inneres -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Im Benchmarking-Bericht 2003 wurde von Seiten des Bereichs ausgeführt, dass eine Mitarbeit in Vergleichsringen nicht bestehe, jedoch grundsätzlich anzustreben sei. Obwohl geeignete Einrichtungen vorhanden sind – z. B. für den Aufgabenbereich „Berufsfeuerwehren“, dessen paralleler Vergleichsring für kleinere Großstädte u. a. auch von Bremerhaven wahrgenommen wird, - bzw. mit entsprechenden Interessenbekundungen neu geschaffen werden könnten, sind hier Beteiligungen des Ressorts allerdings noch nicht zu verzeichnen. Stattdessen ist der Bereich jedoch nach wie vor – und in deutlich stärkerem Maße als andere Ressorts – darum bemüht, zumindest für die Aufgabenfelder „Polizei“ und „Feuerwehr“ die dürftige Datenlage der amtlichen Statistik durch eigene Nach- und Umfragen in Vergleichsstädten – analog zum Verfahren in Vergleichsringen - möglichst umfassend und aktuell zu ergänzen. Eine vom Ressort an die Vergleichsstädte gerichtete Anfrage zum Aufbau einer regelmäßigen Vergleichsarbeit wurde bisher allerdings im Wesentlichen ablehnend (mangelndes Interesse an systematischen Vergleichen), abwartend („Abwägungsphase“) oder gar nicht beantwortet.

Ein besonderer Schwerpunkt der Städte- und Ländervergleiche für den Bereich „Inneres“ ist zwangsläufig beim Personalbestand bzw. der zur Aufgabenerledigung bestehenden Personalausstattung und den daran geknüpften Kosten zu setzen. Mit 20,6 % (221 Mio. €) bindet der Produktplan im laufenden Haushaltsjahr nach „Bildung“ (38,4 %) den zweithöchsten Personalausgaben-Anteil der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Geringe Investitionsanteile (1,2 % bzw. 8 Mio. €) und sonstige konsumtive Ausgaben von 59 Mio. €, die mit Kostenerstattungen an Bremerhaven für den Polizeibereich ebenfalls noch hohe Personalausgaben-Anteile umfassen, addieren sich mit den unmittelbaren Personalausgaben des Bereichs zu einem Gesamtbudget von 288 Mio. € (8,8 % des Gesamthaushalts).

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Die Möglichkeiten, Leistungen, Kosten oder auch nur das Umfeld der öffentlichen Aufgabewahrnehmung beschreibende Kennzahlen für den Produktplan „Inneres“ der amtlichen Statistik zu entnehmen, sind ausgesprochen begrenzt und beschränken sich praktisch ausschließlich auf die Abbildung globaler Ausgaben- und Personalbestandsdaten. Auch Auswertungen des Deutschen Städtetages oder von Einzelveröffentlichungen statistischer Ämter der Vergleichsstädte liefern keine weiteren Vergleichsmöglichkeiten.

Der Schwerpunkt der insgesamt verfügbaren Vergleichsdaten liegt im Städtebereich und wird gebildet aus Angaben der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ sowie aus Informationen, die das Ressort durch Datenaustausche mit ausgewählten anderen Großstädten erhält. Eine eindeutige Bewertung der tatsächlichen Vergleichbarkeit und des Aussagegehalts der über Abfragen ermittelten Vergleichsdaten ist für die Begleit-AG zwar nicht möglich. Die Ressortverantwortlichen betonen jedoch ausdrücklich die Verwertbarkeit und Aussagekraft der erhobenen Kennzahlen.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Die einwohnerbezogenen **Ausgaben** für „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ liegen in Bremen auf dem Niveau Hamburgs und deutlich unter dem durch die Hauptstadtfunktion geprägten Vergleichswert Berlins. Im engeren Aufgabenbereich „**Polizei**“ wird das Ausgabenniveau Hamburgs pro Einwohner sogar um rd. 6 % unterschritten. Die stadtstaatenspezifischen Besonderheiten bilden sich dabei im Flächenländervergleich ab, der von den bremischen Polizeiausgaben pro Einwohner – das Niveau der Einwohnerwertung deutlich übersteigend – um rd. 75 % überschritten wird. Im direkten Städtevergleich, der vom Innenressort durch eigene Abfragen ermöglicht wurde und dabei – in einer im weiteren Verfahren noch zu überprüfenden Methodik - die Beschäftigten mit landespolizeilichen Aufgaben ausblendet, ist ablesbar, dass von einer überdurchschnittlichen **Polizeidichte** – zumindest bei städtepolizeilichen Aufgaben - dabei in Bremen gleichwohl nicht auszugehen ist: Mit 279 Einwohnern pro Polizist würde der Bestand der hierfür eingesetzten Polizeibeamten – bei Bestätigung einer methodisch vergleichbaren Herleitung - einwohnerbezogen unter allen zum Vergleich herangezogenen Großstädten lediglich in Köln geringfügig niedriger als in der Stadt Bremen liegen.

Eine im Städtevergleich leicht überdurchschnittliche Straftatenhäufigkeit (Kriminalstatistik) führt in Bremen zu einem Spitzenwert der **pro Beamten bearbeiteten Fälle**, während aufgrund der deutlich unterdurchschnittlichen Anzahl bei den Verkehrsunfällen eine der niedrigsten Fallzahlen pro Polizist zu verzeichnen ist. Die **Personalkosten** pro bremischem Polizisten überstiegen im Jahr 2002 (Aktualisierung im weiteren Verfahren) mit 36.900 € nur leicht den Vergleichswert des gesamten Bundesgebietes (36.400 €). Nachdem in den vergangenen zwei Jahren elf **Polizeireviere** mit 24-Stunden-Betrieb in „bedarfsorientierte Tagesdienststellen“ umgewandelt wurden, entfällt – unter Berücksichtigung, d. h. zum Zeitpunkt dieser Schließungszeiten - auf die bremischen Reviere im Städtevergleich des Innenressorts inzwischen durchschnittlich, rein rechnerisch die höchste Einwohnerzahl aller Vergleichsstädte.

Die vom Ressort initiierten Städtevergleiche für den Bereich „**Feuerwehr**“ weisen aus, dass die Stadt Bremen sowohl bei der Soll- als auch bei der Ist-Zahl den niedrigsten **Besatz** mit Feuerwehrbeamten je Einwohner aufweist. Auch der so genannten „**Personalfaktor**“ (Anzahl der Stellen, die erforderlich sind, um eine Funktion 24 h zu besetzen) fällt in Bremen gegenüber den Vergleichsstädten am geringsten aus. Bei den im Städtevergleich leicht unterdurchschnittlichen Brandeinsätzen pro Einwohner beträgt die durchschnittliche **Eintreffzeit bei Alarmfahrten** 7,4 Minuten und wird dabei nur von Düsseldorf unterboten. Das so genannte „**Schutzziel 1**“ der Feuerwehr ist mit 8 Funktionen in 10 Minuten geringer ausgelegt als in den übrigen vergleichbaren Großstädten.

Weitere Städtevergleiche im Aufgabenbereich des Innenressorts liegen nur noch für das **Standesamt** vor. Hier weist Bremen einwohnerbezogen – nach Duisburg – die geringste Dichte an Standesbeamten und eine durchschnittliche Anzahl von Beurkundungen pro Stelle auf.

Ausblick / Prüfauftrag

Dem Ressort sind die theoretisch bestehenden Möglichkeiten zur Beteiligung an Vergleichsringen (KGSt; Bertelsmann) dargestellt worden. Darüber hinaus könnten u. U. Vergleichsringe, die für Bremen aufgrund des Mitgliederkreises (Größenklassen; regionale Konzentration) nicht geeignet oder bereits abgeschlossen sind („Standesamt“, „Bußgeldstelle“, „Führerscheinwesen“ etc.), hinsichtlich ihrer Methodik und Kennzahlensystematik ausgewertet und die sich hieraus ergebenden Erkenntnisse in bestehende Städtekooperationen übernommen bzw. zum Aufbau neuer Vergleichsstrukturen genutzt werden.

Der Bereich führt hierzu aus, dass angesichts der personellen Situation des Hauses eine zeitintensive Befassung mit derartigen Fragestellungen nicht erfolgen kann. Aufgrund des im Prinzip hohen Interesses des Innenressorts an der Verfügbarkeit und Nutzung von Städte- und Ländervergleichen hält es die Begleit-AG für sinnvoll und notwendig, nach Vorlage des Jahresberichts 2005 gemeinsam mit den Produktplan-Verantwortlichen die Erörterungen über einen Ausbau der derzeit verfügbaren Vergleichsdaten fortzusetzen und dabei auch die Möglichkeiten organisatorischer und/oder personeller Unterstützung zu prüfen.

Über die Verwertbarkeit vom Ressort angekündigter Kennzahlen zum Aufgabenfeld „Ausländeramt“ ist im Rahmen des weiteren Verfahrens zu entscheiden.

Benchmarking

Produktplan 07: Inneres

Stand:

10.08.2005

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
07.01.01	Anzahl	2005	279	204	232	242	212	209	280	250	239	2
07.02.01	Anzahl	2003	14.585	15.663	16.627	15.187	17.387	14.145	14.222	9.245	8.526	9.815	10.651	9.550	13.959	5
07.02.02	%	2003	42,7	43,7	49,7	45,9	49,1	54,3	37,5	58,4	60,3	47,4	46,7	45,3	.	11
07.03.01	Anzahl	2005	40,6	31,9	38,7	36,8	32,9	.	38,2	22,8	20,1	8
07.04.01	je 100.000 EW	2003	2.692	3.269	3.774	4.317	.	3.111	3.770	3.367	3.666	.	.	.	2.860	8
07.04.02	Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen (VHZ)	2003	534	678	498	557	.	725	555	589	493	6
07.04.03	Getötete bei Straßenverkehrsunfällen	2003	2,9	2,5	2,3	1,6	.	2,1	2,4	3,1	1,2	2
07.04.04	Bearbeitete Verkehrsunfälle je Polizist	2005	7,3	6,6	8,8	10,4	.	6,8	10,1	8,3	8,6
07.05.01	Anzahl	2005	7	28	45	9	19	.	13	24	14	8
07.05.02	Anzahl	2005	-11	0	-2	0	0	.	-2	0	-2	8
07.05.03	EW je Revier	2005	77.821	62.034	75.265	63.461	33.969	.	74.338	51.793	42.133	1
07.07.01	Fkt._Minuten	2003	8_10	16_8	.	10_9,5	.	10_10	10_8	.	.	.
07.07.02	Minuten	2003	7,4	7,5	.	6,3	.	8,1
07.08.01	Anzahl	2003	0,9	0,9	1,1	1,3	1,4	1,0	1,0	1,4	.	1,2	1,1	.	.	9
07.08.02	Anzahl	2003	0,9	1,2	1,0	.	1,2	1,1	1,0	1,3	.	1,2	.	.	.	8
07.09.01	Anzahl	2003	4,2	3,0	.	4,4	5,4	.	.	.
07.10.01	Anzahl	2003	4,1	5,0	4,7	4,5	.	4,3	4,2	.	.	.	4,5	.	.	7
07.11.01	Anzahl	2002	15.412	10.392	.	.	7.042	.	11.565	19.088	.	.
07.11.02	Anzahl	2002	447	316	.	.	431	.	475	478	.	.

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Benchmarking**Produktplan 07: Inneres****Stand:****10.08.2005**

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
07.06.01 öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz	€ je EW	2002	327	328	438	188	214	240	218	211	196	204	222	392	211	232	3
07.06.02 öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei	€ je EW	2002	226	240	342	122	143	152	125	119	127	129	127	298	129	143	3
07.06.03 Personalkosten Polizei	€ je Polizist	2002	36.939	37.255	35.173	37.257	38.835	37.215	37.911	37.896	37.440	36.694	36.387	35.790	37.793	36.406	8

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 07.01. Senator für Inneres und Sport; nur Polizisten für städtische Aufgaben (Vollzeitaquivalent), Stand 01/2005; bezogen auf den Bevölkerungsstand am 30.06.2004
- 07.02. PKS, Statistik Regional; bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung
- 07.03.01 PKS, Senator für Inneres und Sport; nur Polizisten für städtische Aufgaben (Vollzeitaquivalent), Stand 01/2005, bezogen auf die Straftaten Stand 2003
- 07.04.01 Senator für Inneres und Sport; Statistik Regional; bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung; UHZ: Unfallhäufigkeitsziffer
- 07.04.02 Senator für Inneres und Sport; Statistik Regional; bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung; VHZ: Verunglücktenhäufigkeitsziffer
- 07.04.03 Senator für Inneres und Sport; Statistik Regional; bezogen auf die Jahresdurchschnittsbevölkerung
- 07.04.04 Senator für Inneres und Sport; nur Polizisten für städtische Aufgaben (Vollzeitaquivalent), Stand 01/2005, bezogen auf die Verkehrsunfälle Stand 2003
- 07.05. Senator für Inneres und Sport; Stand 01/2005
- 07.05.03 Statistik Regional, Senator für Inneres und Sport; Stand 01/2005; bezogen auf die Bevölkerung am 30.06.2004
- 07.06.01 Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1, Tab. 8;
- 07.06.02 Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1, Tab. 8;
- 07.06.03 Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 6, Tab.4.2.4;
- 07.07. Senator für Inneres und Sport;
- 07.08. Senator für Inneres und Sport;
- 07.09. Senator für Inneres und Sport;
- 07.10. Senator für Inneres und Sport; Anzahl der Stellen, die erforderlich sind, um eine Funktion 24 h zu besetzen
- 07.11. Senator für Inneres und Sport; Bremen: Bremen-Mitte, Dortmund: Innenstadt

Produktplan 08 – Gleichberechtigung der Frau

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 08 beträgt 1,11 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 0,82 Mio. € (einschl. Ressortanteilen an Versorgungsbezügen und Beihilfen i.H.v. 0,09 Mio. €) veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 0,03 %, an den Personalkosten 0,08 %.

Der gesetzliche Auftrag der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) besteht darin, im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. Die ZGF hat ihren Hauptsitz in Bremen und ein Büro Bremerhaven. Die Querschnittsaufgaben der ZGF bedingen, dass ihr Produkt "Gleichberechtigung der Frau" einer Vielzahl von Produktplänen diverser Politikbereiche zuzuordnen ist.

Im Benchmarking-Bericht 2003 wurde deshalb und wegen der insgesamt geringen Budgetrelevanz auf die Kennzahlendarstellung komplett verzichtet. Die aktuelle Darstellung erfolgt auf der Basis eines dem Senat im Mai 2005 vorgelegten Ausstattungsvergleichs.

Die Querschnittsaufgabe erschwert die Zuordnung sowohl von Leistungen als auch von Ressourcen zum Produktplan 08 "Gleichberechtigung der Frau".

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Die ZGF weist im Vergleich zu den Stadtstaaten Hamburg und Berlin die Besonderheit auf, dass sie sowohl kommunale als auch ministerielle Aufgaben wahrnimmt, d.h. dass die ZGF in Bremen u.a. eine Anlauf- und Beschwerdestelle vorhält. Ein derartiges Angebot existiert in Hamburg nicht; in Berlin werden die kommunalen Aufgaben von 12 bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten wahrgenommen.

In Bremen stehen nach diesem Schlüssel 6,5 Stellen für Landesaufgaben zur Verfügung. Dazu gehören auch die ministeriellen Aufgaben, da der senatorische Bereich "Frauen" kein Personal hat. Für kommunale Aufgaben in der Stadt Bremen sind 4,3 Stellen vorgesehen.

Die unterschiedliche Aufgabenstellung und die daraus resultierende Aufteilung des Stellenkontingents der ZGF sind bei dem Vergleich mit den Personalausstattungen der Stadtstaaten und der Städte zu berücksichtigen. Die in der Tabelle abgebildeten Daten stammen aus einer von der ZGF durchgeführten schriftlichen Befragung der Stadtstaaten und vergleichbarer Großstädte im April 2005.

Die Daten der Vergleichsgroßstädte beziehen sich nur auf kommunale Aufgaben, da die staatlichen Aufgabenstellungen in den jeweiligen Landesverwaltungen personell hinterlegt sind. Sie haben daher ausschließlich nachrichtlichen Charakter.

Die abweichende Einbeziehung von ministeriellen und kommunalen Aufgaben in den Städten lässt einen Einwohnerbezug nicht zu.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Die Datennutzbarkeit und somit auch deren Bewertung ist, wie dargestellt, kaum möglich. Wegen der Budgetrelevanz ist die ausschließliche Betrachtung des Personalbereichs angemessen.

Die schriftliche Befragung hat ergeben, dass die Personalausstattung der ZGF für **Landesaufgaben** in absoluten Zahlen unterhalb der anderen Stadtstaaten liegt (Bremen: 6,5 Stellen, Hamburg: 10,5 Stellen, Berlin: 29,5 Stellen). Im Vergleich mit anderen Großstädten weist die **Kommune** Bremen demnach eine geringere Ausstattung aus (Bremen-Stadt: 4,3 Stellen, Stuttgart: 7,5, Köln: 6,5, München: 6,3, Düsseldorf: 6,0).

Als Beitrag der ZGF zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Bremens wurde (auf Basis des Ausstattungsvergleichs) per Senatsbeschluss vom 24.05.2005 festgelegt, bei der ZGF zwei zur Zeit vakante Pensen bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht wieder zu besetzen.

Ausblick / Prüfauftrag

Rechtzeitig zum Beginn der nächsten Legislaturperiode ist der Ausstattungsvergleich zu aktualisieren.

Benchmarking

Produktplan 08: Gleichberechtigung

Stand:

23.08.2005

Städte-/ Stadtstaatenvergleich	Einheit	Jahr	Land Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
08.01.01 Stellen in Gleichstellungseinrichtungen für kommunale Aufgaben	Anzahl (BV)	2005	5,4	.	.	6,0	.	.	6,5	6,3	7,5	4,5	5,0	8,0	.	6
08.01.02 Stellen in Gleichstellungseinrichtungen für Landesaufgaben	Anzahl (BV)	2005	6,5	10,5	29,5
08.01.03 Stellen in Gleichstellungseinrichtungen für kommunale und Landes-Aufgaben	Anzahl (BV)	2005	11,9	10,5	41,5

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

08.01.01 ZGF Bremen; davon 4,3 Stellen in der Stadt Bremen und 1,1 Stellen in Bremerhaven; 40% der in Bremerhaven anfallenden Personalkosten werden von dort erstattet, da ausschließlich für kommunale Angelegenheiten verwendet.

08.01.02 ZGF Bremen; HH: nur Landesaufgaben; B: Landesaufgaben und Aufgaben der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten

08.01.03 ZGF Bremen;

Produktplan 11 – Justiz

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 11 beträgt 122,8 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 89,2 Mio. € (einschließlich Ressortanteilen an Versorgungsbezügen und Beihilfe i.H.v. 30,3 Mio. €) veranschlagt sind.

Für den Produktplan Justiz liegen ausschließlich Daten für einen Ländervergleich vor. Das Zahlenmaterial konnte flächendeckend ermittelt werden mit Ausnahme der Kennzahlen zu den Ausgaben für beigeordnete Rechtsanwälte usw. und den Ausgaben für Prozesskostenhilfe etc. pro 1000 Einwohner.

Zu Beginn des Jahres 2000 hatte der Bremer Senat eine Sachverständigenkommission zur Bewertung der Personalausstattung der bremischen Gerichte und Staatsanwaltschaften eingesetzt. Ziel war es, nach möglichst objektiven Leistungskriterien Stärken und Schwächen der Justiz in Bremen aufzuzeigen. Die Arbeit der Sachverständigenkommission soll fortgesetzt werden. Die inhaltliche Ausgestaltung wird mit Rücksicht auf die Beschlüsse der JuMiKo zu überprüfen sein.

Die Ausgaben der Justiz werden maßgeblich durch die Bundesgesetzgebung geprägt. Das gilt für materiell-rechtliche Regelungen, das Verfahrensrecht bis hin zur Kostengesetzgebung. Auf operativer Ebene stellen sich die Steuerungsmöglichkeiten entsprechend eingeschränkt dar.

Datenverfügbarkeit und –nutzbarkeit

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern wird ein bedeutender Teil des **Justizbereichs** dargestellt.

Die Daten wurden im wesentlichen der jährlich verfügbaren Justizstatistik bzw. den entsprechenden jährlich von den Ländern vorgelegten Berichten zum Strafvollzug entnommen. Gesonderte Abfragen in den Ländern liegen den Daten zur Prozesskostenhilfe und den Ausgaben für beigeordnete Rechtsanwälte usw. zugrunde.

Der Senator für Justiz und Verfassung nimmt teil am länderübergreifenden KLR-Zahlentausch der AG „Neues Haushaltswesen“, an der insgesamt sechs Länder beteiligt sind (Federführung: NRW). Problematisch ist die teilweise noch unterschiedliche Zählweise zwischen verschiedenen Gerichten, die den Ländervergleich erschweren.

Die inhaltliche Fortentwicklung von Benchmarking wird sich an den Ergebnissen der JuMiKo vom 29./ 30.06.05 orientieren. Wesentliche Punkte sind: Strukturiertes Benchmarking-Verfahren im Rahmen eines einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung landesinterner Vergleichsrings nach identischen Vorgaben, die nach einheitlichen Kriterien Kennzahlen erheben und möglichst nach einheitlicher Methodik Veränderungsprozesse einleiten, länderübergreifender Vergleichsring der Zentralen Mahngerichte der Länder. Baden-Württemberg und Niedersachsen sind beauftragt, zusammen mit den anderen Ländern die Bildung der genannten Vergleichsrings, den Austausch der Ergebnisse und das weitere Vorgehen im Benchmarking-Verfahren zu organisieren und zu koordinieren.

Unbeschadet der im Rahmen eines einheitlichen Qualitätsmanagements noch zu erhebenden Zahlen enthält die nachfolgende Tabelle diverse Kennziffern, welche den Geschäftsanfall in der Bremer Justiz im länderübergreifenden Vergleich und gespiegelt an der jeweiligen Einwohnerzahl abbilden.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Es wurden in erster Linie Kennzahlen gebildet, die die Schwerpunkte des Ressourceneinsatzes innerhalb des Produktplans abbilden bzw. die Stadtstaatensituation in besonderer Weise darstellen:

Anzahl der Inhaftierten (üb. 14 J.) pro 100.000 Ew.

Anders als in den übrigen Stadtstaaten und der Mehrzahl der westdeutschen Flächenländer kam es in Bremen 2003 zu einer Abnahme gegenüber den Vorjahreswerten.

Tageshaftkosten (ohne Baukosten)

Im Ländervergleich der Tageshaftkosten auf Basis eines bundeseinheitlichen Berechnungssystems nimmt Bremen 2003 noch einen vorderen Rang ein. Im Stadtstaatenvergleich wies Bremen 2001 und 2002 bereits die niedrigsten Tageshaftkosten auf; 2003 liegt der Wert höher als in Berlin, was im Wesentlichen verursacht ist durch eine rd. 7%-ige Reduzierung der Belegung bei nicht gleichzeitig analoger Rückführung der Fixkosten (insbesondere Personalkosten).

Notwendige Umsteuerungsmaßnahmen haben in 2004 dazu geführt, dass die Tageshaftkosten deutlich reduziert und Bremen auf Rang 6 von 12 Ländern (bisher ohne Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Saarland) positioniert werden konnte.

Mit dem für den bremischen Strafvollzug konzipierten Personalentwicklungskonzept bis 2009 einschließlich der geplanten Integration der noch im Landeseigenbetrieb JUDIT verbliebenen Restbereiche wurden die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Bremer Hafttagelkosten mit zurzeit i.H.v. rd. 80 € bis zum Ende des Planungszeitraum 2009 nochmals um 5 – 7% zu senken.

Kosten für den Strafvollzug je Einwohner

Im Ländervergleich stellen sich die Kosten je Einwohner in den Stadtstaaten deutlich höher dar als in den Flächenländern, wobei Bremen unter den Stadtstaaten die günstige Relation Kosten/Einwohner aufweist. Dabei dürften die soziologischen Strukturen von Großstädten u. Ballungsräumen eine Rolle spielen, die die Stadtstaaten in besonderer Weise belasten, da nivellierende Effekte – wie in den Flächenländern – fehlen.

Anzahl der Mitarbeiter pro 100 Gefangene

Länderübergreifende Erhebungen weisen betreffend den Personaleinsatz pro 100 Gefangene (alle Dienste) für 2003 mit 42 bis 61 Bediensteten eine erhebliche Bandbreite auf. Für Bremen beläuft sich dieser Wert für 2003 auf 53,9 bei einem Bundesdurchschnitt aller Länder von 48. Im Rahmen des Personalentwicklungskonzepts soll bis zum Ende des Planungszeitraums einhergehend mit Strukturmaßnahmen im Justizvollzug der erforderliche Personalabbau im Rahmen der Fluktuation erfolgen, um die Zielvorstellung des Ressorts betreffend eines bundesdurchschnittlichen Personaleinsatzes je 100 Gefangene zu realisieren; mithin ein Personalabbau von 2003 bis 2009 von 376 VZÄ (einschl. JUDIT) auf 324 VZÄ entsprechend 14%.

Die weiteren Kennzahlen bilden die Verfahrensbelastungen in den Produktbereichen der Staatsanwaltschaft, Ordentlichen Gerichtsbarkeit und Fachgerichtsbarkeit anhand ausgewählter Kennzahlen im länderübergreifenden Vergleich und gespiegelt an der Einwohnerzahl ab. Ohne dass hier eine abschließende Bewertung vorgenommen werden kann und soll, wird doch deutlich, dass Bremen mit einer hohen Anzahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auch bei der Zahl der Vollstreckungs- und Insolvenzverfahren jeweils vordere Plätze belegt. Eine besondere Stadtstaatenproblematik stellt sich in der vergleichsweise hohen Zahl der Ermittlungs- und Strafverfahren dar.

Anzahl der Ermittlungsverfahren (Js-Verfahren) je 100 Tsd. Einwohner:

Bremen führt in den Jahren 2001 bis 2003 deutlich weniger Ermittlungsverfahren je 100.000 Einwohner durch als Hamburg und Berlin.

Die Steuerungsmöglichkeiten werden durch den Legalitätsgrundsatz (§ 152 StPO) begrenzt: Soweit gesetzlich nicht anders bestimmt, ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, wegen aller verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Kennziffern zum Bereich „Gerichte“ sind in der Tabelle ausführlich dargestellt (vgl. Pos. 11.08.01 bis 11.13.01.

Folgende **Handlungsnotwendigkeiten bzw. –möglichkeiten** werden auf Basis der Vergleichsbetrachtungen gesehen:

- Halten der im Kostenvergleich günstigen Position Bremens im Stadtstaatenvergleich
- Justizvollzug: Anpassung der Relation Mitarbeiter/Gefangene an den Bundesdurchschnitt mit entsprechender Positionierung der Hafttagekosten auf bundesdurchschnittlichem Niveau.
- Aufgabenbündelung/ Kooperationen:
Im Justizvollzug gibt es bereits seit langem Kooperationen mit dem Land Niedersachsen durch Vollzugsabkommen im Bereich der langstrafigen Gefangenen sowie - seit 2003 - im Bereich der Unterbringung von Sexualstraftätern in sozialtherapeutischen Anstalten. Die ansonsten für eine relativ kleine Anzahl von Bremer Insassen erforderlich gewesene Schaffung besonders gesicherter Einrichtungen mit den entsprechenden Standards konnte auf diese Weise vermieden werden. Weitere Kooperationen in einem Nordverbund sind grundsätzlich erwünscht und auch für andere Vollzugsarten denkbar, bedürfen aber aufgrund unterschiedlicher Ausgangssituationen und Bedarfslagen bei z.Zt. nicht vorhandenen Überkapazitäten einer längerfristig abgestimmten Vollzugsplanung. Insbesondere ist die Errichtung zusätzlicher Kapazitäten auch in länderübergreifender Kooperation nicht zum Nulltarif zu bekommen. Eine Kooperation durch Schaffung einer gemeinsamen Mittelbehörde (gemeinsames Justizvollzugsamt) wird von den Ländern des Nordverbundes mehrheitlich abgelehnt. In Bremen wurde das Justizvollzugsamt bereits in 1997 aufgelöst zugunsten einer dezentralen Aufgabenwahrnehmung durch die Justizvollzugsanstalt.
- Im Bereich der Gerichte existiert eine Kooperation mit Niedersachsen durch das in 2002 errichtete Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen mit Sitz in Celle und einer Zweigstelle in Bremen. Für eine Bewertung werden die mittel- und langfristigen Wirkungen abzuwarten sein.
- Den aktuellen Schwerpunkt der Ressortaktivitäten bilden die Kooperation und Aufgabenkonzentration der Bremer Justizdienststellen und justiznaher Einrichtungen im Rahmen einer räumlichen Zusammenführung (sog. Justizzentren in Bremen und Bremerhaven).
- Daneben sind Aufgabenbündelungen innerhalb einer Organisationseinheit - wie z.B. durch die Schaffung eines zentralen Mahngerichts beim Amtsgericht Bremen – vor dem Hintergrund eines vermehrten und verbesserten EDV-Einsatzes auch für die Zukunft zu prüfen.
- Weitere länderübergreifende Kooperationen sind ebenfalls nicht ausgeschlossen, sofern sie eine sinnvolle Ergänzung darstellen können, nennenswerte zusätzliche Synergien erwarten lassen und zwischen den Kooperationspartnern eine mittel- und langfristige Entwicklung abgesteckt werden kann, anhand derer Aussagen getroffen werden können, ob und inwieweit die Ressourcenausstattung des Kooperationsbereichs zukünftig in Parallelität zu den Abwachsrate der Bremer Haushaltssanierung entwickelt werden kann und soll.

Ausblick / Prüfauftrag

Entwicklung in den von der Justizministerkonferenz in Auftrag gegebenen Arbeitsgruppen im Hinblick auf Kennzahlen-Bildung verfolgen; Bericht im Rahmen des nächsten Benchmark-Durchgangs.

Hinweis: Ausführliche Anmerkungen zu den dargestellten Kennziffern des Bereichs „**Gerichte**“ sind im **Anhang** beigelegt.

Benchmarking

Produktplan 11: Justiz

Stand: 12.08.2005

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
11.01.01	je 100.000 EW	2004	113	163	157	80	99	94	88	98	98	.	58	153	.	93	3
		2003	111	177	156	80	97	96	84	97	95	85	56	157	90	96	3
		2002	118	173	152	79	94	98	82	98	92	81	56	154	90	95	3
		2001	113	154	149	77	89	99	83	98	92	80	55	153	88	96	3
11.02.01	€	2004	80,0	97,2	79,1	70,3	62,2	87,9	82,5	79,5	74,6	.	91,5	85,4	.	79,3	5
		2003	88,0	92,3	81,3	71,9	63,4	86,4	83,7	76,6	77,5	84,2	91,4	87,2	631,9	79,9	3
		2002	79,9	89,5	86,0	68,9	62,7	85,2	86,9	74,8	73,1	81,4	88,8	85,1	621,9	78,8	7
		2001	86,2	91,2	87,4	71,9	61,1	81,2	81,7	74,5	68,9	81,3	90,2	88,3	610,8	77,8	4
11.03.01	€ je EW	2004	32,9	57,8	45,2	20,6	22,5	30,2	26,4	28,4	26,7	.	19,3	47,6	.	27,0	3
		2003	35,5	59,6	46,3	20,1	22,3	30,3	25,5	27,2	26,8	26,1	18,7	50,0	26,0	27,9	3
		2002	34,5	56,5	47,8	20,0	21,6	30,4	26,2	26,8	24,6	24,2	18,3	48,9	25,4	27,3	3
		2001	35,4	51,4	47,6	20,2	19,7	29,3	24,7	26,6	23,2	23,6	18,0	47,3	24,6	27,4	3
11.04.01	je 100.000 EW	2003	8.076	9.289	8.707	4.529	4.836	5.567	5.655	5.755	6.281	5.710	4.808	8.809	5.328	5.810	3
		2002	7.761	9.099	9.091	4.414	4.689	5.300	5.406	5.479	6.014	5.125	4.823	8.942	5.117	5.597	3
		2001	7.725	8.869	8.883	4.246	4.769	5.004	5.097	5.515	5.697	4.539	4.848	8.746	5.019	5.525	3
11.05.01	Anzahl	2003	53,9	52,2	54,4	41,9	41,9	47,9	48,0	46,2	47,5	51,6	54,2	53,5	47,4	50,4	3
11.06.01	€ je 1.000 EW	2001	6.531	.	.	4.288	4.329	5.010	6.278	.	5.547	.	7.267	.	.	.	2
11.07.01	€ je 1.000 EW	2002	4.299	.	.	3.267	3.509	.	.	4.937	4.424	.	5.654	.	.	.	4
11.08.01	je 100.000 EW	2003	762	752	731	595	594	691	757	831	768	945	770	741	717	695	5
11.08.02	je 100.000 EW	2003	2.014	2.810	3.390	1.457	1.511	1.896	1.674	2.062	1.775	1.896	1.641	3.059	1.747	1.819	4
11.08.03	je 100.000 EW	2003	1.614	1.425	1.824	794	1.027	928	1.004	1.138	889	878	803	1.681	985	1.071	2
11.08.04	je 100.000 EW	2003	8.847	37.385	12.712	7.800	12.449	15.617	6.955	17.330	10.979	5.385	11.736	19.656	12.425	11.479	8
11.08.05	je 100.000 EW	2003	4.474	4.236	5.632	3.563	3.428	4.049	4.091	4.451	4.091	4.246	4.356	5.081	3.985	4.109	2
11.08.06	je 100.000 EW	2003	1.649	1.065	1.423	1.030	1.050	1.289	1.290	1.367	1.289	1.568	1.389	1.341	1.230	1.237	1

Benchmarking

Produktplan 11: Justiz

Stand: 12.08.2005

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
11.08.07 Amtsgerichte: Vollstreckungssachen Anträge auf Anordnung der Haft zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung, Eingänge	je 100.000 EW	2003	994	1.015	1.207	700	634	785	849	962	848	575	659	1.125	795	793	3
11.08.08 Amtsgerichte: Vollstreckungssachen, Zwangsverwaltungen und Zwangsversteigerungen	je 100.000 EW	2003	182	70	214	99	93	137	143	157	159	179	182	167	133	152	2
11.08.09 Amtsgerichte: Insolvenzverfahren (Regelinsolvenzverfahren), Eingänge	je 100.000 EW	2003	173	143	195	87	111	140	145	142	121	116	209	177	128	140	3
11.08.10 Amtsgerichte: Verbraucher- Insolvenzverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	2003	151	84	63	38	38	46	69	61	56	91	61	79	52	54	1
11.08.11 Amtsgerichte: Betreibungen, Bestand	je 100.000 EW	2003	1.135	1.100	1.670	454	1.272	1.349	1.501	1.386	1.430	1.818	1.437	1.438	1.229	1.285	9
11.09.01 Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge	je 100.000 EW	2003	547	995	731	480	537	606	425	524	459	506	419	789	505	517	4
11.10.01 Verwaltungsgerichtsverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	2003	396	653	867	262	272	388	349	402	282	428	369	749	336	382	5
11.11.01 Finanzgerichtsverfahren, Eingänge	je 100.000 EW	2003	140	147	154	56	63	80	155	121	49	76	64	150	91	93	4
11.12.01 Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	je 100.000 EW	2003	321	439	511	261	311	259	279	.	391	470	292	468	.	340	5
11.13.01 Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge	je 100.000 EW	2003	956	925	1.227	620	699	1.287	557	797	613	612	557	1.106	739	770	3
11.14.01 Gerichtsvollzieher: Zwangsvollstreckungs- und sonstige Aufträge, Eingänge	je 100.000 EW	2003	11.303	12.184	13.636	11.642	9.790	10.800	11.221	11.130	10.988	10.498	9.859	12.934	10.857	10.833	4

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 11.01. Senator für Justiz und Verfassung, Statistik Regional; Jahresdurchschnittsbelegung
- 11.02. Senator für Justiz und Verfassung;
- 11.03. Senator für Justiz und Verfassung, Statistik Regional;
- 11.04. Senator für Justiz und Verfassung, Statistik Regional; Js Verfahren: Justiz-Strafverfahren gegen namentlich bekannte Personen
- 11.05. Senator für Justiz und Verfassung; alle Dienste und Laufbahnen
- 11.06. Senator für Justiz und Verfassung; HB: Anstelle der Beratungshilfen in anderen Ländern (gesetzliche Aufgaben) ist in HB die vom Ressort finanzierte öffentliche Rechtsberatung seitens der Arbeitnehmerkammer eingerichtet worden. Die Kosten sind eingerechnet
- 11.07. Senator für Justiz und Verfassung; Grundlage: Erhebungen in den einzelnen Landesjustizverwaltungen im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für ein Kostenmodernisierungsgesetz
- 11.08.ff Senator für Justiz und Verfassung, Statistik Regional;

Produktplan 12 – Sport

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 12 beträgt 14,0 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 1,4 Mio. € (einschl. Ressortanteilen an Versorgungsbezügen und Beihilfen i.H.v. 0,2 Mio. €) veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 0,4 %, an den Personalkosten 0,1 %.

Der Benchmarking-Prozess im Sportbereich wurde – entgegen vorheriger Erwartung der Begleit-AG – erheblich erschwert durch die unterschiedliche und in vielen Fällen unklare Abgrenzung und Definition der darzustellenden Teilbereiche.

Teilweise konnten Widersprüche, die sich aus dem Datenmaterial ergaben auch durch telefonische Nachfrage nicht geklärt werden; das reicht bis zu Problemen bei der Erfassung der vorhandenen Bäder (kommunal und/oder privat betrieben; Frei-, Sommer-, Spaß-, Hallen-, Kombi- oder Strand-/Naturbäder; etc.). Noch größer wurden die Unklarheiten bei näherer Betrachtung der (kommunalen?) Sportflächen und der Nutzer (keine klare Unterscheidung zwischen aktiven und passiven bzw. ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern). Die Erfassung in den jeweiligen Vergleichsstädten erfolgt gegenwärtig derart uneinheitlich, dass bei der angestrebten Darstellung belastbarer Daten erhebliche Abstriche gemacht werden mussten.

Aus den vorliegenden Städtedaten ist einwandfrei ablesbar, dass die anerkannt guten sportwissenschaftlichen Einrichtungen / Sportstätten der sogenannten **Olympiastützpunkte** (OSP) und **Bundesleistungszentren** nicht in den kommunalen Daten enthalten sind. Frankfurt weist beispielsweise lediglich 21 Sportplätze, 5 Rundlaufbahnen und 46 Sporthallen aus, ist aber gleichzeitig Olympiastützpunkt und Sitz des DFB.

In Deutschland gibt es derzeit **20 Olympiastützpunkte**, die von eigenständigen GmbHS im Auftrag des Bundes in Kooperation mit den Fachverbänden und dem DSB betrieben werden und optimale Hallen-(bzw. Bäder- und Flächen-)bedingungen bieten. Bremen ist das einzige Bundesland, dem kein OSP zugeordnet ist. Obwohl die Sportflächen der OSP sowohl von Vereinen als auch von der Öffentlichkeit und Schulen mitgenutzt werden, werden sie i.d.R. nicht statistisch entsprechend erfasst.

Lt. Bundeshaushaltsplan 2005 werden für „Sportförderung“ insg. 133 Mio. € ausgewiesen (davon allein für Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren **26,1 Mio. €** sowie weitere **24,9 Mio. €** für Zuwendungen für die Errichtung, Erstausrüstung und Bauunterhaltung von Sportstätten für den Hochleistungssport.

Datenverfügbarkeit und –nutzbarkeit

Unter Ausklammerung der vorgegen. Problematik liegen dem Sportbereich kaum Großstadtvergleiche zur eigenen Bedarfseinschätzung vor. Auch die „aktuelle“ Sportstättenstatistik der Länder (Erscheinungsdatum November 2002, Daten Stand 2000) enthält keine Daten für Städtevergleiche.

Eine vom Ressort an die Vergleichsstädte gerichtete Anfrage hinsichtlich der Bereitschaft, sich an einer regelmäßigen Vergleichsarbeit u.a. für den Bereich Sport (insbes. Sportflächen, Bäder) zu beteiligen, hat bisher nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Einige Städte sind aus unterschiedlichen Gründen nicht an einem regelmäßigen Vergleich interessiert, andere sind noch in der „Abwägungsphase“. Einige Städte haben auf die Anfrage bisher überhaupt noch nicht reagiert und werden vom Ressort jetzt noch einmal erinnert.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Es wurden in erster Linie Kennzahlen gebildet, die den wesentlichen Schwerpunkten des Ressourceneinsatzes innerhalb des Produktplans Rechnung tragen und/oder politisch nachgefragt werden. Im einzelnen:

Sportflächen: Bei den Sportflächen pro Einwohner nimmt Bremen unter den Stadtstaaten den Spitzenplatz ein; aufgrund der bislang dürftigen Anzahl der Vergleichsdaten in m² bzw. pro Einwohner ist ein Vergleich mit anderen Städten derzeit jedoch noch wenig aussagekräftig.

Bäder: Für den Bereich der Bäder sind **Städtevergleichszahlen** über die **Anzahl** an Hallenbädern / Freibädern / Bädern gesamt sowie **Ländervergleichszahlen** hinsichtlich **Wasserflächen** [m²] pro 1.000 Einwohner verfügbar.

Im Ländervergleich liegt Bremen einwohnerbezogen im unteren Mittelfeld bezüglich der Versorgung mit Frei- und Hallenbädern; im Stadtstaatenvergleich ist allerdings eine deutliche Spitzenversorgung Bremens festzustellen (HB: **46** m², BE: **22** m², HH: **20** m² pro 1.000 Einwohner), während der Bäderzuschuss pro Einwohner in Bremen im Stadtstaatenvergleich am niedrigsten ist (BE: **10,5** €, HH: **10,1** € HB: **6,6** € Zuschuss pro Einwohner).

Weitere Kennzahlen:

Bei der **Anzahl der Vereinssportler** liegt Bremen (Stadt) mit einem Organisationsanteil von 25,2% an vierter Stelle im Städtevergleich (Höchstwert: München 38,8%, Tiefstwert: Berlin 13,2%, Städtedurchschnitt: 22,3%). *Hierzu allerdings Hinweis auf die Abgrenzungsproblematik: Aktive / Passive / Ordentliche / Außerordentliche Mitglieder in Sportvereinen.*

Hinweis: In **Berlin** gibt es für die Ermittlung des Versorgungsgrads in den Kategorien „ungedeckte Kernsportanlagen“ / „gedeckte Kernsportanlagen“ / „Frei- und Sommerbäder“ / „Hallenbäder“ **interne Richtwerte** (m²/Einwohner), um Unterversorgungen / Überkapazitäten in den einzelnen Stadtbezirken aufzuzeigen (Berliner Sportanlagenstatistik 2004). Eine Budgetbemessung wird damit allerdings noch nicht gesteuert.

Ausblick / Prüfauftrag

- Benchmarking über Sportministerkonferenz initiieren (zumindest für Stadtstaaten-Vergleiche). –ggf. über die AG der Sportämter-
- Ggf. Berücksichtigung als Olympiastützpunkt verfolgen
- Verzahnung mit dem Schulsport (Standortproblematik)
- Fortführung der Beteiligung Bremens an Vergleichsringen
- (Belastbare) Zeitreihen entwickeln

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgbietstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
12.02.01	kommunale Sportflächen pro	2003	3,3	2,2	1,9	7,3	1,7	.	.	.	1,7	.	.	.	2	
12.02.02	Sportflächen: Ausgaben	2002	3.055	9.002	8.288	.	.	
12.02.03	Sportflächen: Ausgaben je Einwohner	2002	5,7	5,5	13,1	
12.02.04	Sportflächen: Ausgaben je m ²	2002	1,7	
12.02.05	Sportflächen: Ausgaben je Vereinsportler	2002	22,4	19,1	44,7	
12.04.01	Bäder: Zuschuss pro Besucher	2003	2,2	3,7	3,5	.	.	.	5,2	.	.	
12.04.02	Bäder: Zuschuss pro Einwohner	2003	6,6	10,1	10,5	.	.	.	7,8	.	.	.	10,2	.	.	
12.04.03	Bäder: Zuschuss pro Bad	2003	275.660	667.192	34.607	466.100	.	.	
12.05.01	Bäder: Einwohner pro Bad	2003	45.324	66.640	34.607	52.021	45.960	36.924	64.478	72.121	39.273	39.059	63.467	45.293	7	
12.06.01	Bäder: Besucher pro Bad	2003	125.660	180.769	.	.	157.884	.	.	245.941	.	.	89.789	.	.	
12.07.01	Bäder: Kostendeckungsgrad	2003	60,3	53,8	
12.08.01	Bäder: insgesamt	2003	12	26	98	11	14	14	15	17	15	15	17	8	10	
12.08.02	Bäder: Hallenbäder	2003	7	17	59	7	7	5	10	9	10	12	12	5	9	
12.08.03	Bäder: Freibäder	2003	5	9	39	4	7	9	5	8	5	3	5	3	8	
12.09.01	Sportplätze (kommunal)	2003	248	269	1.225	246	21	10	.	143	15	159	110	.	3	
12.09.02	Rundlaufbahnen (kommunal)	2003	22	53	112	26	5	4	.	41	.	.	32	.	6	
12.09.03	Sporthallen (kommunal)	2003	179	665	1.164	186	46	188	.	437	.	.	182	.	7	
12.10.01	Vereinsportler	2002	136.563	499.575	446.704	113.000	139.224	98.532	184.255	478.280	165.000	134.957	140.000	219.655	8	

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden- Württem- berg	Bayern	Hessen	Nieder- sachsen	Nordrh.- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saar- land	Schles- wig Holstein	Stadt- staaten	Flächen- länder (West)	Bundes- gebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
12.03.02	Wasserfläche pro 1.000 EW: Freibäder	2000	34,1	11,5	11,6	47,5	59,7	54,7	54,3	31,7	54,4	73,4	35,2	.	.	.	8
12.03.03	Wasserfläche pro 1.000 EW: Hallenbäder	2000	12,4	8,1	10,2	14,7	14,8	15,5	16,2	15,2	12,4	19,7	15,6	.	.	.	8

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 12.01.ff Senator für Inneres und Sport;
- 12.03.ff Sportstättenstatistik;
- 12.04.ff Senator für Inneres und Sport;

Produktplan 21 – Bildung

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 21 beträgt 589,5 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 412,1 Mio. € (einschl. Ressortanteilen an Versorgungsbezügen und Beihilfen i.H.v. 123,2 Mio. €) veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 17,9 %, an den Personalkosten 38,4 %. In den vorgen. Werten sind noch nicht 21 Mio. € für übertragene Ausgaben für Bildungsinfrastruktur enthalten; unter Einbeziehung dieses Betrages erhöht sich das Ausgabevolumen des Produktplans 21 auf 610,5 Mio. € (Ressortanteil: 18,5 %).

Im Bildungsbereich werden ausschließlich komplette **Ländervergleiche** dargestellt, die auf der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes bzw. der Kultusministerkonferenz basieren. Die Betrachtung der Ausgabenseite je Schüler der öffentlichen Schulen erfolgt auf Basis der Daten aus dem Jahr 2002. Für die Absolventenzahlen der allgemein bildenden Schulen liegen Daten des Schuljahres 2002/2003 vor; für die Schüler-Lehrer-Relation kann auf Ländervergleiche des Schuljahres 2003/2004 zurückgegriffen werden.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Die dargestellten Zahlenreihen werden jährlich aktualisiert, bei den Absolventenzahlen sowie den Schüler/Lehrer-Relationen beziehen sich die Angaben auf Schuljahreszeiträume. Neben der amtlichen Statistik beteiligt sich die Bildungsverwaltung an Vergleichsringen und nimmt eigene Auswertungen (wie z.B. Hausmeister-/ Wärme-/ Reinigungskosten pro m²) vor.

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern werden die wesentlichen Schwerpunkte des **Bildungsbereichs umfassend** dargestellt; die restlichen Bereiche sind bislang mit Benchmark-Kennzahlen nicht erfasst.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Bei den ausgewiesenen Kennzahlen handelt es sich um die **politisch nachgefragten TOP-Kennzahlen**. Im einzelnen:

Ausgaben pro Schüler: Generell hinzuweisen ist auf das deutlich höhere Ausgaben-Niveau der Stadtstaaten (rd. 800 € über Bundesdurchschnitt!). Zu erklären ist diese Differenz dadurch, dass in den Flächenländern wg. unscharfer Abgrenzungen der Finanzströme bzw. aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten (Land/Kommune/Kreis) offenbar nicht sämtliche Kosten bei den Schulträgern eingerechnet werden.

Mit diesen Einschränkungen in der Vergleichbarkeit haben sich im Jahr 2002 die Ausgaben je Schüler bei den allgemeinbildenden Schulen von 5.500 (2000) auf 5.200 € und bei den Beruflichen Schulen von 3.500 (2000) auf nunmehr 3.300 € reduziert. Der Wert HB liegt damit deutlich unter den Werten der übrigen Stadtstaaten; der Wert für den Bereich der Beruflichen Schulen liegt auch unter dem Durchschnitt der Flächenländer (West), während der Wert HB für die Allgemeinbildenden Schulen noch um 400 € über dem Durchschnittswert der Flächenländer (West) liegt.

Von besonderem Interesse ist hier die Zeitreihenbetrachtung von 1999 – 2002: Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern ist in Bremen – v.a. bei den anteiligen Personalausgaben – ein Rückgang zu verzeichnen. Dies ist u.a. auf notwendige Bereinigungen der Statistik zurückzuführen (z.B. keine weitere Einrechnung schulfremder Abordnungen von Lehrern).

Perspektivisch ist von einem Anstieg der Ausgaben pro Schüler auszugehen, was zum einen an den sog. PISA-Maßnahmen und zum anderen an der Einrichtung zusätzlicher Ganztags-Betreuungsangebote liegt. Hierbei handelt es sich um einen bundesweiten Niveausprung.

Schüler/Lehrer-Relation (SLR): Wie auch die Vergleichsdaten von Bund und Ländern ist die Schüler/Lehrer-Relation für öffentliche und private Schulen des Jahres '03/'04 in Bremen in den

allgemeinbildenden ('03/'04: **15,8** = -0,1) und beruflichen Schulen ('03/'04: **23,6** = -1,0) seit 2001 leicht gesunken. Die Werte für die Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen liegen in HB deutlich über den Werten der übrigen Stadtstaaten und damit nur noch knapp unter dem Bundesdurchschnitt (16,0 bzw. 23,8).

Aktuell hat die SLR in Bremen-Stadt einen Wert von 17,5 (und damit fast die Zielvorgabe von 17,6!) erreicht, während der Wert in Brhv. mit 17,1 hinter dem Wert für Bremen-Stadt zurückbleibt (dazu Hinweis auf die schwierige Situation einer angemessenen Unterrichtsversorgung in Brhv.).

Bei den **Absolventen der allgemeinbildenden Schulen** ist der Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss in Bremen (8,6 %) fast gleichauf mit dem Durchschnitt der Flächenländer (West) (8,5 %) und deutlich unter den Werten der anderen Stadtstaaten.

Der Anteil der Schüler mit Hauptschulabschluss liegt in HB unter den Werten der übrigen Stadtstaaten und wesentlich unter dem Durchschnitt der Flächenländer (West); der Anteil der Schüler mit Realschulabschluss dagegen deutlich über den Werten der übrigen Stadtstaaten und auch über dem Durchschnitt der Flächenländer (West).

Der Anteil der Schüler mit Fachhochschulreife liegt in HB unter den Werten der übrigen Stadtstaaten und wesentlich unter dem Durchschnitt der Flächenländer (West); der Anteil der Schüler mit Hochschulreife knapp auf dem Niveau der übrigen Stadtstaaten, aber sehr deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer (West).

Allgemeinbildende Privatschulen: Ländervergleichsdaten (KMK) werden derzeit nur alle 4 Jahre erhoben (zuletzt **1998/99**; nächste Erhebung **2003/04**).

Aufgrund der politischen Bedeutung des Themas (grundsätzlich steuerungsrelevanter Bereich) sollte eine Aktualisierung nach Vorliegen der nächsten Erhebungsdaten (einschließlich Beurteilung der erreichten (schrittweisen) Annäherung der durchschnittlichen Kosten auf 70% des Bundesdurchschnitts) erfolgen.

Vergleichsdaten aus KGSt-Vergleichsring Schulverwaltung

Durch die Teilnahme am Vergleichsring Schulverwaltung GK 1-3 der KGSt liegen Vergleichsdaten für den Bereich der Gebäudebewirtschaftung von Schulen vor. An dem Vergleichsring nehmen neben Bremen teil: Hamburg, Düsseldorf, Dortmund, Karlsruhe, Krefeld, Nürnberg, Stuttgart und Leipzig. Die Flächenangaben im Vergleichsring sind noch beeinflusst von Anpassungen in der Erfassung und unterliegen im Vergleich 2004 zu 2003 wahrscheinlich noch erheblichen Schwankungen. Auf eine Darstellung der zentralen Kennzahl Fläche / Schüler muss daher noch verzichtet werden. Die Darstellung dieser Kennzahl wird nach endgültigem Vorliegen der Vergleichskennzahlen 2004 erneut geprüft. Trotz dieser Schwankungen sind im folgenden zentrale Bewirtschaftungskennzahlen dargestellt, so dass zumindest die Bandbreite und eine Einstufung des Bremer Wertes dazu ansatzweise möglich ist. Entsprechend der Vereinbarung im Vergleichsring werden nur Minimum- und Maximumwerte im Vergleichsring ausgewiesen.¹

KGSt-Vergleichsring Schulverwaltung GK 1-3, Kennzahlen 2003			
Kennzahl	Minimum	Maximum	Stadt Bremen
Betriebskosten ¹ je m ² BGF	13,32 €	26,09 €	21,01 €
<i>davon Wärmekosten je m² BGF</i>	2,66 €	9,19 €	5,16 €
<i>davon Reinigungskosten je m² BGF</i>	6,74 €	14,76 €	11,17 €
Personalkosten Hausmeister je m ² BGF	6,02 €	10,14 €	6,09 €

Ausblick / Prüfauftrag

Neben der Aktualisierung der hier dargestellten Kennzahlenauswahl soll im kommenden Benchmarking-Bericht Ländervergleichsdaten zu den allgemeinbildenden Privatschulen erfolgen. Vorbehaltlich der Verfügbarkeit entsprechender Daten aus dem KGSt-Vergleichsring soll die Kennziffer „Fläche pro Schüler“ zukünftig aufgenommen werden.

¹ Zu den Betriebskosten zählen: Abfallbeseitigungs-, Strom-, Wärme-, Versicherungs-, Reinigungs-, Grünflächenpflege-, Außenreinigungs- und sonstige Betriebskosten. Personalkosten Hausmeister zählen nicht dazu sondern werden gesondert ausgewiesen.

Benchmarking

Produktplan 21: Bildung

Stand:

22.08.2005

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
21.01.01 Gesamtausgaben je Schüler	€	2002	4.700	6.000	5.200	4.700	4.700	4.400	4.500	4.500	4.300	4.100	4.400	5.400	4.500	4.600	3
		2001	4.900	6.300	5.100	4.600	4.600	4.400	4.500	4.300	4.300	4.100	4.300	.	.	.	3
		2000	5.000	6.100	4.900	4.500	4.500	4.300	4.300	4.200	4.200	4.200	4.300	.	.	.	2
21.01.02 Gesamtausgaben je Schüler/in an allgemein bildenden Schulen	€	2002	5.200	6.600	5.700	4.900	5.100	4.700	4.800	4.800	4.600	4.300	4.700	5.900	4.800	4.900	3
21.01.03 Gesamtausgaben je Schüler/in an beruflichen Schulen	€	2002	3.300	4.400	3.300	4.000	3.200	3.400	3.400	3.200	3.200	3.300	3.400	3.600	3.400	3.300	6
21.02.01 Personalausgaben je Schüler/in	€	2002	4.100	4.600	4.700	3.800	3.700	3.600	3.700	3.600	3.600	3.500	3.600	4.600	3.700	3.700	3
		2001	4.100	4.800	4.400	3.700	3.600	3.600	3.600	3.500	3.500	3.500	3.500	.	.	.	3
		2000	4.300	4.800	4.200	3.700	3.600	3.500	3.600	3.500	3.400	3.500	3.500	.	.	.	2
21.03.01 Sachausgaben je Schüler/in	€	1999	4.500	4.600	3.900	3.600	3.600	3.400	3.600	3.400	3.500	3.500	3.500	.	.	.	2
		2002	500	800	400	500	500	500	500	500	400	400	500	500	500	500	2
21.04.01 Investitionsausgaben je Schüler/in	€	2002	200	600	100	400	500	400	300	300	300	100	300	200	400	400	9
21.05.01 Schüler-Lehrer-Relation (alle Schularten)	Schüler/innen je Lehrer	2004	17,2	15,9	14,8	16,9	17,9	18,0	17,5	18,4	18,1	18,1	18,3	15,4	17,7	17,2	8
21.05.02 Schüler-Lehrer-Relationen an allgemein bildenden Schulen	Schüler/innen je Lehrer	2004	15,8	14,9	13,6	16,1	16,6	16,9	16,6	17,2	16,8	16,8	17,2	14,2	16,5	16,0	9
21.05.03 Schüler-Lehrer-Relation an beruflichen Schulen	Schüler/innen je Lehrer	2004	23,6	20,6	22,2	20,5	25,7	24,0	22,4	26,1	25,9	24,2	24,5	21,8	23,8	23,8	7
21.06.01 Absolventen mit Hochschulreife	%	2003	30,5	32,4	32,0	21,9	19,6	26,7	20,6	26,1	22,3	21,8	20,3	30,9	22,9	23,8	3
21.07.01 Absolventen mit Fachhochschulreife	%	2003	0,2	1,7	1,8	0,2	0,0	1,1	2,2	3,6	1,3	1,2	1,8	0,5	1,6	1,3	9
21.08.01 Absolventen mit Realschulabschluss	%	2003	40,2	30,7	30,0	37,6	35,1	37,9	43,0	40,6	34,3	33,8	31,3	35,4	38,1	40,2	3
21.09.01 Absolventen mit Hauptschulabschluss	%	2003	20,6	22,8	24,6	32,5	35,8	25,5	24,4	22,8	33,0	34,0	35,9	22,4	28,9	25,5	11
21.10.01 Absolventen ohne Hauptschulabschluss	%	2003	8,6	11,6	10,7	7,8	9,5	8,8	9,7	7,0	9,0	9,2	10,7	10,7	8,5	9,1	9

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

21.01ff Senator für Bildung und Wissenschaft;

Produktplan 22 - Kultur -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Kulturressort ist inzwischen in deutlich verstärktem Maße an der Ermittlung und Diskussion von Städte- und Länder-Vergleichsdaten zur Einstufung des eigenen Kosten- und Leistungsniveaus interessiert. Entgegen den Zusagen im Benchmarking-Bericht 2003 sind allerdings Initiativen des Bereichs zur Beteiligung an Vergleichsringen oder zur Vergabe eigener Auswertungsaufträge an die amtliche Statistik – nach dem Vorbild des Wissenschaftsbereichs – bisher unterblieben. Insbesondere unter den Aspekten notwendiger Mittelvolumina und geeigneter Ausgabenstrukturen zur hinreichenden Wahrnehmung oberzentraler Funktionen und zur Flankierung der regionalen Standortbedingungen wären das verfügbare Spektrum ergänzende Informationen – vor allem im Städtevergleich – von erheblicher Bedeutung.

Vom Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen entfallen im Haushaltsjahr 2005 auf den Kulturbereich 0,9 % der Personalausgaben (9 Mio. €), 4,1 % der sonstigen konsumtiven Ausgaben (63 Mio. €) sowie 0,4 % der Investitionen (3 Mio. €).

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Nicht zuletzt aufgrund neuer Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (Kulturfinanzbericht; Museumsbericht) ist die Datenlage für Ländervergleiche im Kulturbereich inzwischen relativ gut. Erhebliche Defizite bestehen nach wie vor bei Städtevergleichen, die insbesondere bei Kennzahlen mit Kosten- bzw. Ausgabenbezügen allerdings auch das Problem mangelnder Zuordenbarkeit von Landesleistungen bergen. Das Ressort hält einzelne Verbandsstatistiken in dieser Hinsicht für brauchbar, hat jedoch Ergebnisse entsprechender Vergleichsbetrachtungen – die im Wesentlichen auch nur einrichtungsbezogen erfasst sein sollen – bisher nicht vorgelegt. Wenige, z. T. auch veraltete Städtevergleiche des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden werden vom Bereich als eher ungeeignet eingestuft.

Die vom Ressort vorgeschlagene Orientierung an der Struktur der Produktgruppenhaushalte und den in diesem Rahmen ausgewiesenen Kennzahlen konnte nicht aufgegriffen werden, da im Produktgruppenhaushalt Städte- und Ländervergleiche bisher nicht vorgesehen bzw. vorhanden sind.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt – einem Maßstab, der auch Vergleiche zwischen Stadtstaaten und Flächenländern ermöglicht, - liegen die bremischen **Kulturausgaben** mit 0,42 % (Stand: 2002) deutlich über dem Durchschnittsniveau aller Bundesländer (einschließlich Gemeinden; 0,34 %) und werden dabei nur noch vom Vergleichswert Berlins übertroffen. Im Zeitraum 1995/2002 wiesen die Kulturausgaben in Bremen mit 31 % die höchste Zuwachsrate aller Länder (Durchschnitt: + 13 %) auf.

In besonderem Maße überdurchschnittlich fallen dabei inzwischen die öffentlichen Ausgaben für den Bereich „Theater und Musik“ (0,19 % gegenüber 0,15 %) aus. Das **öffentliche Theater** des Landes bietet ein Platzangebot, das einwohnerbezogen nur leicht unter dem Vergleichswert Berlins, jedoch deutlich höher als in Hamburg liegt und dabei auch in stark überdurchschnittlichem Maße genutzt wird. Die Betriebsausgaben entsprechen pro Einwohner dem Niveau Hamburgs und fallen – aufgrund des intensiv nachgefragten Angebots – pro Platz und pro Besucher deutlich unterdurchschnittlich aus. Problematisch ist, dass die Betriebsausgaben des bremischen Theaters in überdurchschnittlicher Weise durch öffentliche Zuweisungen finanziert werden (85 %), die pro Einwohner damit sogar höher ausfallen als in Hamburg und Berlin. Der korrespondierende geringe Anteil der eigenen Einspielergebnisse an den Betriebsausgaben (13 %; Hamburg: 22 %, Berlin: 24 %) sollte zum Anlass einer Überprüfung der Preisgestaltung für Eintrittskarten genommen werden.

Die öffentlichen und wissenschaftlichen **Bibliotheken** des Landes sind einwohnerbezogen überdurchschnittlich mit Medien bestückt (Rang 3 der Bundesländer) und weisen ebenfalls deutlich überdurchschnittliche Benutzerzahlen (Rang 3) und Entleihungen (Rang 2) auf. Die Ausga-

ben der Bibliotheken fallen in Bremen pro Entleihung länderdurchschnittlich aus, stellen pro Einwohner im Ländervergleich – nur übertroffen von Berlin – allerdings einen Spitzenwert dar.

Weitere Besonderheiten im Kulturbereich betreffen die **Musikschulen** des Landes, die gemeinsam mit Sachsen-Anhalt den niedrigsten Finanzierungsanteil der Gesamtausgaben durch Unterrichtsgebühren verzeichnen (27,5 %; Bundesdurchschnitt: 44,3 %), und die **Volkshochschulen**, bei denen Bremen pro Einwohner den mit Abstand höchsten Zuschuss und – nach Niedersachsen – die zweithöchsten Ausgaben leistet.

Bei den **Museen, Sammlungen und Ausstellungen** verzeichnet Bremen im längerfristigen Zeitvergleich den deutlichsten Anstieg der Besuchszahlen (1990/2002: + 57,2 %; Hamburg (Rang 2): + 43,0 %; Länderdurchschnitt: + 4,3 %) und wendete 2001 den dritthöchsten Mittelbetrag pro Einwohner (21 €) nach Berlin und Sachsen auf (Länderdurchschnitt: 15 €). Die Eignung des „Museumsberichts“ des Statistischen Bundesamtes für Städtevergleiche, die zwar ausgewiesen werden, bremische Daten jedoch nicht enthalten, ist noch zu überprüfen.

Ausblick / Prüfauftrag

Die im Ländervergleich feststellbaren Kosten- und Leistungs-Relationen der bremischen Kulturangebote sind im Rahmen der Budgetberatungen und der ressortbezogenen Entwicklungsstrategien zu beachten und zu erörtern. Die Aktivitäten des Ressorts in Richtung geeigneter, ggf. selbst zu initiiierender Benchmarking-Vergleichsringe sollten fortgesetzt und intensiviert werden. Der Bereich nennt als vorrangigen Anknüpfungspunkt zum Aufbau von Vergleichsringen das Projekt „kik“ (Kennzahlen in Kommunen).

*Die vorstehende Kommentierung wurde dem Bereich – nach vorhergehender Besprechung des Indikatorenspektrums - am 8. August 2005 mit der Bitte um Abstimmung zugeleitet. Eine umfassende Überprüfung und Bewertung der dargestellten Vergleichsdaten und -ergebnisse innerhalb des Kulturressorts konnte allerdings erst am 23. August 2005 aufgenommen werden. Mit Ablauf der Abstimmungsfrist erreichte die Begleit-AG eine umfangreich **Stellungnahme des Ressorts**, die aufgrund ihres grundsätzlichen Charakters und ihrer weitgehenden Korrekturforderungen zeitlich nicht mehr adäquat umgesetzt werden konnte.*

Benchmarking

Produktplan 22: Kultur

Stand: 08.08.2005

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
22.01.01 öffentliche Ausgaben für Kultur: Anteil am BIP	%	2002	0,42	0,30	0,70	0,30	0,29	0,25	0,27	0,29	0,24	0,25	0,26	0,49	0,28	0,34	2
22.01.02 Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik: Anteil am BIP	%	2001	0,19	0,13	0,37	0,13	0,12	0,10	0,11	0,13	0,12	0,13	0,11	0,24	0,12	0,15	2
22.01.03 Öffentliche Ausgaben für Bibliotheken: Anteil am BIP	%	2001	0,05	0,04	0,10	0,05	0,04	0,03	0,06	0,04	0,04	0,02	0,05	0,06	0,04	0,05	5
22.01.04 Öffentliche Ausgaben für Museen, Ausstellungen, etc.: Anteil am BIP	%	2001	0,06	0,03	0,16	0,05	0,06	0,05	0,04	0,06	0,04	0,02	0,03	0,09	0,05	0,06	2
22.02.01 öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohner	€/EW	2002	148,0	129,7	160,0	88,0	88,6	76,2	59,7	73,9	54,7	59,2	59,0	149,6	75,5	87,1	2
22.03.01 öffentliche Ausgaben für Kultur: Entwicklung seit 1995 (1995 = 100)	%	2002	131,2	107,4	78,7	122,6	118,7	124,6	108,5	125,0	118,7	103,6	100,7	88,9	119,6	113,2	1
22.04.01 Museumsbesuche	Anzahl je 100 EW	2002	2,4	1,2	2,6	1,3	1,7	0,8	0,9	0,8	1,0	0,4	1,0	2,1	1,1	1,2	2
22.05.01 Theaterbesuche	Anzahl je 100 EW	2002	62,7	44,5	54,1	21,9	21,7	17,1	18,6	17,1	14,6	37,4	20,1	52,2	19,3	23,4	1
22.05.02 öffentliche Theater: Plätze	Plätze je 1.000 EW	2002	4,1	2,6	4,3	2,7	2,7	2,4	2,4	2,5	2,1	2,3	2,9	3,8	2,5	3,1	2
22.05.03 öffentliche Theater: Betriebsausgaben je Einwohner	€	2002	64,1	64,0	73,0	26,9	26,4	28,3	20,2	23,7	16,0	25,7	22,1	69,3	24,2	30,3	2
22.05.04 öffentliche Theater: Betriebsausgaben je Besucher	€	2002	102,1	143,7	134,8	122,8	121,7	164,9	108,5	138,5	109,6	68,8	109,8	132,6	125,4	129,8	10
22.05.05 öffentliche Theater: Betriebsausgaben je Platz	€	2002	15,708	24,321	16,904	10,146	9,902	11,736	8,370	9,597	7,708	11,232	7,534	18,298	9,625	9,901	3
22.05.06 öffentliche Theater: Besuche je angebotenen Platz	%	2002	15,5	10,4	3,3	1,1	1,2	2,1	1,6	0,7	4,1	27,9	3,9	2,2	0,2	0,1	2
22.05.07 öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner	€	2002	54,8	48,3	54,2	22,8	21,9	24,9	17,0	20,2	13,5	23,2	19,8	52,5	20,6	25,5	1
22.05.08 öffentliche Theater: Zuweisungen je Besucher	€	2002	87,3	108,4	100,1	104,1	101,0	145,2	91,0	118,3	92,3	62,1	98,3	100,5	106,7	109,0	10
22.05.11 Einspielergebnis	%	2002	13,4	21,9	24,3	14,4	16,6	11,8	15,5	13,7	15,1	9,8	10,5	22,5	14,3	15,1	8
22.05.12 Gastspielintensität	Medien/ EW	2002	2,8	4,8	3,5	12,1	4,2	4,7	11,6	8,2	12,5	0,5	9,4	3,8	8,6	9,9	10
22.06.01 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Medienbestand	Medien/ EW	2002	5,6	5,1	9,1	4,1	4,3	6,0	3,5	3,1	3,2	2,5	2,5	7,5	3,8	4,1	3
22.06.02 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer	Anzahl je 1.000 EW	2002	168,1	225,8	162,5	155,2	170,7	123,9	134,8	142,3	112,1	103,2	28,5	182,1	139,6	138,9	3
22.06.03 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entleihungen	Anzahl je Benutzer	2002	43,2	30,5	30,4	38,3	30,9	26,6	29,8	30,6	27,0	21,3	50,4	31,8	31,5	32,3	2
22.06.04 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Ausgaben je Einwohner	€	2002	32,4	28,3	38,7	16,7	17,5	19,6	18,4	15,1	11,6	.	3,5	34,9	.	.	2
22.06.05 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Ausgaben je Benutzer	€	2002	192,9	125,5	238,0	107,4	102,4	157,8	136,4	106,4	103,6	.	122,9	191,6	.	.	2

Benchmarking

Produktplan 22: Kultur

Stand:

08.08.2005

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
22.06.06 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Ausgaben je Entleihung	€	2002	4,5	4,1	7,8	2,8	3,3	5,9	4,6	3,5	3,8	.	2,4	6,0	.	.	4
22.06.07 Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entleihungen je Medienbestand	Anzahl	2002	1,3	1,3	0,5	1,5	1,2	0,6	1,2	1,4	0,9	0,9	0,6	0,8	1,2	1,1	4
22.07.01 Musikschulen: Anteil der Unterrichtsgebühren an den Ausgaben	%	2003	27,5	36,2	.	49,2	43,1	58,9	50,0	40,8	47,0	53,7	61,4	.	46,8	44,3	10
22.08.01 Volkshochschulen: Einnahmen pro Einwohner	€	2003	11,5	4,0	3,4	8,1	8,0	7,4	14,9	5,3	4,8	6,2	7,4	4,5	7,8	6,7	2
22.08.02 Volkshochschulen: Zuschuss je Einwohner	€	2003	8,4	4,1	4,6	4,4	4,5	6,3	6,1	6,9	3,1	4,6	4,9	4,9	5,5	5,0	1
22.08.03 Volkshochschulen: Belegungen pro Kurs	Teilnehmer / Kurs	2003	12,8	13,6	14,4	11,1	14,3	10,8	11,6	12,6	10,8	10,9	11,2	.	.	12,2	4
22.08.04 Volkshochschulen: Ausgaben pro Einwohner	€	2003	19,9	8,5	7,9	12,4	12,6	13,5	20,3	12,4	7,9	10,8	12,3	.	.	11,6	2
22.08.05 Volkshochschulen: Personalanteil an den Ausgaben	%	2003	70,9	74,2	83,9	72,0	74,7	72,7	72,6	73,6	75,1	67,3	75,2	.	.	73,6	10

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 22.01. Kulturfinanzbericht; Statistik Regional;
- 22.02. Kulturfinanzbericht; Statistik Regional;
- 22.03. Kulturfinanzbericht;
- 22.04. Statistisches Jahrbuch Bund;
- 22.05. Statistisches Jahrbuch Bund; Statistik Regional;
- 22.06. Statistisches Jahrbuch Bund; Statistik Regional;
- 22.07. Statistisches Jahrbuch Bund;
- 22.08. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung; Volkshochschulstatistik; Statistik Regional;

Produktplan 24 – Hochschulen und Forschung

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 24 beträgt 294,0 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 3,7 Mio. € (einschl. Ressortanteilen an Versorgungsbezügen und Beihilfen i.H.v. 0,81 Mio. €) veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 9,0 %, an den Personalkosten 0,3 %. Anmerkung zu den Personalausgaben: Die Zuschüsse zu den Personalausgaben/Versorgungsbezügen/Beihilfen der Universität und Hochschulen sind in den konsumtiven Ausgaben enthalten.

Im Ressort erfolgt bereits seit Jahren eine intensive Auswertung der amtlichen Statistik zur Abbildung der Position des bremischen Hochschul- und Forschungsbereichs im Städtevergleich. Zusätzlich erfolgen **Sonderauswertungen** durch das Statistische Bundesamt.

Die Datenlage ermöglicht einen lückenlosen Großstadtvergleich.

Das Benchmarking wird im Wissenschaftsressort als wichtige – interne - Steuerungsgrundlage genutzt. Zu beachten ist, dass sich die für Bremen ausgewiesenen Benchmark-Kennzahlen auf den **Stadtstaat Bremen** beziehen (Vergleichsrelation für Stadtstaatenvergleiche sowie für Vergleiche mit anderen Oberzentren).

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Neben den Ergebnissen aus der vergleichsweise intensiven Auseinandersetzung mit der amtlichen Statistik verfügt der Wissenschaftsbereich über detaillierte Daten aus einem von der HIS-GmbH verantworteten „**Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich**“ an Hochschulen, an dem neben Bremen auch die Länder Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein beteiligt sind.

Dieser Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich erfolgt auf der Ebene der **Lehreinheiten und Studiengänge** und dient in erster Linie der Innensteuerung an den Hochschulen; eine unmittelbare Übertragung der Ergebnisse auf das Benchmarking ist nicht möglich.

Hochschulrankings werden vom Wissenschaftsbereich fortlaufend ausgewertet; sie bieten jedoch wegen ihrer uneinheitlichen Methodik und begrenzten Objektivität allenfalls Anhaltspunkte für die Außenwahrnehmung von Hochschulen. Eine Verwendung für das Benchmarking ist derzeit nicht möglich.

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern wird der **Hochschulbereich umfassend** dargestellt. Für den **außeruniversitären Forschungsbereich** (Budgetanteil ca. 33%) liegen bislang lediglich Kennziffern für den Stadtstaaten-Vergleich (Anteil am Haushalt) vor.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Bei den ausgewiesenen Kennzahlen handelt es sich um die **politisch nachgefragten TOP-Kennzahlen**:

Die **Grundmittel je Einwohner** sind seit 1995 um 33 % gestiegen (1995: 194, 2002: 258 €/Einw.). Gleichwohl wird für Bremen nur eine leichte Annäherung an den Durchschnittswert aller Städte ausgewiesen, da sich auch dieser von 1995 auf 2002 um 22 % erhöht hat. Allein Hamburg und Berlin verzeichnen rückläufige Werte.

Das ohnehin auf hohem Niveau befindliche **Drittmittelaufkommen** konnte zwischen 2000 und 2002 nochmals deutlich gesteigert werden. In der Tabelle kommt die starke Position Bremens im Hinblick auf die Drittmittelerwerbungen besonders zum Ausdruck. Dies betrifft die Drittmittel je Professor/in und vor allem die Drittmittelquote (Drittmittel / Grundmittel), bei der Bremen auf Rang 2 hinter Stuttgart liegt. Bei Betrachtung des Zeitraums 1995 bis 2002 wird deutlich, dass die Relation Drittmittel je Grundmittel sich mit knapp 40 % (von 28,0 auf 39,5) deutlich verbessert hat. Eine vergleichbare Steigerungstendenz ist bei den Drittmitteln je Professor von 1998

bis 2002 (95er Werte liegen aus methodischen Gründen nicht vor) mit 48 % (von 67,2 auf 99,3) festzustellen. Darin drückt sich ein effizienter Einsatz der Grundmittel aus.

Absolventen je Professor/in: Genauso wie in Hamburg, Frankfurt, Hannover, Köln, Stuttgart und den Ruhrgebietsstädten ist die Absolventenzahl je Prof. auch in Bremen - leicht - rückläufig. Bei dieser Kennziffer weist Bremen mit 3,2 den niedrigsten Wert auf: ein Ergebnis der starken Konzentration auf die Forschung und der stark auf Professoren ausgerichteten Personalstruktur der Universität.

Die Entwicklung der **Absolventenquote** verläuft annähernd parallel zur Kennzahl Absolventen je Professor/in: Auch die Absolventenquote ist in Bremen - wie in Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Stuttgart und den Ruhrgebietsstädten - leicht rückläufig; die Bremer Kennziffer liegt 2002 mit einem Wert von rd. 65% fast auf dem Durchschnittswert aller Vergleichsstädte.

Die **Versorgungsquote für auswärtige Studierende** konnte um über 6 Prozentpunkte gesteigert werden (von 24,1 auf 30,5). Gleichwohl weist Bremen hier nach wie vor den geringsten Wert auf.

Hierzu ist anzumerken, dass es sich bei dem Bremer Wert im Gegensatz zu den übrigen genannten Städten nicht um eine Leistungskennziffer handelt. Er ergibt sich aus der Kapazitätsplanung, wonach für 2002 eine Eigennutzungsquote von 70 % (HGP IV) angestrebt wurde (aktuell: 65 %)

Bei den **Studierenden je 1000 Einwohner** liegt Bremen aufgrund anhaltender Steigerungen seit 1995 im Stadtstaatenvergleich vorne (HB 2002: **45,6**), während Berlin stagnierende Werte (2002: **40,6**) und Hamburg einen Rückgang auf 2002: **37,8** zu verzeichnen hat. Bremen liegt allerdings im Großstadtvergleich trotz beachtlicher Steigerung zwischen den Jahren 2000 und 2002 noch unter dem Durchschnitt aller Vergleichsstädte von **51,8** (Spitzenwert 2002: Köln **95,4!**).

Für den Bereich der **außeruniversitären Forschung** gibt nach der gegenwärtigen Situation in der amtlichen Statistik keine ausreichend verlässliche Grundlage für einen Städtevergleich. Das Feld wird laufend beobachtet, um neuere Entwicklungen aufzunehmen.

Eine **Erhöhung der Absolventenquote** bzw. der Absolventenzahlen pro Professor/in wird vom Ressort als wichtige Zielsetzung intensiv verfolgt.

Des weiteren gilt es, das hohe **Drittmittelaufkommen** in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Grundmitteln in Bremen zu halten.

Die Entwicklung der übrigen in diesem Bericht dargestellten Kennziffern steht im direkten Zusammenhang mit der finanziellen Ausstattung und der Planung der Aufnahmekapazitäten der Hochschulen.

Ausblick / Prüfauftrag

Eine stärkere Verknüpfung zwischen Benchmarking und Hochschulranking wird angestrebt. Hierfür bereitet der Wissenschaftsrat methodisch fundierte Instrumente vor, die jedoch erst in einigen Jahren zum Einsatz kommen können.

Die neue Studienstruktur, die Einführung von Studienkonten und der Abschluss der personellen Umstrukturierung der Universität werden sich in Verbindungen mit den vielfältigen Anstrengungen der Hochschulen zur Effizienzsteigerung in Lehre und Studium positiv auf den Studienerfolg auswirken.

Hinweis: Ausführliche Anmerkungen zu den dargestellten Kennzahlen sind im **Anhang** beigefügt.

Städte-/ Stadtstaatenvergleich	Einheit	Jahr	Land Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgelbtsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
24.01.01 Studierende je 1.000 Einwohner	Anzahl	2002	45,6	37,8	40,6	60,3	77,5	74,1	95,4	69,7	41,6	63,1	57,5	29,9	51,8	8
		2000	40,3	36,2	38,6	60,4	71,7	73,3	92,7	68,4	36,5	39,1	56,3	27,2	48,6	7
		1995	38,5	40,2	40,6	54,5	69,7	82,6	91,9	80,2	43,1	39,9	57,7	26,9	51,3	11
24.02.01 Versorgungsquote für auswärtige Studierende	%	2002	30,5	32,1	40,2	32,8	59,1	34,6	66,0	64,2	37,3	33,5	54,0	33,1	46,9	12
		2000	24,1	30,9	40,7	33,8	58,0	49,1	64,7	62,7	32,7	26,5	50,5	28,3	45,6	12
		1995	5,8	24,5	40,4	31,1	39,1	50,2	64,5	62,2	15,7	19,5	47,7	23,5	42,5	12
24.03.01 Absolventenquote	%	2002	64,9	62,9	69,2	67,3	63,4	73,1	79,7	77,1	59,0	70,5	67,2	36,7	69,4	8
		2000	68,5	69,9	62,6	67,9	62,3	78,7	71,3	75,2	67,6	54,5	80,3	60,9	68,8	6
		1998	69,3	58,3	76,4	70,3	69,8	85,4	78,0	82,6	66,2	68,7	82,2	54,3	74,1	8
24.03.02 Absolventen je Professor/in	Anzahl	2002	3,2	3,5	4,4	4,4	4,0	4,1	4,9	5,0	3,8	3,4	4,4	3,1	4,3	11
		2000	3,3	4,3	4,0	4,3	4,2	4,6	5,0	4,7	4,1	3,9	5,5	4,2	4,4	12
		1998	3,6	3,5	4,3	4,3	4,5	5,6	8,1	5,1	4,7	4,6	6,6	4,3	4,9	11
24.04.01 Grundmittel je Einwohner	€	2002	258	259	308	545	396	825	524	736	411	572	342	187	402	11
		2000	233	278	313	385	401	635	422	725	388	297	277	148	361	11
		1995	194	285	371	360	379	536	371	710	363	273	244	130	362	11
24.05.01 Drittmittel je Professor	1.000 €	2002	99,3	49,6	94,3	63,0	70,1	127,5	44,0	131,8	180,1	96,2	67,7	100,4	90,1	5
		2000	80,3	51,8	77,6	62,8	61,3	101,0	40,3	126,7	171,0	75,4	56,8	75,2	81,1	4
		1998	67,2	52,0	62,3	51,1	61,7	95,0	45,8	108,5	188,7	65,1	51,8	62,8	74,9	4
24.06.01 Drittmittel je Grundmittel	%	2002	39,5	18,4	25,4	11,4	24,5	25,4	13,6	28,2	44,1	18,3	17,8	22,5	23,1	2
		2000	35,8	16,0	20,7	16,7	20,6	26,4	16,3	29,9	44,7	18,4	18,6	21,6	23,0	2
		1995	28,0	13,5	8,3	13,4	21,7	27,3	9,2	18,7	43,7	15,2	15,5	14,1	15,6	2

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quelle/ Anmerkungen (ausführliche Anmerkungen zu den dargestellten Kennzahlen befinden sich im Anhang):

- 24.01.01 Senator für Bildung und Wissenschaft; Statistik Regional; Studierende: in einem Fachstudium immatrikulierte Personen, ohne Beurlaubte, Gasthörer und Teilnehmer an Studienkollegs
- 24.02.01 Senator für Bildung und Wissenschaft; Studierende: in einem Fachstudium immatrikulierte Personen, ohne Beurlaubte, Gasthörer und Teilnehmer an Studienkollegs; Die Versorgungsquote (...) gibt an wie hoch der Anteil auswärtiger Studierender (d.h. Hochschulzugangsberechtigung wurde nicht im Vergleichsland/ der Vergleichsstadt erworben) wäre, wenn alle Studierende mit im Vergleichsland/ der Vergleichsstadt erworbener Hochschulzugangsberechtigung an den heimischen Hochschulen eingeschrieben wären
- 24.03.01 Senator für Bildung und Wissenschaft; Absolventen: Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung (nur Erststudium); Absolventenquote: Verhältnis der jeweils aktuellen Absolventendaten eines Jahres zu den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulsemester (Sommer- und Wintersemester) vor 4 Jahren
- 24.03.02 Senator für Bildung und Wissenschaft; Absolventen: Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung (nur Erststudium)
- 24.04.01 Senator für Bildung und Wissenschaft; Statistik Regional; Grundmittel: Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung
- 24.05.01 Senator für Bildung und Wissenschaft; Drittmittel: Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre, die zusätzlich von öffentlichen oder privaten Stellen erworben werden. Die Kennzahl ist ein Gradmesser für Forschungserfolg.
- 24.06.01 Senator für Bildung und Wissenschaft; Drittmittel: Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre, die zusätzlich von öffentlichen oder privaten Stellen erworben werden; Grundmittel: Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt

Produktplan 31 - Arbeit -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabevolumen des Produktplans 31 beträgt 61,1 Mio. €, wobei die Sachausgaben mit einem Volumen von 42,6 Mio. € den Schwerpunkt an den Gesamtausgaben des PPL bilden. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 1,9 %.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Die senatorische Behörde hat bereits überregional an Benchmarking-Projekten teilgenommen. Neben der Bildung von Kennzahlen aus der Perspektive der Sozialhilfe (HzA) wurden auch verwendbare Kennzahlen im Bereich der Beschäftigungsförderung entwickelt (von der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2000 unter Beteiligung der Firma con_sens initiiertes, mehrjähriges Modellprojekt „Beschäftigungsförderung in Kommunen“ BiK). Die vom Ressort im Datenblatt ausgewiesenen Kennzahlen beziehen sich nicht auf die Ergebnisse von Projektarbeiten, sondern legen das Augenmerk auf die Auswertung von Daten im Bereich der Qualifizierung und Beschäftigung im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP).

Das Ressort befindet sich durch Hartz IV in einer Umstrukturierungsphase. Der Bereich „Hilfe zur Arbeit“ wurde ab 2005 durch Hartz IV abgelöst und wird somit im Kennzahlenvergleich entfallen. Entsprechend der Neuentwicklung durch Hartz IV wurden bereits Kennzahlen gebildet und dem Produktplan 31 zugeordnet. Da Ergebnisdaten frühestens 2006 für 2005 verfügbar sein werden, erfolgt die Ausweisung in diesem Bericht vorläufig nachrichtlich.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Das Ressort führt aus, dass nur die Daten genannt werden, die aufgrund von Zahlungen durch Bremen darstellbar sind und eine Beschreibung der Komplementärmittel zulassen.

Die dargestellten Kennzahlen wurden einvernehmlich mit dem Ressort gebildet. Für den Bereich Arbeit konnte das Ressort die Daten für Bremen, nicht jedoch für den Kreis der durch die Ressortspitze angeschriebenen Vergleichsstädte, ermitteln. Als Gründe für die Zurückhaltung vermutet die Fachabteilung aufgrund der bisherigen Rückmeldungen

- die hier gesetzten Fristen
- den gegenwärtigen Boom an Benchmarking – Aktivitäten, in die viele Kommunen bereits arbeitsintensiv eingebunden sind.

Zum Zeitpunkt der Berichtlegung kann noch nicht festgestellt werden, wie hoch die Bereitschaft der 9 angeschriebenen Großstädte und 2 Stadtstaaten zur Beteiligung am Benchmarking ist; das Vorhaben wird jedoch unabhängig von der Berichtslegung 2005 weiterverfolgt. Aufgrund der fehlenden Vergleichsdaten erübrigt sich daher eine Einzelbewertung.

Ausblick / Prüfauftrag

Die für diesen Bericht absprachegemäß nur nachrichtlich aufgenommenen Hartz IV-Kennzahlen werden im nächsten Bericht mit Daten hinterlegt. Das Ressort prüft bereits, welchem Produktplan (Produktplan 31 – Arbeit – oder 41 – Soziales) diese Kennzahlen zukünftig zugeordnet werden.

Das Ressort wird gebeten zu prüfen, inwieweit Benchmarks im Bereich der Beschäftigungspolitik weiter zu realisieren sind und unter Einbeziehung der bereits gesammelten Erfahrungen Vergleichsringe mit Kommunen gleicher Größenordnung aufzubauen um zum nächsten Berichtszeitraum valide Ergebnisse präsentieren zu können.

Benchmarking

Produktplan 31: Arbeit

Stand:

23.08.2005

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgbetsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
31.01.01	%	2004	20,6													
31.02.01	1.000 €	2004	21.406													
31.02.02	€	2004	3.562													
31.02.03	€	2004	662													
31.02.04	€	2004	39,2													
31.03.01	%	2004	18,6													
31.04.01	Anzahl															
31.04.02	€															
31.04.03	€															
31.04.04	€															
31.05.01	Anzahl															
31.05.02	€															
31.05.03	€															

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quellen/ Anmerkungen

31.01. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales

31.02. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales; Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Bremen

31.03. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales; Bundesagentur für Arbeit

Produktplan 41 Jugend und Soziales - Produktbereich Jugend -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Der Produktbereich wird in diesem Bericht in Kindertageseinrichtungen (Kita) und Erziehungshilfe gegliedert. Das Ausgabevolumen (Abgrenzung siehe Seite ? des Berichts) des Produktbereichs 41.01 beträgt 176 Mio. €, wobei die konsumtiven Ausgaben mit einem Mittelkontingent in Höhe von 118 Mio. € den größten Anteil am Budget ausmachen. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 5,3 %, an den konsumtiven Ausgaben 7,8 %.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Es gibt einen IKO-Vergleichsring im Bereich Erziehungshilfe mit fünf für den Bericht relevanten Vergleichsstädten, jedoch ohne Hamburg und Berlin. Für die Kindertagesheime existieren IKO-Ringe für kleinere Gemeinden. Daher sind für diesen Bericht noch keine Vergleichsdaten mit den für Bremen relevanten Vergleichsstädten vorhanden. Um dennoch erste Auswertungen vornehmen zu können, sind Daten des Statistischen Bundesamtes (StaBu) hinzugezogen worden. Diese enthalten jedoch in Teilen andere Werte, als die vom Ressort gelieferten.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Die Kennzahlen wurden einvernehmlich mit dem Ressort gebildet und decken grundsätzlich die kostenrelevanten Teile des Produktbereichs ab. Aufgrund der unzureichenden Hinterlegung der Kennzahlen mit Daten bei den **Kindertageseinrichtungen** wurden von der AG zusätzlich Kennzahlen aus StaBu – Veröffentlichungen aufgenommen und bewertet. Eine Bewertung der vom Ressort gelieferten Daten ist auf Grundlage der derzeitigen Datenlage nicht möglich bzw. nicht sinnvoll. Das Ressort gibt folgende Stellungnahme ab:

„Es ist im Interesse des Ressorts, die Leistungen im Politikfeld Kindertagesbetreuung überregional mit Benchmark-Vergleichswerten zu hinterlegen. Aktuelle Recherchen auf Bundesebene waren in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und angesichts der aktuellen Tätigkeiten im Rahmen des neuen Kindergartenjahres 2005/6 jedoch nicht zu realisieren. Gleichwohl sind die Stadtstaaten Hamburg und Berlin einbezogen worden. Für die Fortschreibung der Benchmarking-Daten werden sich die VertreterInnen meiner Behörde und des Amtes für Soziale Dienste in den überregionalen Fachgremien dafür einsetzen, dass ein Iko-Vergleichsring o.ä. vereinbart wird. Über den jeweiligen Sachstand wird berichtet.“

Die Daten des Statistischen Bundesamtes, die nicht in der bremischen Abgrenzung ermittelt wurden, weisen folgendes aus:

Die Platz-Kind-Relation der unter drei-jährigen ist mit 11,2 % in der Stadt Bremen höher als in allen iko-Vergleichsstädten, jedoch niedriger als in den Stadtstaaten Hamburg (13,1 %) und (35,8).. Im Gegensatz dazu bewegt sich die Platz-Kind-Relation der über 6,5-jährigen im hinteren Mittelfeld der Vergleichsstädte. Den gesetzlichen Anspruch im Kindergartenalter erreicht Bremen mit einer Relation von 83 %. Bis auf Hamburg (65 %) und Stuttgart (96 %) weisen alle Städte für diese Altersgruppe eine ähnliche Relation auf.

Das Ressort weist daraufhin, dass die eigene Berechnungsgrundlage andere Werte ergibt. So lag zum Beispiel die Platz-Kind-Relation 2002 bei den unter Dreijährigen bei 8,2% (vgl. Sachstandsbericht III des SfaFGJS Januar 2003).

Bei den einwohnerbezogenen Ausgaben und Einnahmen der Kindertageseinrichtungen gibt es im Städtevergleich keine Daten. Im Ländervergleich nimmt Bremen jeweils Plätze im Mittelfeld ein. Die bremischen Ausgaben sind mit 137 € je EW höher als im Bundesgebiet (131 €) und den West-Flächenländern (116 €) aber niedriger im Vergleich zu Hamburg und Berlin. Ein Vergleich mit den Großstädten wäre aussagefähiger, da die Versorgung in den Großstädten grundsätzlich höher als die in ländlichen Gebieten ist. Die Einnahmen sind mit 10 € je EW in Bremen höher als in Hamburg (3,7), Bayern (7,9) und Hessen (7,2). Im Bundesgebietes werden im Durchschnitt 17 € und in den West-Flächenländer 14 € erreicht.

Ebenfalls in der Statistik des Statistischen Bundesamtes wird der Anteil der Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung an den Gesamtausgaben für die Jugendhilfe ausgewiesen. Bei diesen "Allgemeinkosten" der Jugendhilfe verzeichnet das Land Bremen mit 8,5 % den zweithöchsten Wert hinter dem Saarland (11,2 %). Das Bundesgebiet weist mit 5,4 % einen erheblich niedrigeren Wert als Bremen aus. Das Ressort weist darauf hin, dass die Berechnungsgrundlage (welche Personalkosten, welche Behörden) nicht nachvollziehbar ist.

Die Bewertung der **Erziehungshilfe**-Kennzahlen stellt sich wie folgt dar:

Am IKO-Vergleichsring zur Erziehungshilfe nehmen fünf relevante Vergleichsstädte aber derzeit keine anderen Stadtstaaten teil. Zwei der fünf Städte sind Ruhrgebietsstädte, die aufgrund der besonderen Struktur nur sehr eingeschränkt mit solitär liegenden Großstädten zu vergleichen sind. Von den drei übrigen Städten weist Frankfurt bei fast allen Kennzahlen extreme Außenpositionen auf. Bei dieser Datenlage wurde auf die rechnerisch mögliche Durchschnittsbetrachtung verzichtet. Es ist ein Anliegen des Amtes für Soziale Dienste weitere Großstädte für den Vergleichsring zu gewinnen, eine entsprechende Initiative wurde bereits in die Wege geleitet.

Die Leistungsdichte über alle laufenden Hilfen ist in Bremen gegenüber 2002 trotz steigendem Nachfragedruck nur sehr geringfügig angestiegen. Die Leistungsdichte über die laufenden ambulanten Hilfen ist gestiegen, ebenso die Kosten je laufende ambulante Hilfe. Die Umfrage im Rahmen des BenchmarkLAG hat ergeben, dass die Leistungsentgelte nicht über denen anderer Städte liegen. Daher ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass aufgrund der komplexen Problemlagen der Klienten, längere Laufzeiten notwendig sind und Maßnahmen daher nicht vorzeitig beendet werden können. Die Kosten je laufende Hilfe nach § 34 SGB VIII (Heimerziehung) sind im Untersuchungszeitraum ebenfalls geringfügig angestiegen, obwohl verstärkt in betreute Wohnformen gesteuert wurde, die mit deutlich geringeren Kosten zu buche schlagen als die Heimerziehung.

Aufgrund der vermehrten Inanspruchnahme von betreuten Maßnahmen und Familienpflegen, werden nur noch Kinder- und Jugendliche in Maßnahmen nach § 34 SGB VIII vermittelt, die einen besonders hohen Förder- und Betreuungsbedarf haben. Hierdurch steigt der Bedarf an Einrichtungen mit entsprechender Betreuungsdichte und dem dazugehörigen Entgelt. Dies wird dadurch deutlich, dass der HzE-Quotient (Anteil Vollzeitpflege an Fremdplatzierung) auf Basis der neu begonnenen Hilfen von 2001 bis 2003 kontinuierlich gesteigert werden konnte und das Verhältnis zwischen Vollzeitpflege und Heimerziehung günstiger ist als im Durchschnitt der beteiligten Städte. Bremen liegt hier auf Platz 3 von 8 bei den laufenden Hilfen. Die Kosten je Jugendeinwohner liegen in etwa im Durchschnitt; das gleiche gilt für die Kosten je laufende Hilfe.

Ausblick / Prüfauftrag

Es ist bei den Vertretern der Benchmarking-AG und des Ressorts unstrittig, dass im Bereich der Kindertageseinrichtungen die Datenverfügbarkeit deutlich verbessert werden muss. Sowohl Kosten- als auch Strukturvergleiche sind aus heutiger Sicht in diesem politisch und gesellschaftlich bedeutsamen Bereich mit den Daten, die das Ressort liefern kann, nicht möglich.

Die Daten des Statistischen Bundesamtes weisen jedoch möglicherweise bei den "Allgemeinkosten" im Personalbereich der Jugendverwaltung auf ein Problem hin. Das Ressort wird gebeten zu prüfen, ob Bremen tatsächlich den zweithöchsten Wert bei dem Anteil der Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung an den Gesamtkosten für die Jugendhilfe aufweist.

Im Bereich der Erziehungshilfe wird das Ressort gebeten, den Versuch zu unternehmen, die übrigen Vergleichsstädte und insbesondere die anderen Stadtstaaten in den Vergleich mit einzubeziehen. Des Weiteren wird das Ressort gebeten, die eingeleiteten Umsteuerungsmaßnahmen (u.a. ambulant vor stationär) konsequent weiter zu verfolgen.

Benchmarking

Produktplan 41: Bereich Jugend

Stand: 22.08.2005

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
Kindertageseinrichtungen																
41.01.01 Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl (ohne Tagespflege). Altersgruppe 0 bis unter 3 Jahre	%	2003	0,2
41.01.02 Anteil der Plätze des kommunalen Trägers an der Gesamtplatzzahl (ohne Tagespflege). Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre	%	2003	42,5
41.02.01 Ausgaben pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre): kommunale Träger	€	2003
41.02.02 Ausgaben pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre): kommunale Träger	€	2003
41.02.03 Ausgaben pro betreutem Kind (0 bis unter 3 Jahre): Zuschüsse an andere Träger	€	2003	888
41.02.04 Ausgaben pro betreutem Kind (3 bis unter 6 Jahre): Zuschüsse an andere Träger	€	2003	258,2
41.03.01 Versorgungsquote (0 bis unter 3 Jahre)	%	2003	9,5
41.04.01 Auslastungsquote (0 bis unter 3 Jahre)	%	2003	104,4
41.04.02 Auslastungsquote (3 bis unter 6 Jahre)	%	2003	99,1
41.04.03 Platz-Kind-Relation (0 bis unter 3 Jahre)	%	2002	11,2	13,1	35,8	5,3	8,7	.	4,0	9,1	9,8	3,4	3,1	1,8	.	.
41.04.04 Platz-Kind-Relation (3 bis unter 6 Jahre)	%	2002	83,1	64,8	80,6	87,4	85,8	.	85,7	79,3	96,0	84,6	82,5	87,2	.	.
41.04.05 Platz-Kind-Relation (6 bis unter 12 Jahre)	%	2002	14,3	17,9	23,9	11,9	29,4	.	14,4	20,8	14,9	7,2	3,5	1,7	.	.
41.05.01 Bruttogebäudefläche je Kind	m²	2003
41.06.01 Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge (kommunale Träger)	%	2003
41.06.02 Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge andere Träger	%	2003
41.07.01 Kinder pro Fachkraft (0 bis unter 3 Jahre)	Anzahl	2003

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
41.07.02	Anzahl	2003
Kinder pro Fachkraft (3 bis unter 6 Jahre)																
Erziehungshilfe																
41.10.01	Anzahl	2003	9,0	.	.	10,0	23,0	.	11,0	.	.	7,0	9,0	.	.	.
Erziehungshilfe: ambulante und teilstationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner																
41.10.02	Anzahl	2003	15,0	.	.	12,0	13,0	.	13,0	.	.	14,0	13,0	.	.	.
Erziehungshilfe: stationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner																
41.10.03	€	2003	86,0	.	.	106,0	208,0	.	103,0	.	.	62,0	67,0	.	.	.
Erziehungshilfe: Kosten ambulante und teilstationäre Betreuung je Jugendeinwohner																
41.10.04	€	2003	333	.	.	305	415	.	373	.	.	328	275	.	.	.
Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung je Jugendeinwohner																
41.10.05	€	2003	81,0	.	.	73,0	114,0	.	89,0	.	.	76,0	69,0	.	.	.
Erziehungshilfe: Gesamtkosten je Einwohner																

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
41.05.02 Kitas: Landesvorgaben zu Gruppenraumfläche je Kind																	
41.08.01	€/EW	2003	136,5	175,7	242,4	117,2	45,5	140,1	111,5	144,2	184,0	114,0	99,4	210,3	115,8	131,4	6
41.08.01 Kitas: Ausgaben																	
41.08.02	€/EW	2003	9,9	3,7	20,6	14,5	7,9	7,2	13,1	21,8	11,8	7,8	13,7	14,3	14,1	17,0	7
41.08.02 Kitas: Einnahmen																	
41.09.01	%	2003	8,5	2,7	5,6	6,1	6,2	3,1	2,2	6,6	3,1	11,2	4,2	.	.	5,4	2
41.09.01 Jugendhilfe: Anteil der Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung an den Gesamtausgaben																	

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Stadt- und Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder / sechs Städte vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 41.01. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; Stand: Status II, Ende Juni 2005 für das KGJ 05/06
- 41.02. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; Ausgaben: Durchschnittliche monatliche konsumtive Ausgaben (Personal- u. Sachkosten, incl. Fachberatung einschl. evtl. Landeszuschüsse) für Tagesbetreuung; ohne investive Mittel und Sonderleistungen wie z.B. heilpädagogische Förderung, Sprachförderung u.ä.
- 41.03.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; Stand: Status II, Ende Juni 2005 für das KGJ 05/06; Plätze mit mindestens 20 Wochenstunden Betreuungszeit, ohne Tagespflege
- 41.04.01 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; Stand: Status II, Ende Juni 2005 für das KGJ 05/06; Anteil der belegten Plätze an allen angebotenen Plätzen mit mindestens 20
- 41.04.02 Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; Stand: Status II, Ende Juni 2005 für das KGJ 05/06; Anteil der belegten Plätze an allen angebotenen Plätzen mit mindestens 20
- 41.04.03 Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional;
- 41.04.04 Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional;
- 41.04.05 Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional;
- 41.05. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; Hamburg, Baden-Württemberg: Angaben für halbjahrs bzw. ganztags-Beteuung

- 41.06. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; eine Differenzierung zwischen kommunalen und anderen Trägern ist derzeit noch nicht bearbeitet. Es werden Berechnungen aus dem Jahr 2004 incl. Eltern-Kind-Gruppen herangezogen
- 41.07. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ; gemäß den rechtlichen Vorgaben, ohne Zusatzkräfte für Sonderleistungen
- 41.08. Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional;
- 41.09. Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional;
- 41.10. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, basierend auf IKO-Bericht 2003; Jugendeinwohner: Bevölkerung bis unter 21 Jahren

Produktplan 41 Jugend und Soziales - Teilbereich Soziales -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Aufgrund der politischen Bedeutung, des Mittelvolumens und der klaren Abgrenzungsmöglichkeit wird der Produktplan Jugend und Soziales in den Bereich Soziales (PP 41 ohne 41.01) und den Bereich Jugend (41.01) getrennt. Nachfolgend wird das Ergebnisblatt Soziales (ohne Jugend) kommentiert:

Das Ausgabevolumen (Abgrenzung siehe Seite ? des Berichts) beträgt 503 Mio. € und ist somit mit einem Anteil von über 15 % an den Gesamtausgaben aller Ressorts hinter Bildung der zweitgrößte Bereich. Bei den konsumtiven Ausgaben (ohne Personal) ist Soziales mit einem Anschlag in Höhe von 452 Mio. € mit Abstand der mittelintensivste Bereich. Das Ressort verfügt über fast 30 % aller Sachausgaben des Landes und der Stadtgemeinde Bremen.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Das Ressort befindet sich durch Hartz IV in einer Umstrukturierungsphase. Kennzahlen zur Sozialhilfedichte oder andere Kennzahlen zur Hilfe zum Lebensunterhalt, bei denen Vergleichsdaten vorliegen, betreffen nur noch die Vergangenheit. Neue Kennzahlen wie z.B. eine ALG II – Empfängerdichte können noch nicht mit validen Daten hinterlegt werden. Bei der Kennzahlenbildung wurde auf diese Veränderung eingegangen. Im Gegensatz zum letzten Bericht wird die Sozialhilfedichte nicht weiter untergliedert und keine weiteren Kennzahlen im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt aufgestellt. Hartz IV – Kennzahlen sind vorerst inhaltlich dem Produktplan 31 (Arbeit) zugeordnet worden. Sie sind jedoch noch nicht mit Daten hinterlegt und haben in diesem Bericht nur nachrichtlichen Charakter.

Die Kennzahlen wurden einvernehmlich mit dem Ressort gebildet und decken grundsätzlich die kostenrelevanten Teile des Ressorts ab. Die Hinterlegung mit Daten vom Ressort verlief aus verschiedenen Gründen insgesamt schwierig:

Bei der Eingliederungshilfe ist ein Städtevergleich momentan nicht sinnvoll, da ein Großteil der Ausgaben über den überörtlichen Träger geleistet werden. Die überörtlichen Träger sind nicht grundsätzlich die Länder, sondern auch Regionen wie z. B. Mittelfranken oder Westfalen-Lippe, so dass neben den Stadtstaaten nur drei weitere Länder abgebildet werden konnten. Bis spätestens 2007 werden die Zuständigkeiten neu bestimmt, so dass – eine Übertragung auf den örtlichen Träger vorausgesetzt – danach ein Städtevergleich möglich wäre.

Bei der Hilfe zur Pflege, bei der Kennzahlen auf hochaggrierter Ebene gebildet wurden, ist es für die Benchmarking – AG nicht nachzuvollziehen, warum - wie schon im Bericht 2003 - fast keine Daten geliefert wurden, obwohl als Grunddaten nur die Ausgaben und die Fallzahlen benötigt werden. Zumindest für Bremen, unser Ansicht nach aber auch für die Vergleichsstädte, müssen bei dieser seit Jahrzehnten bekannten und praktizierten Hilfeart diese einfachen Grunddaten vorliegen, zumal die Benchmarking – AG sie seit über zwei Jahren abfordert. Neben der einzigen Kennzahl, die aufgrund der LAG (Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege) – Vorlage vom Ressort mit Daten hinterlegt wurde, hat die Benchmarking – AG mit den Daten dieser Vorlage die weiteren Kennzahlen Plätze je EW, Kosten pro Platz und Kosten je EW im Bereich der vollstationären Hilfe mit Daten gefüllt.

Ähnliche Kritik gilt für den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes. Während im Bericht 2003 neben der Stadt Bremen die Kennzahlen nur drei weiterer Vergleichsstädte mit Daten hinterlegt wurden, hat sich die Datenlage zwei Jahre später sogar noch verschlechtert. Es stehen offensichtlich nur Daten für Bremen und Duisburg zur Verfügung, obwohl auch bei dieser Hilfeart als Grunddaten nur die Ausgaben und die Leistungsberechtigten benötigt werden.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Bei der **Sozialhilfedichte** verzeichnet die Stadt Bremen wie in den Vorjahren auch 2003 mit Abstand den höchsten Wert. Positiv zu bewerten ist, dass seit 2001 (Stand des letzten Berichts) Bremen seine Sozialhilfedichte – wenn auch auf hohem Niveau - stabilisiert hat, während neun von elf Vergleichsstädte aktuell eine höheren Sozialhilfedichte aufweisen.

Für die ambulante **Hilfe zur Pflege** konnte das Ressort weder für Bremen noch für Vergleichsstädte Daten für die vereinbarten Kennzahlen ermitteln. Bei der vollstationären Hilfe zur Pflege wurden von der Benchmarking – AG die im Benchmarkingvergleich mit der LAG ausgewiesenen Daten für die Hinterlegung der gemeinsam gebildeten Kennzahlen genutzt. Dabei mussten die Fallzahlen durch Plätze ersetzt werden, da nur diese ausgewiesen wurden. Eine besondere bremische Problematik ist anhand der abgebildeten Daten nicht ersichtlich. Die einwohnerbezogenen Kosten bewegen sich im Mittelfeld der Vergleichsstädte. Die Kosten pro Platz bzw. die schon in der LAG – Vorlage aufgeführten Kosten pro Platz bei bremischer Belegungsstruktur sind nur in Berlin geringer als in Bremen.

Für den Bereich des **Asylbewerberleistungsgesetzes** kann aufgrund fehlender Vergleichsdaten keine Bewertung vorgenommen werden.

Bei der **Eingliederungshilfe** ist wegen der mangelnden Datenverfügbarkeit kein Städtevergleich sinnvoll. Es soll jedoch ein Städtevergleich versucht werden. Das Ressort nimmt an einer Versuchserhebung 2004 teil. (Die Daten werden allerdings in keinem Fall veröffentlicht.) Im Rahmen eines geplanten Workshops soll erörtert werden, ob es Vergleichsmöglichkeiten gibt. Es ist damit nur ein Vergleich der überörtlichen Träger, die zugleich das Land abbilden, möglich. Sowohl bei den einwohnerbezogenen Kosten beim stationären Wohnen, als auch bei den Tagesförderstätten nimmt Hamburg vor Bremen die Spitzenposition ein. Berlin (ohne Daten beim stationären Wohnen) weist jedoch bei den Tagesförderstätten geringere Kosten als die anderen Stadtstaaten und auch geringere Kosten als sie im Saarland entstehen aus. Bei den einwohnerbezogenen Kosten der Werkstätten verzeichnet Berlin sogar nur ein Drittel der Kosten Bremens, Niedersachsens und des Saarlands, die in etwa gleiche Werte aufweisen. Die einwohnerbezogene Wertung Berlins ist allerdings mit Vorsicht zu betrachten. Berlin hat bis vor der Wende seine behinderten Menschen zu einem großen Teil nach Brandenburg und Sachsen-Anhalt verbracht. Auch wenn sich die Verhältnisse in Berlin langsam angleichen, profitiert Berlin auch heute noch von der damaligen Umverteilung. Im Stadtstaatenvergleich steht Berlin daher auch heute noch beständig auf Platz 3 und steht im Verhältnis zu den übrigen überörtlichen Trägern recht günstig dar. Eine besondere Stadtstaatenproblematik ist auf dieser Grundlage nicht zu erkennen. Über alle aufgeführten Bereiche zeigt sich jedoch ein hoher Ausgabenbedarf in Bremen. Die zur Verfügung stehenden Kennzahlen und Vergleichsdaten und die besondere Problematik der örtlichen / überörtlichen Träger lassen zur Zeit keine fundierten Rückschlüsse auf strukturelle Probleme Bremens bei der Gestaltung der Eingliederungshilfe zu. Für den nächsten Bericht muss das Kennzahlenspektrum erweitert und evtl. der Versuch eines Städtevergleichs unternommen werden.

Ausblick / Prüfauftrag

Die für diesen Bericht absprachegemäß nur nachrichtlich aufgenommenen Hartz IV - Kennzahlen wird im nächsten Bericht mit Daten hinterlegt. Das Ressort prüft bereits, welchem Produktplan (Produktplan 31 (Arbeit) oder 41 (Soziales)) diese Kennzahlen zukünftig zugeordnet werden.

Das Ressort wird gebeten, zum nächsten Bericht bei der Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetzes und insbesondere bei der Hilfe zur Pflege elementare Grunddaten wie Fallzahlen und Kosten für Bremen und die Vergleichsstädte zu ermitteln.

Das Ressort wird gebeten zu prüfen, inwieweit das Ressort selbst Vergleichsringe (z. B. mit Unterstützung der KGSt) für die Bereiche, in denen kaum Daten vorliegen, initiieren kann.

Der SfAFGJS weist daraufhin, dass in den vergangenen Jahren versucht wurde, Daten zum AsylbLG und zur Hilfe zur Pflege zu ermitteln. Die Ergebnisse waren bisher jedoch nicht ausreichend zufriedenstellend, um sie zu vergleichen. Selbstverständlich wird dieses auch weiterhin verfolgt. Die Jahre 2004 bis 2006 und voraussichtlich noch 2007 sind als Übergangsphase zu sehen, in der sich die sachliche Zuständigkeit bei vielen überörtlichen Trägern – so auch in Bremen – durch das neue SGB XII neu zu bestimmen ist. In diesem Rahmen ist zu erwarten, dass die Zuständigkeiten in den großen Flächenländern mehr und mehr per Landesgesetz auf die örtlichen Träger übergehen werden (teilweise ist das bereits geschehen). Einige Länder gehen aber auch den umgekehrten Weg. Von daher wird die Datenerhebung und Verfügbarkeit während dieser Übergangszeit für den Bereich der stationären/teilstationären Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfe immer schwieriger wenn nicht sogar unmöglich.

Benchmarking

Produktplan 41: Bereich Soziales

Stand:

22.08.2005

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düssel- dorf	Frank- furt	Hannover	Köln	München	Stutt- gart	Ruhrgbetsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dort- mund	Duis- burg		
41.20.01 Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	je 1.000 EW	2003	87,0	69,0	77,0	54,0	65,0	77,0	57,0	37,0	40,0	68,0	62,0	61,0	65,0	1
41.21.01 Hilfe zur Pflege/ Vollstationäre Hilfe: Plätze	je 1.000 EW	2003	8,4	7,9	.	8,7	6,5	.	7,3	4,8	12,2	3
41.21.02 Hilfe zur Pflege/ Vollstationäre Hilfe: Kosten pro Platz	€	2003	27.659	28.233	26.669	31.018	31.104	.	31.471	30.759	30.134	7
41.21.03 Hilfe zur Pflege/ Vollstationäre Hilfe: Kosten pro Einwohner	€	2003	233	224	.	271	202	.	229	147	369	3
41.21.04 Hilfe zur Pflege/ Vollstationäre Hilfe: Kosten lt. LAG - Vergleich	€	2003	7.578	7.735	7.306	8.498	8.522	.	8.622	8.427	8.256	7
41.22.01 Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Fallzahlen je Einwohner	Anzahl	2003
41.22.02 Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben pro Hilfeempfänger	€	2003
41.22.03 Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben pro Einwohner	€	2003
41.23.01 Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Ausgaben pro Einwohner	€	2003	47	39	.	.
41.23.02 Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Ausgaben pro Leistungsberechtigtem	€	2003	6.872	9.239	.	.

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Vergleich der überörtlichen Träger	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden- Württemberg	Bayern	Hessen	Nieder- sachsen	Nordrh.- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saar- land	Schles- wig Holstein	Stadt- staaten	Flächen- länder (West)	Bundes- gebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
41.24.01 Eingliederungshilfe: Kosten für Stationäres Wohnen	€/ EW	2003	106,5	111,3	.	.	.	73,9	93,3	.	.	65,1	2
41.24.02 Eingliederungshilfe: Kosten für Werkstätten	€/ EW	2003	35,6	25,3	12,3	.	.	27,4	34,9	.	.	36,7	2
41.24.03 Eingliederungshilfe: Kosten für Tagesförderung	€/ EW	2003	10,5	11,6	8,3	.	.	3,6	3,1	.	.	9,2	2

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

41.21.ff Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
41.24. Senator für Finanzen, Statistisches Bundesamt, Statistik Regional

Produktplan 51 – Gesundheit

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Im Ressort werden die dargestellten Kennzahlen fortgeschrieben. Die Datenlage ermöglicht einen lückenlosen Ländervergleich. Das Benchmarking wird im Fachressort als – interne - Steuerungsgrundlage genutzt. Zu beachten ist, dass sich die für Bremen ausgewiesenen Benchmark-Kennzahlen auf den **Stadtstaat Bremen** beziehen.

Das Ausgabevolumen des Produktplans 51 beträgt 62,2 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005 Haushalte L+G), wobei die Personalausgaben mit einem Volumen von rd. 18,2 Mio. € veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 1,9 %, an den Personalkosten 1,7 %.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern wird der **Gesundheitsbereich** fast ausschließlich bezogen auf den Krankenhausbereich **auf Landesebene** dargestellt. Es wurde ein Schwergewicht auf erklärende Kennzahlen zu der direkt haushaltswirksamen Größe der KHG-Investitionen gelegt. Die Kennzahlen hängen insoweit zusammen, prägen ein Gesamtbild. Da ein Städtevergleich aus Sicht des Ressorts und der Begleit-Arbeitsgruppe zwar als wünschenswert erachtet wird, aber hinsichtlich der Datenlage nicht zu realisieren ist, sind darüber hinaus keine weiteren Kennzahlen zur Erläuterung notwendig.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Es handelt sich um Aktualisierungen der im Bericht an die Staatsräte-Lenkungsgruppe 2003 ausgewiesenen Kennzahlen.

Die **KHG-Investitionen je Einwohner** sind im Jahre 2004 mit 51,5 € in Bremen im Vergleich zu den Flächenländer (West), aber auch im Vergleich zu Hamburg und Berlin am höchsten. Gegenüber dem Jahr 2001 ist der Wert für Bremen entsprechend den im Haushalt zusätzlich eingestellten KHG – Mitteln gestiegen, für Hamburg und Berlin dagegen gesunken. Diese Relation des finanziellen Aufwands erklärt sich u.a. in Zusammenhang mit der Versorgungsquote auswärtiger Patienten und den Investitionen pro Planbett. Die **KHG-Investitionen pro Planbett** zeigen, dass Bremen mit 5.538 € je Planbett unter Hamburg und Berlin liegt und sogar den durchschnittlichen Flächenländerwert von 5.482 € nur leicht überschreitet. Aus den dargestellten Beobachtungen lässt sich aus Sicht der Begleit-AG folgendes erstes Zwischenergebnis festhalten:

- Jahresvergleiche bei den KHG-Investitionen besitzen auf Grund der starken Schwankungen nur einen sehr eingeschränkten Aussagegehalt.
- Die KHG-Investitionen in Bremen sind bezogen auf die Planbetten durchschnittlich. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist es demnach die Anzahl der Planbetten und die hohe Versorgungsquote, die den überhöhten Wert bei den **KHG-Investitionen je Einwohner** begründet.

Um den Einfluss der hohen Versorgungsquote auf die Kennzahl KHG-Investitionen je Einwohner zu neutralisieren, sind letztere entsprechend bereinigt. Die Kennzahl **KHG-Investitionen je Einwohner – bereinigt** liegt dann auch für Bremen mit 36,3 € zwischen den Werten für die beiden anderen Stadtstaaten (Hamburg 32,9 €; Berlin 38,6 €).

Der Grund für die hohe Anzahl an Planbetten in Relation zur Einwohnerzahl in Bremen liegt in der unter allen Bundesländern höchsten **Versorgungsquote auswärtiger Patienten**. Die Versorgungsquote stellt einen Wanderungsindex dar, der die Patientenbewegungen zwischen den Bundesländern saldiert. Am Beispiel Bremens: Eine Versorgungsquote von 142% bedeutet, dass auf 100 insgesamt im Bundesgebiet behandelte Bremer 142 im Bundesland insgesamt behandelte Pa-

tienten kommen. Je höher dieser Wert, desto größer (relativ gesehen) ist der saldierte "Wanderungsgewinn" aus anderen Bundesländern. Bremen nimmt hier eine ausgeprägte zentralörtliche Funktion für das erweiterte Umland wahr und zwar im Verhältnis zu seiner Größe in einem stärkeren Ausmaß als Hamburg oder Berlin.

Die ausgeprägte Versorgungsfunktion beeinflusst auch die Kennzahl **Bettenindex pro 1000 Einwohner (unbereinigt)**. Da kein anderes Bundesland einen vergleichsweise hohen Anteil Krankenhausleistungen für andere Bundesländer erbringt, ist es zur Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern erforderlich, die (unbereinigte) Kennzahl zu bereinigen, so dass sie sich ausschließlich auf die Versorgung der Bevölkerung des Landes Bremen bezieht. Bei der Bildung der Kennzahl **Bettenindex pro 1000 Einwohner (bereinigt)** sind in der Bettenzahl, die der Berechnung des "Bettenindex - bereinigt" zu Grunde liegt, rechnerisch die von auswärtigen Patienten belegten Betten ausgeschlossen. Der **Bettenindex pro 1000 Einwohner (bereinigt)** liegt in Bremen mit 6,6 Betten für Bremer Patienten pro 1000 Einwohner im Vergleich zu den Flächenländern (West) und Stadtstaaten im Durchschnitt.

Die Betten werden zu 79% leicht unterdurchschnittlich genutzt. Berlin kann hier mit 82,6% Auslastungsquote (**Bettennutzung – incl. Psychiatrie**) eine höhere Auslastung aufweisen. Die **durchschnittliche Verweildauer (ohne Psychiatrie)** liegt mit 8,6 Tagen im Vergleich zu Hamburg (9,6 Tage) oder Berlin (9,4 Tagen) jedoch sehr niedrig, was ein Erklärungsfaktor für die niedrige Bettenauslastung ist.

Bei der Kennzahl Lebensmittelüberwachung liegen - wie schon im Jahre 2003 - nur unvollständige Informationen vor. Mit 4,2 Planproben je 1000 Einwohner liegt Bremen auf einem mit Hamburg (4,09) und Niedersachsen (4,4) vergleichbarem Niveau.

Ausblick / Prüfauftrag

Die herausragende Versorgungsfunktion, die Bremen für das erweiterte Umland im Krankenhausbereich übernommen hat, ist ein Beispiel für die strukturelle Besonderheit eines Stadtstaates wie Bremen. Die Abgeltung dieser strukturellen Andersartigkeit gegenüber den Flächenländern erfolgt im bundesstaatlichen Finanzausgleich durch das Instrument der Einwohnerwertung.

Die Begleitarbeitsgruppe ist der Auffassung, dass vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Gesundheitssystems auf die Rentierlichkeit von KHG-Investitionen zu achten ist. Nur im Zusammenspiel zwischen dem Ansatz „Krankenhäuser als Wirtschaftsfaktor“ und der sachgerechten Abgeltung der zentralörtlichen Versorgungseffekte für das Umland kann eine derart hohe Versorgungsquote auswärtiger Patienten vor dem Hintergrund der extremen Haushaltsnotlage aufrecht erhalten bleiben.

Das Fachressort weist darauf hin: „Das Lohnsteueraufkommen der direkt Beschäftigten des Krankenhausesektors in Bremen beläuft sich bei einer über die Jahre nur leicht schwankenden Beschäftigtenzahl auf ca. 30 Mio. € und leistete damit einen dauerhaften und nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur Finanzkraft. Der Umsatz des Bremischen Krankenhausesektors liegt über die Jahre relativ konstant bei ca. 600 Mio. €. Damit ist der Krankenhausesektor ein arbeitsmarkt- und fiskalpolitisch stabilisierender Faktor.“

Das Fachressort gibt folgenden zusammenfassenden Ausblick:

„Auch in Zukunft ist trotz neuer Finanzierungsformen, mehr Wettbewerb und weiterem Bettenabbau nicht mit einem nennenswerten Rückgang der wirtschaftlichen Bedeutung des Krankenhausesektors in Bremen zu rechnen. Die Verpflichtung von Land und Stadtgemeinden zu investieren, um eine teilweise veraltete Infrastruktur von Krankenhäusern zu modernisieren und Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen, gewinnt durch die Einführung des neuen Finanzierungssystems an Aktualität. Frei werdende Bettenkapazitäten sind in diesem Zusammenhang nach dem Krankenhausplan des Landes Gegenstand von beschleunigten Anpassungsreaktionen, wie z.B. aktuell die Strategieplanung der Gesundheit Nord gGmbH zeigt. Die Spezialisierung und der Aufbau von me-

dizinischen Kompetenzzentren steht dabei im Vordergrund. Die notwendige Anpassung kann nur durch begleitende Baumaßnahmen realisiert werden.“

Die Begleitarbeitsgruppe empfiehlt eine intensivere Beschäftigung mit der Frage, ob die Versorgungsfunktion für das Umland im bundesstaatlichen Finanzausgleich sachgerecht abgegolten wird.

Benchmarking

Produktplan 51: Gesundheit

Stand:

10.08.2005

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
51.01.01	%	2002	141,6	123,9	110,6	102,5	101,9	98,5	94,8	100,3	94,9	104,5	96,0	118,4	99,6	100,4	1
51.02.01	€	2004	5.538	6.151	6.135	5.733	6.268	6.676	4.241	3.717	4.942	6.087	6.192	5.941	5.482	.	8
51.02.02	€	2004	51,5	40,7	42,7	30,1	36,4	37,8	23,0	26,9	29,3	36,1	30,6	43,1	30,3	34,9	1
51.02.03	€	2004	36,3	32,9	38,6	29,4	35,7	38,4	24,2	26,8	30,9	34,5	31,9	36,4	30,4	34,8	3
51.03.01		2004	9,3	7,8	6,3	5,9	6,4	6,4	5,6	7,8	6,6	7,2	6,0	7,1	6,6	6,7	1
51.03.02		2004	6,6	6,3	5,7	5,8	6,2	6,5	5,9	7,7	7,0	6,9	6,2	6,0	6,6	6,6	4
51.04.01	Tage	2004	8,6	9,6	9,4	9,0	9,1	8,8	8,9	9,1	8,6	8,5	8,8	9,2	8,9	.	9
51.05.01	%	2002	79,0	79,4	82,6	78,3	81,0	78,0	81,7	87,3	75,9	83,6	84,1	81,1	82,1	80,1	8
51.06.01	Anzahl	2003	4,2	4,0	4,4

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 51.01. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; Berechnung: Patienten am Behandlungsort / Patienten am Wohnort
- 51.02. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; für Ländervergleiche der Krankenhaus Kennzahlen sollte immer die bereinigte Variante eingesetzt werden; bereinigt: vom Einfluss auswärtiger Patienten (Wohnort nicht im Land Bremen) bereinigter Wert (Stand 2002)
- 51.03. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; für Ländervergleiche der Krankenhaus Kennzahlen sollte immer die bereinigte Variante eingesetzt werden; bereinigt: unter Berücksichtigung der Versorgungsquote (2002)
- 51.04. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales;
- 51.05. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; starke jährliche Schwankungen durch Neufestsetzung und Fortschreibung der Krankenhauspläne möglich
- 51.06. Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales;

Produktplan 68 – Bau, Umwelt und Verkehr

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Im Ressort werden die dargestellten Kennzahlen fortgeschrieben. Die Datenlage ermöglicht keinen lückenlosen Städte- und Ländervergleich.

Das Ausgabevolumen des Produktplans 68 beträgt 414,9 Mio. € (Basis Eckwerte 2005 Haushalte L+G), wobei die Personalausgaben (mit dem Ressort zuzurechnenden Personalausgaben des Produktplans Allgemeine Finanzen: Versorgung, Beihilfe etc.) mit einem Volumen von rd. 59,5 Mio. € und die Investitionen mit rd. 148,2 Mio. € veranschlagt sind. Der Anteil an den Gesamtausgaben aller Ressorts beträgt 12,6 %, an den Personalausgaben 5,5 % und an den Investitionsausgaben 21,3%.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Mit den in nachfolgender Tabelle dargestellten Kennziffern wird der Produktplan **Bau, Umwelt und Verkehr jeweils auf Landes- und Städteebene** dargestellt. In der tabellarischen Darstellung werden der Bau- und Verkehrsbereich und der Umweltbereich getrennt dargestellt.

Auf Grund der Größe des im Produktplan enthaltenen Bereichs und der daraus resultierenden Vielzahl der Kennzahlen kann nur eine Auswahl diskutiert werden.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Es handelt sich um Aktualisierungen der im Bericht an die Staatsräte-Lenkungsgruppe 2003 ausgewiesenen Kennzahlen sowie um sinnvolle Ergänzungen. Die im Tabellenteil ausgewiesenen Kennzahlen wurden einvernehmlich mit dem Ressort gebildet.

Aus den dargestellten Beobachtungen lässt sich aus Sicht der Begleit-AG folgendes erstes Zwischenergebnis festhalten:

1. Bereich Bau und Verkehr

- Die Stadt Bremen weist mit einem **Anteil der Siedlungsfläche an der Bodenfläche** von 57,1% einen Wert wie Hamburg auf, der den Durchschnitt der Vergleichsstädte unterschreitet. Allerdings ist zu beachten, dass Städte wie Berlin (69,0%) und München (71,6%) den Durchschnitt maßgeblich erhöhen.
- Die **Zahl der Einwohner je Hektar Siedlungsfläche** ist in der Stadt Bremen mit 28,9 unter allen Vergleichsstädten mit Abstand am geringsten. Die Großstadt mit der zweitniedrigsten Einwohneranzahl ist Dortmund mit 36,3, die Großstadt mit dem größten Wert ist Stuttgart mit 56,5 Einwohner je ha Siedlungsfläche.
- Die Kennzahl der **Empfänger von Wohngeld je 1000 Einwohner** im Ländervergleich konnte vom Ressort gegenüber dem Benchmarking-Bericht an die Staatsräte aus dem Jahre 2003 nicht fortgeschrieben werden, weist im Ländervergleich somit immer noch den Wert des Jahres 2000 aus und wird daher nicht ausgewiesen. Es ist jedoch gelungen, gegenüber dem alten Benchmarking-Bericht einige Daten aus den anderen Großstädten aus dem Jahre 2001 zu erheben. Durch Hartz IV haben sich die Anspruchsvoraussetzungen und damit der Personenkreis der Wohngeldbezieher/-innen stark verändert. Eine Analyse entfällt daher.
- Zur Kennzahl „**Geförderte Mietwohnungen/ Wohnungen gesamt (%)**“ und zur Kennzahl „**Geförderte Eigentumswohnungen/ Wohnungen gesamt (in Wohngebäuden (%))**“ führt das Fachressort aus: „Die Angaben gehen zurück auf eine telefonische Umfrage des Fachreferats. Einen länderübergreifenden Vergleichsring gibt es nicht. In den Flächenländern sind die Zuständigkeiten zwischen dem Land, den Kommunen, den Landesförder-

instituten und teilweise auch den Bezirksregierungen aufgeteilt, daher waren in der Kürze der Zeit keine Vergleichszahlen zu erhalten. In der telefonischen Umfrage wurden lediglich die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen benannt. Erschwerend kommt hinzu, dass in den anderen Bundesländern lediglich der Bestand an Mietwohnungen, nicht aber an Eigentumswohnungen erfasst wird.“ Die Kennzahl „**Wohnungen im Eigentum an den Wohnungen insgesamt**“ wird nur im Ländervergleich ausgewiesen. Hier zeigt sich dass Bremen mit rd. 35% für einen Stadtstaat einen sehr hohen Wert verzeichnen kann. Hamburg mit rd. 22% und Berlin mit rd. 13% liegen sehr weit hinter Bremen. Die alten Flächenländer weisen naturgemäß sehr viel höhere Werte aus.

- **ÖPNV-bezogene Kennzahlen** werden nur für die Ebene des Städtevergleichs ausgewiesen. Gegenüber dem alten Benchmarking-Bericht an die Staatsräte konnten hier substantielle Fortschritte erzielt werden. Bei Beibehaltung der Städteauswahl entstehen naturgemäß dort Probleme der Vergleichbarkeit, wo hinsichtlich Struktur und ÖPNV-Netz erhebliche Unterschiede bestehen (Beispiel: U-Bahn). Die Kennzahl „Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen/Einwohner (km)“ zeigt Bremen am unteren Rand der Großstädte, wie auch bei der „Streckenlänge Straßen/Stadtbahn (km)“. Die Kennzahlen zum Verlustausgleich liegen nur für Bremen, Hannover, Dortmund und Duisburg vor. Für Schlussfolgerungen ist diese Datenbasis zu schmal.
- Das **Fachressort führt zu den ÖPNV-bezogenen Kennzahlen** folgendes aus:
„Allgemeines: Bei fast allen Kennzahlen des Verkehrsbereichs finden sich drei unterschiedliche Werte, die zurück gehen auf zwei Quellen. Zum einen handelt es sich um Angaben des VDV (Verband der Verkehrsunternehmen, Statistik aus 2003) und zum anderen um Werte aus dem „Vergleich der ÖPNV-Qualität in Bremen mit der anderer Städte“ - durchgeführt durch die PTV – Planung Transport Verkehr AG, Karlsruhe). Während bei VDV die für den Benchmarking-Prozess vorgegebenen Städte einbezogen wurden, betrachtet PTV andere Städte, die jedoch weitaus vergleichbarer sind, da sie hinsichtlich ihrer Struktur und dem ÖPNV-Netz den bremischen Gegebenheiten eher entsprechen.
Fachlich-inhaltliche Anmerkungen: Bremen hat historisch gesehen ein sehr dichtes Straßennetz, welches aus der Struktur mit dem sog. Bremer Haus und den kleinen Grundstücken (siehe Neustadt), der Bandstadtstruktur mit 2 Städten und dem Mehraufwand für die Wahrnehmung der Hafenfunktion resultiert. Charakteristisch für den ÖPNV in Bremen ist - neben der traditionell gut aufgestellten Konkurrenz durch das Fahrrad - das im Vergleich zu allen anderen Städten sehr kleine Stadtbahn-/Straßenbahnnetz (vgl. Kennzahl 68.05.06 Anmerkung d. Redaktion) und große Busnetz. Die nahezu gleich großen Städte Düsseldorf, Stuttgart und Hannover besitzen eine fast doppelt so große Netzlänge bei den Stadtbahn-/ Straßenbahnen wie Bremen. Busse schneiden in der Nachfrage der Fahrgäste generell schlechter ab als Straßenbahnen (sog. "Schienenbonus" von 20%) und sind wegen der geringeren "Gefäßgrößen" auf nachfragestarken Linien unwirtschaftlicher. Ein wesentlicher Grund für diesen geringen Ausbau des Stadtbahn-/Straßenbahnnetzes ist die im Vergleich zu den Flächenländern nicht vorhandene Möglichkeit, Bundesmittel und die Komplementärmittel des Landes in den größeren Städten zu konzentrieren!“
- Zur Kennzahl „**Nutzwagenkilometer ÖPNV-Unternehmen/ Einwohner (km)- VDV-Zahl 2003**“ merkt das Fachressort im Einzelnen an: „Beim ÖPNV-Angebot liegt Bremen im Mittelfeld. Günstiger - im Sinne eines niedrigen Aufwands - schneiden Dortmund, Duisburg und Essen ab: Diese Städte haben die Straßenbahn- und Busnetze im Zuge des unterirdischen Stadtbahnausbaus mäßig bzw. sehr ausgedünnt; in Duisburg wird der ÖPNV schon traditionell im Vergleich zu anderen Städten wenig genutzt. Mannheim verfügt über eine kompakte Stadtstruktur. Düsseldorf, München, Berlin, Hannover und Hamburg leisten sich im Hinblick auf das Angebot einen fast doppelt so hohen Aufwand wie Bremen.“
- Zur „**Kennzahl Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen/ Einwohner (km) – VDV-Zahl 2003**“ gibt das Fachressort folgende Hinweise: „Abgesehen von Duisburg (s.o.) - und mit einer geringen Differenz auch Essen - schneidet Bremen bei dieser nachfrageorientierten Kennzahl am schlechtesten ab. In München, Düsseldorf, Stuttgart, Köln und Hannover liegt die Nachfrage pro Einwohner von einem Viertel bis zum Doppelten höher als in Bremen! Besonders effizient im Sinne eines geringen Aufwands zu hoher Nachfrage ist Stuttgart.“

- Die auf die **Verlustausgleiche** bezogenen Kennzahlen erläutert das Fachressort wie folgt: „Das zweitschlechteste Ergebnis Bremens nach Duisburg für die drei Kennzahlen zum Verlustausgleich reflektiert einerseits die sehr mäßige Nachfrage bei recht hohem Angebot (= schlechte Auslastung; Gründe s.o.) und andererseits, dass der Betrieb nicht gut aufgestellt ist. Mit der BSAG hat der Senat daher einen Kontrakt vereinbart, der bis 2010 eine Reduzierung des Verlustausgleichs auf 43 Mio. € vorsieht.“

2. Bereich Umwelt

- Angaben zu den einzelnen Flächen (Grünanlage, Friedhofsfläche/Moorflächen/etc. und Erholungsfläche: Die den Kennzahlen zugrunde liegenden Einzelwerte gehen zurück auf die letzte Erhebung mit Stand 31.12.00. Aktuelle Zahlen werden zur Zeit über die Statistischen Landesämter erhoben und voraussichtlich gegen Ende des Jahres mit dem Bezugsdatum 31.12.04 feststehen. Beim **Grünanlagen-Städtevergleich in % der Bodenfläche** ist Bremen mit Hamburg vergleichbar (6,6 % zu 6,5 %), während Hannover 71 % mehr Grünanlagen als Bremen aufweist (11,3 % der Bodenfläche). Beim Städtevergleich der **Erholungsflächen (ha/100 EW)** liegt Bremen vor allen anderen Städten. Im Ländervergleich der Erholungsfläche pro 100 Einwohner liegt Bremen mit 0,09 ha vor Hamburg (0,05 ha) und Berlin (0,04 ha).
- Im Vergleich zu Berlin betragen die **Unterhaltungskosten für öffentliche Grünanlagen/ Einwohner** in Bremen mit 9,9 € nur rund 1/3 der dort anfallenden Höhe und sind zugleich deutlich niedriger als in den Vergleichsstädten Düsseldorf und Frankfurt. Im Vergleich zu Hannover sind die Unterhaltungskosten allerdings um 38% höher.
- Bei der Kennzahl **Naturschutzgebiete** bezogen auf die Bodenfläche liegt das Land Bremen zwischen Hamburg und Berlin, aber sowohl über dem Durchschnitt der alten und dem der neuen Flächenländer. Anders verhält es sich, wenn man statt der Bodenfläche die Einwohner als Bezugsbasis heranzieht. Dann liegt Bremen deutlich unter dem Durchschnitt der Flächenländer.
- Besonders auffällig stellt sich die Kennzahl „**Vogelschutzgebiete** in % der Bodenfläche“ dar. Das Land Bremen weist 17,6% höchsten Wert aller alten Bundesländer auf. Hamburg mit 3,0% sowie Berlin mit 5,6% liegen ein Vielfaches unter dem Bremer Wert. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt von 8,6% liegt Bremen mehr als doppelt so hoch.
- Bei den „**FFH-Gebieten** in % der Bodenfläche“ liegt Bremen leicht über den beiden anderen Stadtstaaten, aber doch deutlich unter dem Flächenländerdurchschnitt, insbesondere was die neuen Bundesländer angeht.
- Zu den Kennzahlen „**Naturschutzgebiete**“, „**Vogelschutzgebiete**“ und „**FFH-Gebiete**“ führt das Ressort folgendes aus: „Die Meldung von Europäischen Schutzgebieten, also den Vogelschutzgebieten (SPA = Special Protection Areas) und den Gebieten nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) ist – anders bei den Natur- und Landschaftsschutzgebieten, nicht in das Ermessen der Länder gestellt. Hier fordert die EU die Anmeldung derjenigen Gebiete, die den in den jeweiligen Anhängen der Vogelschutz- oder FFH-RL genannten Kriterien entsprechen. Dies soll dazu dienen, dass in Europa ein kohärentes Netz wertvoller Naturräume erhalten bleibt: NATURA 2000. Hieraus ergibt sich, dass sowohl bereits als Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesene Flächen als auch bislang ungeschützte Bereiche als SPA oder FFH-Gebiete gemeldet werden müssen. Ein Großteil der jetzt von Bremen gemeldeten Natura 2000 Gebiete ist schon unter einer anderen Schutzkategorie gesichert. Die hohe Anzahl an Vogelschutzgebieten resultiert vor allem aus der sehr guten Naturlandschaft in den Feuchtwiesen, die Bremen wie einen Ring umgeben. Die dagegen relativ niedrige Zahl an FFH-Flächen beruht darauf, dass es in Bremen nicht so viele entsprechende Lebensräume gibt, die meldepflichtig sind.“

Ausblick / Prüfauftrag

Die Erarbeitung der fachbezogenen Anteile an diesem Bericht löste Impulse im Benchmarkingprozess aus, die zu weitergehenden Aktivitäten führten. So wurde zu einigen Kennzahlen die Durchführung eines strukturierten Datenaustausches im Rahmen der Städte- und Länderkooperation in

Aussicht genommen; zu anderen Themenstellungen/ Kennzahlen wurde die Bildung von Vergleichsringen als Arbeitsziel definiert. Insgesamt ist durch die Umsetzung dieser Instrumente künftig eine weiter verbesserte Datenlage zu erwarten.

Für die Kennzahl „Empfänger Wohngeld/ 1000 Einwohner“ ist mit einer aktuellen Datenbasis im Jahre 2006 zu rechnen, nachdem die Effekte der Hartz IV-Reform bundesweit bewertet werden konnten.

Der Umfang der zu den Kennzahlen „Verlustausgleich im ÖPNV-Unternehmen ... “ vorliegenden Daten wird sich bis zum nächsten Benchmarkingbericht ebenfalls weiter verbessern, da zur Zeit eine Datenerhebung auf der Grundlage angeforderter Geschäftsberichte anderer ÖPNV-Unternehmen der Vergleichsstädte erfolgt.

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
68.01.01 Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche	%	2000	57,1	57,0	69,0	57,8	55,1	67,4	59,1	71,6	49,9	67,2	58,0	59,7	61,5	9
68.01.02 Einwohner je Siedlungs- und Verkehrsfläche	EW/ qkm	2000	28,9	39,8	55,0	45,4	47,2	37,5	40,2	54,5	56,5	42,1	36,3	37,0	44,8	12
68.02.01 Empfänger von Wohngeld je 1.000 Einwohner	Anzahl	2001	57,4	.	62,1	58,2	.	55,9	42,8	.	.	.	52,3	.	.	.
68.03.01 Anteil der geförderten Mietwohnungen an den Wohnungen gesamt	%	2003	6,4	19,1	14,7	11,4	.	7,0	12,4	7,9	5,0	.	17,0	19,7	.	9
68.03.02 Anteil der geförderten Eigentumswohnungen an den Wohnungen gesamt	%	2003	1,3	.	1,6	0,4	.	.	0,6	.	.	.	2,6	1,1	.	.
68.05.01a PTV: Nutzwagenkilometer ÖPNV- Unternehmen je Einwohner	km	2001	42,3	71,5	37,6	27,3	.	.
		2003	40,8	70,3	37,7	27,9	.	.
68.05.01b VDV: Nutzwagenkilometer ÖPNV- Unternehmen je Einwohner	km	2003	40,8	69,7	75,2	81,4	40,5	70,3	53,9	75,4	52,7	38,4	37,7	27,9	.	8
68.05.02a PTV: Personenkilometer ÖPNV- Unternehmen je Einwohner	km	2001	902	1.649	888	409	.	.
		2003	900	1.232	982	472	.	.
68.05.02b VDV: Personenkilometer ÖPNV- Unternehmen je Einwohner	km	2003	900	981	1.200	1.684	903	1.232	1.263	1.657	1.551	844	982	472	.	10
68.05.03 PTV: Verlustausgleich ÖPNV- Unternehmen je Fahrgast	€	2001	0,8	0,3	0,5	1,1	.	.
68.05.04 PTV: Verlustausgleich ÖPNV- Unternehmen je Einwohner	€	2001	147,0	106,1	103,1	97,4	.	.
68.05.05 PTV: Verlustausgleich ÖPNV- Unternehmen je 1.000 Personenkilometer	€	2001	163,0	64,4	109,8	238,2	.	.
68.05.06a PTV: Streckenlänge Straßen / Stadtbahn	km	2001	64,0	114,0	73,6	56,6	.	.
		2003	67,2	115,4	73,6	56,6	.	.
68.05.06b VDV: Streckenlänge Straßen / Stadtbahn	km	2003	67,2	110,7	187,7	146,2	122,1	115,4	139,8	71,2	123,5	72,0	73,6	56,6	.	11

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Benchmarking**Produktplan 68: Bereich Bau****Stand:****23.08.2005**

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
68.04.01	Wohnungen im Eigentum: Anteil an den Wohnungen insgesamt	%	2002	35,1	21,9	12,7	49,3	48,9	44,7	51,0	39,0	55,7	56,8	49,4	17,9	46,6	42,6	9

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

68.01. Statistik Regional;

68.02.01 Senator für Bau und Umwelt; Da ab 01.01.05 Hartz IV zu erheblichen Veränderungen hinsichtlich der Anzahl der Anspruchsberechtigten geführt hat, sind derzeit keine aktuellen verlässlichen Zahlen für 2005 vorhanden. Daher sollen Zahlen aus 2002 bzw. -sofern vorhanden - aus 2003 herangezogen werden.

68.03. Senator für Bau und Umwelt; Köln und Duisburg: Stand 2002. Die Angaben der anderen Kommunen beruhen auf freiwilligen Angaben, die SBUV 70 regelmäßig im Rahmen der ARGEBAU und des DSIT erhält. Die Daten sind wegen der im Bundesgebiet stark differierenden Förderungsmodalitäten nicht uneingeschränkt vergleichbar. Dennoch kann man aus den Daten entnehmen, dass der Anteil der geförderten Wohnungen in der Stadt Bremen ebenso wie im Land Bremen vergleichsweise niedrig ist. Der geringe Anteil ist angesichts der aktuellen Wohnungsmarktlage z.Zt. gerade noch vertretbar.

68.04. Senator für Bau und Umwelt;

68.05. Senator für Bau und Umwelt; VDV: Verband der Verkehrsunternehmen; PTV: Planung Transport Verkehr AG

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
68.20.01 Grünanlagen: Anteil an der Bodenfläche	%	2000	6,6	6,5	10,2	4,9	4,3	11,3	7,7	7,2	3,8	8,5	2,3	5,0	7,1	6
68.20.02 Grünanlagen je 100 EW	ha	2000	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2	0,5	0,3	0,2	0,1	0,3	0,1	0,2	0,3	2
68.20.03 öffentliche Grünanlagen: Unterhaltungskosten je EW	€	2000	9,9	.	27,7	14,2	14,7	7,2
68.20.04 öffentliche Grünanlagen: Unterhaltungskosten je qm	€	2000	0,8	.	1,2	1,3	1,1	0,4
68.21.01 Friedhofs-, Moor-, Heide-, Wald- und Wasserfläche: Anteil an der Bodenfläche	%	2000	10,3	14,9	25,8	18,7	18,2	16,8	20,2	6,9	26,2	16,9	13,1	19,7	17,9	11
68.21.02 Friedhofs-, Moor-, Heide-, Wald- und Wasserfläche je 100 EW	ha	2000	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,9	0,2	0,9	0,6	0,6	0,9	0,7	9
68.22.01 Erholungsflächen: Anteil an der Bodenfläche	%	2000	1,4	1,1	1,3	1,8	1,5	1,4	1,6	1,3	1,4	1,7	1,3	1,4	1,4	7
68.22.02 Erholungsflächen je 100 EW	ha	2000	0,09	0,05	0,04	0,07	0,06	0,06	0,07	0,03	0,05	0,06	0,06	0,06	0,05	1

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Ländervergleich

	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
68.23.01 Naturschutzgebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	4,7	7,3	2,1	2,2	2,2	1,9	3,0	3,9	1,8	2,5	2,7	4,5	2,6	2,4	2
68.23.02 Naturschutzgebiete je 1.000 EW	km²	2004	0,03	0,03	0,01	0,07	0,13	0,07	0,18	0,07	0,09	0,06	0,15	0,02	0,10	0,12	10
68.24.01 Vogelschutzgebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	17,6	3,0	5,6	4,9	7,7	14,7	6,1	4,5	8,2	4,7	6,4	7,0	7,1	8,3	1
68.24.02 Vogelschutzgebiete je 1.000 EW	km²	2004	0,11	0,01	0,02	0,16	0,44	0,51	0,36	0,09	0,40	0,11	0,36	0,03	0,28	0,43	8
68.25.01 FFH-Gebiete: Anteil an der Bodenfläche	%	2004	7,2	7,0	6,1	11,6	9,2	9,9	6,6	5,4	12,5	10,3	7,9	6,6	8,8	9,3	7
68.25.02 FFH-Gebiete je 1.000 EW	km²	2004	0,04	0,03	0,02	0,39	0,52	0,34	0,39	0,10	0,61	0,25	0,44	0,02	0,34	0,48	9

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

69.20. Statistik Regional; Senator für Bau und Umwelt

69.21. Statistik Regional

69.22. Statistik Regional; Erholungsflächen: unbebaute Flächen für Sport, Freizeit und Erholung, auch Kleingärten, aber ohne Grünanlagen

69.23.ff Senator für Bau und Umwelt; Statistik Regional; bezogen auf die Bodenfläche, Stand 2000

Produktplan 71 - Wirtschaft -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Der Produktplan „Wirtschaft“ zählt zu den Bereichen, bei denen Aufgabenstellungen und Datenverfügbarkeit Kennzahlenvergleiche für die unmittelbaren Leistungen und die bei ihrer Erbringung entstehenden Kosten aus methodischen Gründen kaum zulassen. Im Mittelpunkt der Abbildungen stehen daher Kenngrößen, auf die die fachpolitischen Aktivitäten des Ressorts gerichtet sind. Unmittelbare Bezüge zum Mitteleinsatz, der in Relation zu den erreichten oder zu erreichenden regionalwirtschaftlichen Effekten und Entwicklungen zu betrachten wäre, sind dabei allerdings bremenintern nur bedingt und im Städtevergleich gar nicht herzustellen. Während die Investitionen - zumindest für Bremen - detailliert darstellbar und – aufgrund der vielfach durchgeführten regionalwirtschaftlichen Bewertungen – auch noch in relativ hohem Maße hinsichtlich ihre (unterstellten) Effekte einschätzbar sind, besteht im Bereich der sonstigen Wirtschaftsförderung – vor allem als Voraussetzung für entsprechende Städte- und Ländervergleiche – noch ein deutliches Informationsdefizit (vgl. Ausblick / Prüfauftrag).

Auf den Produktplan entfallen 0,6 % (6,5 Mio. €) der Personalausgaben des Landes und der Stadtgemeinde sowie 3,9 % (23,1 Mio. €) der sonstigen konsumtiven Ausgaben. Bei ressortbezogener Zuordnung der Maßnahmenanteile des Anschlussinvestitionsprogramms beträgt der Haushaltsanteil des Bereichs bei den Investitionsausgaben 34,5 % (240 Mio. €) und damit bei den Gesamtausgaben 8,2 %.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Der Schwerpunkt der Kennzahlenvergleiche liegt für den Produktplan „Wirtschaft“ im Städtebereich. Die amtliche Statistik liefert hier mit Auswertungen von Bund-Länder-Arbeitskreisen (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Erwerbstätigenrechnungen) und der Veröffentlichung „Statistik Regional“ relativ gute Grundlagen. Zu berücksichtigen ist, dass auch einige der „Zentralen Strukturkennzahlen“ (vgl. Abschnitt II) zugeordnete Indikatoren – insbesondere aus den Bereichen „Wirtschaftskraft“ und „Beschäftigung“ – mit vergleichbarer Berechtigung der Produktplan-Darstellung zuzuordnen gewesen wären.

Als weitere Quellen konnten Städtedaten zur Einzelhandelszentralität (Kempers City Profil) und - für Ländervergleiche - der Forschungsbericht der Bundesregierung sowie Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank (Direktinvestitionen) und des deutschen Patent- und Markenamtes einbezogen werden.

Die z. T. mangelnde Aktualität der Vergleichsbetrachtungen ist – bei weitgehender Verfügbarkeit der bremischen Werte – auf noch fehlende Daten der Länder und Städte bzw. deren in größeren Zeitabständen erfolgenden Erhebung zurückzuführen.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Ein besonderer Schwerpunkt der im Städtevergleich abbildbaren Kennzahlen, die im Mittelpunkt der politischen Zielsetzungen des Ressorts stehen, betrifft Ausgangslagen und Entwicklungen im bremischen Dienstleistungsgewerbe. Feststellbar ist hier zunächst, dass sowohl der Besatz mit Dienstleistungsarbeitsplätzen (pro Einwohner) als auch die Arbeitsplatzentwicklung des Sektors im aktuell auswertbaren Fünf-Jahres-Zeitraum (1998/2003) hinter dem Durchschnitt der Städte zurückbleiben. In differenzierterer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass im Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen“ zwar ein noch unterdurchschnittlicher Besatz, jedoch zugleich eine vergleichsweise hohe Entwicklungsdynamik zu verzeichnen ist. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ bewegt sich die Arbeitsplatzdichte der Stadt Bremen bereits in der Spitzengruppe aller Städte und ist von Rückgängen, die in nachhaltiger Weise z. B. auch in Stuttgart (1999/2003: - 4,9 %) und Hamburg (-3,8 %) verzeichnet wurden, praktisch verschont geblieben.

Die Städtevergleiche zeigen, dass im Dienstleistungsbereich unter Wirtschaftsförderungs-Aspekten noch erhebliche Nachholbedarfe und Entwicklungspotentiale bestehen, die eine weitere Schwerpunktsetzung in diesem Sektor rechtfertigen. Andererseits belegen aus dem Städtevergleich zu entnehmende, flankierende Kennzahlen, dass – mit entsprechenden Konse-

quenzen für die Arbeitsplatzentwicklung – im Handel, Gastgewerbe und insbesondere in der Logistik bereits spürbare Erfolge erzielt wurden, die auch stärkere Bezüge zur gezielten Förderung der Bereiche aufweisen dürften: Die Einzelhandel-Zentralität der Stadt Bremen liegt im Vorderfeld der deutschen Großstädte (Rang 5), während die Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben – noch ohne das für Bremen erfolgreiche Jahr 2004 – zwar noch deutlich zu gering ausfallen (Rang 9 vor den Ruhrgebietsstädten), jedoch nach Berlin, Köln und Hamburg inzwischen die höchste Dynamik (Fünf-Jahres-Vergleich) aufweisen. Zu gering fällt im Städtevergleich nach wie vor das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten und dessen Auslastung aus.

Bei der relativ schwachen Platzierung Bremens im Ranking der Gewerbeneugründungen (Rang 10) ist nach Einschätzung des Ressorts auch die Qualität der Gründungen zu berücksichtigen, die sich in ergänzenden Analysen und Städtevergleichen beispielsweise in positiven Ergebnissen für den regionalwirtschaftlich wichtigen Bereich der technologie-orientierten und –intensiven Gründungen niederschlägt. Zudem belegen – nur auf Länderebene verfügbare – Vergleichszahlen, die im Gegensatz zur Gewerbestatistik ausschließlich Existenzgründungen erfassen, am aktuellen Rand eine erhebliche Zunahme der bremischen Gründungszahlen.

Spitzenwerte im Städtevergleich erreicht in Bremen die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes (Rang 2 nach München) sowie die Gewerbeflächenausstattung der Stadt (pro Einwohner; Rang 2 nach Duisburg), die allerdings erst im Herbst mit aktuellen Vergleichsdaten (2004) fortgeschrieben werden kann und bei deren Interpretation die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der Städte – mit hohen Anteilen flächenintensiver Sektoren (Häfen, Logistik etc.) in Bremen – zu berücksichtigen ist.

Im Ländervergleich kann auf Kennzahlen zum FuE-Bereich zurückgegriffen werden, die besagen, dass der Beschäftigungsbesatz im Land Bremen zwar gut, das Niveau der FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors jedoch nur mittelmäßig ausfällt. Positiv fallen in Bremen die ausländischen Direktinvestitionen aus, relativ schwach hingegen – trotz expansiver öffentlicher Investitionen – die Anteile der Bruttoanlageinvestitionen am BIP (Rang 9; allerdings noch vor Hamburg).

Ausblick / Prüfauftrag

Eine besondere Schwierigkeit bei Bemühungen, die Aufgabenwahrnehmung des Produktplanes „Wirtschaft“ Städte- und/oder Ländervergleichen zu unterziehen, besteht darin, dass die für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen verausgabten Mittel des Ressorts hinsichtlich der Angemessenheit und Effizienz ihres Einsatzes nur bedingt zu bewerten und aufgrund unterschiedlicher Förderstrukturen und Organisationsformen nicht überregional zu vergleichen sind. Dennoch hat der Bereich zugesagt, im weiteren Verfahren unter Einbeziehung der Gesellschaften zu prüfen, in welchen Feldern der Wirtschaftsförderung eigene oder aus Erhebungen anderer Länder bzw. Städte zu entnehmende Vergleichsmöglichkeiten bestehen bzw. geschaffen werden können. In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, ob bestehende Vergleichsringe genutzt, Kennzahlenbeispiele abgeschlossener Vergleichsringe als Muster für eigene Vergleiche herangezogen oder Gutachten- bzw. Analyseaufträge in dieser Richtung vergeben werden können.

Eine erste Prüfung des Ressorts hat ergeben, dass aufgrund der sehr unterschiedlichen Konzeptionen der jeweiligen Wirtschaftsförderung sowie der regionalwirtschaftlichen Ausgangslage und der darauf gerichteten Entwicklungsstrategien hier nur begrenzte Möglichkeiten gesehen werden. Zu berücksichtigen ist auch, dass für entsprechende Auswertungen intensive Kooperationsbereitschaft der zu beteiligenden Einrichtungen in den Vergleichsstädten erforderlich wäre. Weitere Ergebnisse der in dieser Richtung zugesagten Überprüfungen werden im Rahmen der laufenden Benchmarking-Berichterstattung dargestellt. Ebenfalls in die weitere Bearbeitung aufgenommen werden Erweiterungsvorschläge des Ressorts zum Kennzahlenspektrum (Ergebnisse von Länder- und Städte-Rankings; Vergleiche aus dem Bericht 2005 des Technologiebeauftragten; ggf. Indikatoren aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zum Ranking von Arbeitsmarktregionen).

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
												Essen	Dortmund	Duisburg		
71.01.01	ha	2000	38,1	19,9	10,6	17,6	18,9	27,4	25,9	10,2	13,9	27,1	32,8	50,8	19,8	2
71.01.02	%	2000	0,0	0,8	.	-9,1	0,8	-2,8	3,2	-1,4	-3,7	-2,9	-3,5	0,7	17,1	5
71.02.01	je 1.000 EW	2003	463	494	375	668	799	607	536	598	580	407	392	300	489	8
71.02.02	je 1.000 EW	2003	189	174	102	224	259	174	185	162	152	130	130	118	153	3
71.02.03	je 1.000 EW	2003	104	149	95	235	341	182	159	208	208	122	106	62	150	10
71.02.04	je 1.000 EW	2003	170	171	178	209	199	252	193	229	220	156	157	120	186	9
71.03.01	%	2003	6,0	4,0	4,4	8,1	9,4	6,6	11,1	7,2	9,0	4,1	14,6	6,9	6,8	9
71.03.02	%	2003	-0,1	-3,8	-2,1	-2,0	2,6	-4,4	4,9	-2,1	-4,9	-4,0	3,6	2,5	-1,2	5
71.03.03	%	2003	29,6	20,7	14,0	24,9	18,4	16,6	24,9	11,8	25,4	18,9	29,6	27,9	19,1	1
71.03.04	%	2003	1,6	0,2	3,7	4,0	4,6	8,4	7,4	10,6	6,8	1,4	15,7	2,6	5,1	10
71.04.01	%	2003	76,6	83,2	84,0	84,1	87,0	83,3	83,5	80,2	74,9	80,4	82,9	72,0	82,1	10
71.04.02	%	2003	31,3	29,3	22,8	28,2	28,2	23,9	28,8	21,7	19,6	25,6	27,4	28,5	25,7	1
71.04.03	%	2003	17,2	25,0	21,3	29,6	37,2	24,9	24,7	27,9	26,8	24,1	22,3	14,8	25,2	11
71.04.04	%	2003	28,1	28,8	39,9	26,3	21,6	34,5	30,0	30,7	28,4	30,7	33,1	28,7	31,3	10

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Städte insges.	Rang Bremen*
													Essen	Dortmund	Duisburg		
71.05.01	Zentralitätskennziffer Einzelhandel		2004	123,3	116,2	103,5	127,5	114,0	141,6	125,4	128,1	123,3	108,8	96,0		5	
71.06.01	Übermachungen in Beherbergungsbetrieben	Anzahl je EW	2003	2,0	3,1	3,3	4,0	6,1	2,4	3,5	5,8	3,7	1,1	0,6	3,4	9	
71.06.02	Übermachungen in Beherbergungsbetrieben: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2003	12,0	19,9	37,0	-0,8	7,9	11,1	22,0	2,6	10,8	10,2	3,7	16,5	4	
71.07.01	Gästepetten in Beherbergungsbetrieben	je 1.000 EW	2003	13,6	17,6	20,3	28,9	39,4	21,1	24,2	32,7	24,7	9,4	5,1	21,2	9	
71.07.02	Gästepetten: durchschnittliche Auslastung letzten 5 Jahre	%	2003	40,8	46,7	46,9	41,5	44,9	34,7	43,2	51,4	41,6	43,3	34,0	45,2	9	
71.08.01	Gewerbeneuerichtungen	je 10.000 EW	2003	75,9	100,9	94,4	106,6	114,1	75,4	105,3	111,7	102,5	91,0	71,8	96,9	10	
71.10.01	Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	%	2003	53,5	14,8	24,8	41,7	44,7	39,5	35,2	59,6	51,1	21,9	33,8	35,9	2	

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Ländervergleich

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
71.09.02	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors	€/EW	363	339	522	893	707	617	404	280	335	90	122	449	508	441	6
71.09.03	Entwicklung der FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors in den letzten 2 Jahren	%	6,2	-22,8	25,2	8,9	14,8	1,3	14,9	1,1	-12,5	12,9	22,7	8,3	7,7	8,1	7
71.11.01	Ausländische Direktinvestitionen	€/EW	4,195	11,770	3,974	3,658	4,138	10,622	1,602	4,185	1,662	1,853	2,376	6,333	4,099	3,709	3
71.11.02	Ausländische Direktinvestitionen: Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr	%	11,7	23,8	15,3	7,2	8,6	11,7	11,9	0,9	-4,6	58,6	-6,6	19,6	6,3	7,8	5
71.12.01	Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP	%	15,7	15,4	16,8	16,9	19,4	15,2	19,9	16,2	21,2	21,4	19,2	16,1	17,8	18,6	9
71.13.01	Patentanmeldungen je Einwohner	je 10.000 EW	2,5	5,8	3,2	13,0	11,5	6,5	3,7	4,9	6,2	3,1	2,3	3,9	7,5	6,4	10
71.13.02	Entwicklung der Patentanmeldungen in den letzten 3 Jahren	%	-1,2	-18,3	-13,0	11,2	7,4	-17,4	-15,5	-14,9	1,1	-9,1	-4,9	-14,7	-1,2	-2,0	4

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 71.01. Statistik Regional; Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung (Bundesstatistik)
- 71.02. Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Statistik Regional;
- 71.03./71.04. Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder;
- 71.05. Quelle: Senator für Wirtschaft und Häfen; Die Zahl ergibt sich aus dem Verhältnis von Kaufkraftzufluss von außerhalb, Zentralität > 100 bedeutet, dass die Zuflüsse die Abflüsse übersteigen
- 71.06./71.07. Statistik Regional;
- 71.08. Statistik Regional; Gewerbenueerrichtung; Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes (Neugründung und Gründung nach dem Umwandlungsgesetz), incl. Kleinunternehmen (z.B. ICh-AGS oder Nebenwerbsbetriebe)
- 71.09. Bundesbericht Forschung/ Statistik Regional; interne FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors: alle zur Durchführung von FuE im Wirtschaftssektor verwendeten Mittel, unabhängig von ihrer Finanzierungsquelle
- 71.10. Statistik Regional; Exportquote; Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz
- 71.11. Deutsche Bundesbank; bezogen auf die Summe aus den mittelbaren und unmittelbaren Direktinvestitionen
- 71.12. Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder";
- 71.13. Deutsches Patent- und Markenamt, Jahresbericht 2004; Meldungen nach Anmeldersitz

Produktplan 81 - Häfen -

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Der Häfenbereich ist aufgrund seiner spezifischen Aufgabenstellungen im nationalen Städte- oder gar Ländervergleich hinsichtlich Kosten, Leistungen und Rahmenbedingungen praktisch nicht abzubilden. Ersatzweise kann – auf relativ guter Datenbasis, allerdings aufgrund stark unterschiedlicher Größenordnungen der Hafenstandorte auch mit eher begrenzter Aussagekraft – ein Vergleich mit Hafenstädten durchgeführt werden, die gemeinsam mit Bremen die so genannte „Nord-Range“ bilden (Hamburg, Rotterdam, Antwerpen).

Im Mittelpunkt der Bewertungen des Produktplans „Häfen“ können und müssen angesichts dieser Datenbasis, aber insbesondere auch aufgrund der übergeordneten Gesamtinteressen des Landes allerdings ohnehin weniger die für die übrigen Benchmarking-Ansätze vorrangigen Fragen des notwendigen bzw. vertretbaren Kosten- und Leistungsniveaus als vielmehr Betrachtungen dazu stehen, in welchem Umfang die von Bremen durch Ausgaben im Häfenbereich erbrachten Vorleistungen für den Bund und die übrigen Länder durch entsprechende Mitfinanzierungen und / oder Ausgleichszahlungen kompensiert werden. Den in anderen Produktplänen durch Benchmarking zu leistenden Beitrag zur Entwicklung fundierter Ressortziele und -strategien ersetzt im Bereich „Häfen“ weitgehend die Relation zwischen bremischem Mitteleinsatz sowie den daran geknüpften regionalwirtschaftlichen Effekten und Ausgleichszahlungen des Bundes und der Länder.

Aktuell (Eckwerte 2005) bindet der Produktplan „Häfen“ zwar nur 1,3 % (14 Mio. €) der Personalausgaben und ebenfalls 1,3 % (19 Mio. €) der sonstigen konsumtiven Ausgaben, jedoch – im Wesentlichen über Kapitaldienst für Vor- und Zwischenfinanzierungen – 8,2 % (57 Mio. €) des Investitionsvolumens der bremischen Haushalte.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Von der BM-Arbeitsgruppe wurden über das ausgewiesene Indikatoren-Set hinaus weitere Kennzahlen zur Bewertung der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung im Häfenbereich vorgeschlagen. Nach Einschätzung des Fachressorts sind diese, nicht der amtlichen Statistik zu entnehmenden Kenngrößen allerdings nicht mit Vergleichswerten zu messen (durchschnittliche Liegezeit; Kreuzfahrkapazitäten), nur mit hohem Arbeitsaufwand zu ermitteln (durchschnittlicher Wert pro Tonne über See eingegangener Ladung; hafenbezogene Arbeitsplätze) oder aufgrund unterschiedlicher Meldestandards nicht belastbar (Container-Umschlag pro ha Fläche; Loco-Quote).

Die Statistiken zum Container-Verkehr sind vielfach auf einzelne Terminals bezogen und dabei zudem kaum vergleichbar. Wenige vergleichbare Kapazitätsdaten liegen für den Flughafenbereich vor.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Im Vergleich mit den übrigen Häfen der „Nord-Range“ weisen die bremischen Häfen mit 67,1 % (2004) den höchsten Container-Anteil am Gesamtumschlag auf (Hamburg: 64,6 %). Pro Kaje-meter lag der Containerumschlag in Bremen (Stromkaje in Bremerhaven) im Vorjahr um knapp 12 % über dem Vergleichswert Hamburgs. Die Entwicklung des Containerverkehrs fiel im aktuell verfügbaren Fünf-Jahres-Zeitraum zwar deutlich weniger dynamisch als in Hamburg und Antwerpen aus, ist jedoch auch in hohem Maße durch Entwicklungsunterschiede nach Fahrtgebieten sowie durch Kapazitätsveränderungen im Kaje- und Flächenangebot geprägt. Der relativ hohe Umschlagsanteil des nicht-containerisierten Stückgutumschlags umfasst neben dem Automobilumschlag in Bremerhaven auch den Stückgutumschlag in Bremen-Stadt. Der unterproportional vertretene und wachsende Massengutumschlag, in erster Linie in Bremen-Stadt, ist von der Nachfrage weniger Großverbraucher (z. B. Stahlwerke) abhängig.

Mit einem Rückgang um 9,4 % wies Bremen in den vergangenen fünf Jahren die ungünstigste Entwicklung der Fluggastzahlen aller nationalen großstädtischen Verkehrsflughäfen auf. Ebenfalls deutliche Einbrüche, die in anderen Städten z. T. allerdings noch stärker ausfielen, mussten auch bei der Frachtmenge hingenommen werden. Es ist zu prüfen, ob es sich in beiden

Fällen um vorübergehende Rückgänge oder eine generelle Gefährdung der oberzentralen Funktionen des bremischen Flughafens handelt.

Ausblick / Prüfauftrag

Für den Häfenbereich sich Vergleichsbetrachtungen im Sinne eines Benchmarkings kaum durchführbar bzw. auswertbar. Auf jeden Fall sind zur Bewertung des Stellenwertes des Häfenbereichs – und damit auch des hierfür vertretbaren Mitteleinsatzes – jedoch aktualisierte Berechnungen und Betrachtungen zur Loco-Quote und zur Hafenabhängigkeit des Landes erforderlich, die allerdings nur mit gutachtlicher Unterstützung durchgeführt werden können. Noch wichtiger sind allerdings die vollständige Erfassung der von Bremen zu tragenden Hafenlasten, deren Aufrechnung mit den induzierten regionalwirtschaftlichen Effekten und die vom Senat geforderten Initiativen zur Mitfinanzierung der bremischen Hafenlasten durch die Profiteure der Vorleistungen in Bund und Ländern.

Situation und Entwicklungsperspektiven des Flughafens sind kurzfristig aufzuarbeiten.

Städtevergleich Häfen		Einheit	Jahr	Brem. Häfen	Hamburg	Berlin*	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln**	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte Essen Dortmund Duisburg	Städte insges.	Rang Bremen (4 Häfen)
81.01.01	Containerumschlag	Mio. t	2004	35,1	74,0	4,4	26,6	79,0	10,2	6,5	21,5	14,9	.	.	4
81.01.02	Containerumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	60,3	85,0	20,1	-4,2	11,4	3,0	39,0	26,0	14,7	.	.	3
81.01.03	Containerumschlag: Anteil am Gesamtumschlag	%	2004	67,1	64,6	8,5	99,1	2706,8	11,8	478,5	141,7	30,9	.	.	1
81.01.04	Containerumschlag je Kaienmeter	TEU/m	2004	1.144	1.022										
81.02.01	nicht-containerisiertes Stückgut	Mio. t	2004	7,6	2,7										3
81.02.02	nicht-containerisiertes Stückgut: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	46,2	-27,0										1
81.02.03	nicht-containerisiertes Stückgut: Anteil am Gesamtumschlag	%	2004	14,5	2,4										1
81.03.01	Massengutumschlag	Mio. t	2004	9,6	37,8		250,2	62,6							4
81.03.02	Massengutumschlag: Entwicklung in den letzten 5 Jahren	%	2004	7,9	1,3		14,2	13,2							3
81.03.03	Massengutumschlag: Anteil am Gesamtumschlag	%	2004	18,4	33,0		71,0	41,1							4

Städtevergleich Flughäfen		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin*	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln**	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte Essen Dortmund Duisburg	Städte insges.	Rang Bremen***
81.04.01	Flughäfen: Fluggäste	Anzahl je EW	2004	2,5	5,7	4,4	26,6	79,0	10,2	6,5	21,5	14,9	.	.	9
81.04.02	Flughäfen: Entwicklung der Fluggastzahlen in den letzten 5 Jahren	%	2004	-9,4	4,6	20,1	-4,2	11,4	3,0	39,0	26,0	14,7	.	.	9
81.05.01	Flughäfen: Frachtmenge	t je 1.000 EW	2004	37,7	14,1	8,5	99,1	2706,8	11,8	478,5	141,7	30,9	.	.	5
81.05.02	Flughäfen: Entwicklung der Frachtmengen in den letzten 5 Jahren	%	2004	-13,7	-31,0	-14,0	-8,6	22,6	-21,1	55,3	52,0	-75,5	.	.	5

* Summen der Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld

** Flughäfen Köln-Bonn

*** Städtedurchschnitt und Rang werden auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 81.01. Senator für Wirtschaft und Häfen
- 81.02. Senator für Wirtschaft und Häfen
- 81.03. Senator für Wirtschaft und Häfen
- 81.04.01 Senator für Wirtschaft und Häfen/ Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) / Statistik Regional; Fluggäste: Summe der Zu- und Aussteiger sowie Durchgang
- 81.04.02 Senator für Wirtschaft und Häfen/ Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV); Fluggäste: Summe der Zu- und Aussteiger sowie Durchgang
- 81.05.01 Senator für Wirtschaft und Häfen/ Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV); Frachtmenge: Summe der Ein- und Ausladungen sowie des Durchgangs (inkl. Trucking)
- 81.05.02 Senator für Wirtschaft und Häfen; Frachtmenge: Summe der Ein- und Ausladungen sowie des Durchgangs (inkl. Trucking)

Produktplan 91 – Finanzen / Personal –

Ressortbezogene Vorbemerkungen

Das Ausgabenvolumen des Produktplans 91 beträgt 115 Mio. € (Basis: Eckwerte 2005). Dieses macht einen Anteil von 3,5% an den Ausgaben insgesamt aus. Die Personalausgaben des Produktplans sind mit einem Volumen von rd. 95 Mio. € (einschließlich Ressortanteilen an Versorgungsbezügen und Beihilfe) veranschlagt.

Für die beiden Produktbereiche „Haushalt, Kredit und Vermögen“ sowie „Personal- und Verwaltungsmanagement“ lassen sich Leistungskennzahlen nur schwer bilden, da diese beiden Abteilungen des Produktplans vorrangig als Querschnittsressorts Leistungen für andere Ressorts erbringen. Im Bereich „Personal- und Verwaltungsmanagement“ wird im Rahmen eines Vergleichsringes zum Personalmanagement in Großstädten ein Benchmarking- Netzwerk aufgebaut, welches für 2003 erstmals belastbare Ergebnisse liefern kann. Für den Produktbereich „Steuern und Finanzpolitik“ lassen sich für die Aufgaben der Steuerverwaltung dagegen vielfältige Vergleiche auf Länderebene finden.

Datenverfügbarkeit und -nutzbarkeit

Im Produktbereich „Personal- und Verwaltungsmanagement“ liegen Daten auf kommunaler Ebene für das Personal in der öffentlichen Verwaltung vor. Aufgrund der vielfältigen Ausgliederungsstände der verschiedenen Länder und Kommunen kommt es in Vergleichen immer wieder zu sich widersprechenden Ergebnissen. Aus diesem Grund nimmt der Senator für Finanzen an einem Vergleichsring zum Personalmanagement in vergleichbaren Großstädten teil, in dem ein Hauptaugenmerk auf der Vergleichbarkeit der Personalbestände liegt.

Der Produktbereich „Steuern und Finanzpolitik“ verfügt über ein umfangreiches Kennzahlenspektrum auf Länderebene. Dies resultiert aus dem Versuch aller 16 Bundesländer, einheitliche Kennzahlen für die Steuerverwaltung zu entwickeln. Das Ressort weist ausdrücklich drauf hin, dass Ergebnisse aus den Stadtstaaten mit denen der Flächenländer nur eingeschränkt zu vergleichen sind.

Bewertung der Benchmarking-Ergebnisse

Personal- und Verwaltungsmanagement

Die für den Produktbereich vorliegenden Daten des Vergleichsringes zeigen, dass Bremen bei kommunalen Aufgaben im Vergleich zu den anderen Städten die geringste Zahl von Beschäftigten einsetzt. Bei der Ausbildungsquote im kommunalen Bereich liegt Bremen deutlich über den anderen Städten. Allerdings wird in den Vergleichsstädten zu einem höheren Anteil nach Bedarf ausgebildet.

Steuerverwaltung

Die Steuerverwaltung liegt beim Prüfungsturnus für Mittel- und Großbetriebe auch im Vergleich mit Flächenländern auf dem ersten Rang.

Für die Betriebsprüfungen wird im Stadtstaatenvergleich in Berlin ein niedriger und in Hamburg ein höherer Zeitaufwand benötigt. Bei der Zahl der Prüfungen pro Mitarbeiter fällt besonders der Wert von Baden- Württemberg auf. Mit 30,9 Prüfungen liegt der Wert deutlich über dem Durchschnitt aller Bundesländer. Dieser Wert sollte allerdings noch einmal methodisch überprüft werden. Der Bremer Wert (12,07) liegt im Stadtstaatenvergleich zwischen Hamburg (11,06) und Berlin (12,67).

Bei der Veranlagung natürlicher Personen liegt Bremen im Vergleich der Stadtstaaten sowohl in den Personalausgaben, als auch bei der zur Verfügung stehenden Zeit auf dem ersten Rang. Allerdings sind diese Werte bei den Stadtstaaten deutlich höher, als bei den Flächenländern. Besonders auffällig ist der hohe Bremer Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gehobenen Dienst bei der Veranlagung natürlicher Personen.

Die Ausgaben für Personal der Finanzämter pro 1000 Einwohner liegt in allen Stadtstaaten deutlich höher, als in den Flächenländern. Bremen liegt innerhalb der Stadtstaaten deutlich unter dem Berliner Wert und knapp über dem Hamburger Wert.

Ausblick / Prüfauftrag

Die Ergebnisse im Bereich Personal zeigen, dass sich vergleichende Aussagen zum Personaleinsatz mit Absprachen über Aufgabenbereiche und Ausgliederungsstände erzielen lassen. Um auch auf Länderebene und dort insbesondere unter den Stadtstaaten ähnliche Vergleiche erzielen zu können, wird zukünftig im Projekt Benchmarking der Stadtstaaten ein Schwerpunkt für den Personalbereich gelegt, in dem Bremen die Federführung hat.

Im Bereich der Steuerverwaltung wird vom Ressort darauf hingewiesen, dass sowohl beim Anteil von Kräften des gehobenen Dienstes, als bei der Betriebsprüfung durch Altersabgänge umfangreiche Veränderungen stattfinden werden.

Um die Problematik des Vergleichs von Steuerverwaltungen der Flächenländer mit denen aus Stadtstaaten zukünftig zu umgehen, sollte auch im Bereich der Steuerverwaltung in einem Benchmarking der Stadtstaaten noch einmal vertiefende Untersuchungen durchgeführt werden.

Benchmarking

Produktplan 91: Finanzen/ Personal

Stand: 25.08.2005

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hannover	Köln	München	Stuttgart	Ruhrgebietsstädte			Minimum	Maximum	Städte insges.
													Essen	Dortmund	Duisburg			
91.01.01	Beschäftigte im kommunalen Bereich je 1.000 EW	Anzahl	2003	9,4			x			x		x		x	9,4	14,4	12,4	
91.01.02	Ausbildungsquote im kommunalen Bereich	%	2003	6,3			x			x		x		x	2,4	6,3	3,9	

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Städtedaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. sechs Städte vorliegen

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen	Hamburg	Berlin	Baden-Württemberg	Bayern	Hessen	Niedersachsen	Nordrh.-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Schleswig-Holstein	Stadtstaaten	Flächenländer (West)	Bundesgebiet insgesamt	Rang Land Bremen*
91.02.02	Prüfungsturnus Mittelbetriebe	Jahre	2003	8,8	11,5	10,5	10,5	13,5	11,8	16,4	16,4	9,7	15,4	14,7	.	.	11	
91.03.01	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: geprüfte Betriebe	%	2004	2,1	1,5	2,4	1,9	1,3	1,4	2,1	2,3	2,5	1,4	1,5	.	.	4	
91.04.01	Veranlagung natürlicher Personen: Personalausgaben je Steuerpflichtiger	€	2004	65	67	71	40	47	67	45	.	58	54	48	.	.	4	
91.04.02	Veranlagung natürlicher Personen: Zur Verfügung stehende Zeit je Steuerpflichtiger	h	2004	2,7	2,8	3,0	2,0	1,9	2,1	2,1	.	2,2	2,3	2,1	.	.	3	
91.04.03	Veranlagung natürlicher Personen: Quote gehobener Dienst zu mittlerer Dienst		2004	48 / 52	.	39 / 61	.	33 / 67	29 / 71	22 / 78	.	8,5 / 71,5	8,5 / 71,5	36 / 64	.	.	.	
91.05.01	Betriebsprüfung: Personalausgaben je geprüfter Betrieb	€	2004	3.317	3.617	3.142	1.201	2.899	5.177	4.311	.	2.173	2.810	1.865	.	.	4	
91.05.02	Betriebsprüfung: Zur Verfügung stehende Zeit pro Prüfung	h	2004	137,2	149,6	124,5	54,8	114,6	132,9	106,1	121,2	82,8	117,3	123,4	.	.	2	
91.05.03	Betriebsprüfung: Prüfungen je Mitarbeiter	Anzahl	2004	12,07	11,06	12,67	30,94	14,85	12,94	15,76	13,79	19,82	13,83	20,20	.	.	10	
91.05.04	Betriebsprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	%	2004	6,51	3,60	4,33	2,79	3,58	3,16	6,52	0,00	5,42	10,56	6,42	.	.	3	
91.06.01	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: Prüfungen je Mitarbeiter	Anzahl	2004	33,11	38,53	46,66	48,99	53,83	33,83	55,02	44,57	49,73	45,90	42,93	.	.	11	
91.07.01	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	%	2004	2,85	2,72	3,77	4,50	2,24	5,24	7,53	.	8,79	4,44	7,01	.	.	8	
91.08.01	Arbeitnehmerveranlagung: Durchschnittliche Erledigungsquote im Kalenderjahr	%	2004	98,6	88,7	101,5	93,8	92,0	101,5	94,7	93,8	100,3	97,0	96,4	.	.	4	
91.09.01	Ausgaben für Personal der Finanzämter pro 1.000 Einwohner	€	2004	64.516	63.940	71.026	41.241	46.854	51.352	47.922	.	55.648	48.126	46.982	.	.	2	
91.10.01	Ausgaben für Steuer- und Finanzverwaltung je EW	€	2002	75,7	133,7	103,2	95,6	100,7	105,3	96,5	100,8	108,8	96,7	92,9	109,2	99,9	102,0	11

* Der Rang wird auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten berechnet; die Darstellung erfolgt, wenn Daten für mind. fünf Länder vorliegen

Quelle/ Anmerkungen:

- 91.01. Senator für Finanzen; Ergebnisse des Vergleichsringes Personal in Großstädten. Die teilnehmenden Städte sind durch ein Kreuz gekennzeichnet.
- 91.02. Senator für Finanzen;
- 91.03. Senator für Finanzen; die Empfehlung der FMK beträgt 2,0%
- 91.04. ff. Senator für Finanzen;
- 91.10. Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 3.1, Statistik Regional; Bereinigte Ausgaben

IV. Benchmarking der Stadt Bremerhaven

Benchmarking-Aktivitäten der Stadt Bremerhaven

Mit der Institutionalisierung des Aufgabengebiets „Benchmarking“ Anfang 2004 strebt der Magistrat der Stadt Bremerhaven an, die auf dezentraler Ebene bereits seit einigen Jahren vorhandenen Vergleichsaktivitäten in ein strategisches Gesamtkonzept zu integrieren und mit der Ansiedlung der Stelle an zentraler Position (Magistratskanzlei) die Koordinierung und Transparenz der Informationen zu gewährleisten.

Die Aufgabenschwerpunkte lassen sich wie folgt skizzieren:

- Vergleichsarbeit und Informationsaustausch mit sogen. Benchmark-Städten,
- Koordinierung der Arbeit der Vergleichsringe und Herstellung von Ergebnistransparenz,
- Mitwirkung bei der Vergleichsarbeit von zentralem Stellenwert („NAX“, Arbeitsgruppe „Benchmarking“ Bremen).

Zusammenarbeit mit Benchmark-Städten

Die Stadt Bremerhaven hat einen festen Stamm von sogen. Benchmark-Städten aufgebaut. Mit einer Zahl von elf Städten ist eine effektive Bearbeitung von Fragestellungen gewährleistet, die zugleich für hinreichend repräsentativ gehalten wird. Bei der Auswahl der Vergleichsstädte waren zwei Kriterien von Bedeutung:

- Städte mit ähnlichen Bevölkerungszahlen wie Bremerhaven, die – über das Bundesgebiet verteilt – zentralörtliche Funktionen erfüllen (Bottrop, Darmstadt, Gera, Heilbronn, Oldenburg, Osnabrück, Offenbach am Main, Regensburg, Wolfsburg) bzw.
- Küstenstädte, die aufgrund ihrer Küstenrandlage für Bremerhaven-Vergleiche von Bedeutung sind, wobei die Bevölkerungszahl nachrangig ist (Rostock, Wilhelmshaven).

Es konnten mittlerweile vielfältige Erhebungen vorgenommen und analysiert werden, deren Ergebnisse auch zu organisatorischen Veränderungen bei Bremerhavener Dienststellen führten. Die Vergleichsarbeit hat sich zwischenzeitlich vor allem deshalb etabliert, weil es sich sowohl in Bremerhaven als auch zumeist bei den anderen Städten um feste Ansprechpartner handelt, so dass Bearbeitungswege erheblich verkürzt sind und ein hohes Maß an Ergebnisverantwortung gewährleistet ist. Für die gute Zusammenarbeit hat es sich zudem als wichtig und hilfreich erwiesen, dass die Benchmark-Städte in der Ergebnispräsentation stets anonym bleiben und dass diese Übersichten den Beteiligten nach Abschluss der Abfragen auch zur Verfügung gestellt werden.

Bislang bezogen sich die Städteabfragen nahezu ausschließlich um punktuell auftauchende Fragestellungen, die überwiegend von dezentraler Bedeutung waren. Es ist daher beabsichtigt, allmählich die Analyse zentral bedeutsamer Kennzahlen stärker in den Vordergrund zu stellen und somit strukturelle Schwächen und Stärken Bremerhavens in dieser Vergleichsarbeit intensiver zu beleuchten. Die Mitarbeit in der AG „Benchmarking“ und insbesondere die Unterstützung des Statistischen Landesamtes werden hierfür als sehr hilfreich angesehen.

Arbeit in Vergleichsringen

Einige Ämter der Bremerhavener Verwaltung haben sich bereits frühzeitig dem Vergleich und dem Wettbewerb mit anderen Städten gestellt, und zwar seitdem kompetente Anbieter, wie z. B. die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), die sogen. Vergleichsringe moderieren. Da es für den Magistrat von großem Interesse ist, in methodisch festgelegten und nachvollziehbaren Verfahren von den Erfahrungen anderer Städte zu profitieren, wird daher nahezu jede Gelegenheit genutzt, an den Vergleichsringen mitzuwirken, sofern sie nicht wegen räumlicher oder Größenklassenbeschränkungen ausgeschlossen ist.

Im Einzelnen ist die Stadt Bremerhaven momentan in folgenden Vergleichsringen vertreten:

- Vergleichsring *Öffentliche Bibliotheken* („BIX“) der Bertelsmann Stiftung (seit Oktober 1999), dessen nächste Auswertung für Bremerhaven von erheblicher Bedeutung ist, da hier mit dem Umzug der Hauptstelle an einen attraktiveren Standort bei gleichzeitiger Erweiterung des

Nutzungsangebots entsprechende Effekte gemessen werden können;

- Vergleichsring *Gebäudewirtschaft* der KGSt (seit Februar 2001), der sich bereits in der vierten Projektphase befindet und für die Aufgabenwahrnehmung des städtischen Wirtschaftsbetriebes „Seestadt Immobilien“ zu einer wichtigen Handlungshilfe geworden ist;
- Vergleichsring *Berufsfeuerwehr* der KGSt (seit Oktober 2002), der neben den Themenschwerpunkten Brandschutz, Rettungsdienst, Personal und Vorbeugender Brandschutz aktuell den Aufwand für den Einsatz der verschiedenen Rettungsfahrzeuge erhoben hat;
- Kennzahlenvergleich im Bereich der *Hilfe zum Lebensunterhalt* der Fa. con_sens (seit Anfang 2000), in dem eine weitere Teilnahme Bremerhavens wegen der Folgen aus den Änderungen in der Sozialgesetzgebung derzeit offen ist.

Mit der Schaffung einer zentralen Benchmarking-Kompetenz ist es zwischenzeitlich gelungen, die Ergebnisse der Vergleichsring-Arbeit für die Verwaltungsspitze transparenter zu machen. Wenngleich die Bedeutung der Vergleichsringe weiterhin dezentral geprägt sein wird, kommt ihre gesamtstrategische Komponente allmählich deutlicher zur Geltung und soll zukünftig noch weiter verstärkt werden.

Nachhaltigkeitsindex („NAX“)

Mit der Teilnahme am Projekt „Ermittlung des Nachhaltigkeitsindex (NAX)“ der KGSt und der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWent“ nutzt die Stadt Bremerhaven die Möglichkeit, den komplexen Begriff der Nachhaltigkeit anhand von Indikatoren aus den Bereichen Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft in der Öffentlichkeit konkret und greifbar zu machen. Dabei werden die Daten für die Kennzahlen der einzelnen Handlungsfelder einmal jährlich internet-gestützt erhoben bzw. erfasst. Für jede Kennzahl wird ein festgelegter Orientierungswert mit dem eingegebenen Ist-Wert verglichen, so dass das Ergebnis der Kommune den Grad der Zielerreichung anzeigt. Die Kennzahlen werden für jedes Handlungsfeld gewichtet und zu einem Gesamtindikator je Handlungsfeld verknüpft.

Dieses noch im Anfangsstadium befindliche Projekt bildet die Gelegenheit, Kennzahlen von übergeordneter Bedeutung an zentraler Stelle zu verarbeiten und zu analysieren. Politik und Verwaltungsspitze eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, entsprechende Ergebnisse in ihre Planungen/Entscheidungen einfließen zu lassen, sofern eine Prioritätenbildung derartige Schwerpunktsetzungen anbietet.

Arbeitsgruppe „Benchmarking“

Die Teilnahme Bremerhavens an der AG „Benchmarking“ spiegelt sich in deren Abschlussbericht grundsätzlich nicht wieder. Dies entspricht der Beschlussfassung des Senats und dem Wunsch Bremerhavens, da eine Ergänzung um Bremerhavener Kennzahlen aus vielerlei Gründen nicht aussagekräftig ist.

Gleichzeitig hat sich durch die Mitwirkung für Bremerhaven nach Auffassung aller Beteiligten die Möglichkeit eröffnet, die methodische Entwicklung der in dem Bericht dargestellten Kennzahlen zu beobachten und die Gründe für bremische Schwerpunktsetzungen und Verfahrensweisen nachzuvollziehen. Es ist beabsichtigt, dass Bremerhaven nach Herausgabe des Arbeitsgruppen-Berichts nunmehr die Kennzahlen, die kommunalen Charakter haben, selektiert und eine Datenerhebung für Bremerhaven prüft bzw. vorantreibt.

Es ist denkbar, dass dieser Datenbestand nicht nur einem – wohl nur in Teilen zulässigen – Vergleich Bremen - Bremerhaven übermittelt wird, der von der Arbeitsgruppe bewertet werden könnte. Vornehmlich jedoch verfolgt Bremerhaven das Ziel, eine Datenerhebung und -analyse mit seinen Benchmark-Städten zu initiieren. Es liegt nahe, hierfür auch die Ressourcen des Statistischen Landesamts Bremen, z. B. über eine Datenbank-gestützte Lösung, zu nutzen.

V. Anlagen

Produktplan 11 – Justiz

Kennziffern zum Bereich „Gerichte“:

- Eingänge in **Familiensachen** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Die höchsten Verfahrenseingänge werden für das Saarland (947) und Nordrhein-Westfalen (831) abgebildet. Bremen liegt mit 762 Verfahren an 5. Stelle, gefolgt von Niedersachsen mit 757 Verfahren. Für die alten Bundesländer stellt sich ein gewisses Nord-Süd-Gefälle dar mit erheblich weniger Verfahrenseingängen in Bayern (593) und Baden-Württemberg (594). Durchschnittlich noch geringere Eingangszahlen (577) werden für die neuen Bundesländer ausgewiesen.
- Eingänge in **Zivilsachen** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Die Stadtstaaten weisen mit durchschnittlich 3.059 Eingängen je 100 Tsd. Einwohner eine erheblich größere Verfahrensbelastung aus als die Flächenländer (West: 1.745, neue Länder: 1.631). Im Vergleich zu Hamburg (2.807) und Berlin (3.394) verzeichnet Bremen (2.012) die geringsten Eingangszahlen und liegt damit noch hinter dem eingangsstärksten Flächenland Nordrhein-Westfalen (2.062).
- Eingänge in **Strafsachen** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Die Verfahrenseingänge in den Stadtstaaten liegen mit durchschnittlich 1.681 Verfahren erheblich über den Verfahrenseingängen in den Flächenländern (West: 985, neue Länder: 1.210). Unter den Stadtstaaten nimmt Bremen (1.613) den zweiten Platz ein (HH: 1.424, BE: 1.826).
- Eingänge in **Mahnsachen** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Die mit Abstand meisten Verfahren weist Hamburg (37.354) aus, während Bremen (8.841) lediglich an achter Stelle unter den Bundesländern (West) rangiert. Für die Durchführung des Mahnverfahrens ist ausschließlich das Amtsgericht zuständig, bei dem der Antragsteller seinen allgemeinen Gerichtsstand (Wohnsitz, Firmensitz) hat, d.h. die Verfahren dürften sich dort häufen, wo bspw. Firmen des Versandhandels oder andere Unternehmen mit vielen überregionalen Kundenkontakten ihren Sitz haben.
- **Vollstreckungssachen** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner:
Mahn-Sachen (u.a. Forderungspfändungen):
Berlin (5.637) nimmt einen Spitzenplatz unter den Bundesländern (West) ein, gefolgt von Bremen (4.471) an zweiter Stelle. Hamburg rangiert mit 4.232 Verfahren erst an 6. Stelle.
Zwangsvollstreckungs- u. sonstige Aufträge der Gerichtsvollzieher:
Die Stadtstaaten weisen im Durchschnitt mehr Aufträge aus als die Flächenländer (Stadtstaaten: 12.937, Flächenländer (West): 10.848, neue Länder: 9.857). Bremen liegt mit 11.296 Aufträgen unter dem Niveau der übrigen Stadtstaaten und rangiert an 4. Stelle hinter Baden-Württemberg (11.627).
Abgenommene eidesstattliche Versicherungen:
Bremen nimmt den Spitzenplatz unter den Bundesländern ein (1.648), gefolgt vom Saarland (1.571) und Berlin (1.424).
Anträge auf Erzwingungshaft zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung:
Die Stadtstaaten verzeichnen die höchsten Verfahrenseingänge. Bremen liegt mit 994 Verfahren an 3. Stelle.

Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen:

Bremen liegt unter den Bundesländern (West) mit 182 Verfahren an zweiter Stelle hinter Berlin (214). Durchschnittlich noch höhere Verfahrenszahlen verzeichnen die neuen Bundesländer (238).

- **Insolvenzverfahren** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Unter den Bundesländern (West) verzeichnet Bremen die mit Abstand höchsten Verfahrenszahlen bei den Verbraucherinsolvenzen (151 Verfahren, nächstplatziert: Saarland: 91 Verfahren). Bei den Regelinsolvenzverfahren liegt Bremen (173) hinter Schleswig-Holstein (209) und Berlin (195) an dritter Stelle.
- **Laufende Betreuungen** bei den Amtsgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Die meisten Betreuungen je 100 Tsd. Einwohner werden für das Saarland (1.821) und Berlin (1.671) abgebildet. Bremen (1.134) und Hamburg (1.099) weisen vergleichsweise geringe Zahlen aus, die nur noch durch Baden-Württemberg (453) unterboten werden.
- **Erstinstanzliche Zivilverfahren** bei den Landgerichten je 100 Tsd. Einwohner: Bremen (547 Verfahren) rangiert an 4. Stelle hinter den Stadtstaaten Hamburg (994) und Berlin (732) und nach Hessen (607).
- **Verwaltungsgerichtsverfahren** je 100 Tsd. Einwohner: Die höchsten Verfahrenszahlen verzeichnen Berlin (868) und Hamburg (653). Bremen liegt mit 396 Verfahren an 5. Stelle.
- **Finanzgerichtsverfahren** je 100 Tsd. Einwohner: Die meisten Verfahren verzeichnet Niedersachsen (155), gefolgt von den Stadtstaaten Berlin (154), Hamburg (147) und Bremen (140).
- **Sozialgerichtsverfahren** je 100 Tsd. Einwohner: Unter den Bundesländern (West) rangiert Bremen mit 321 Verfahren im Mittelfeld.
- **Arbeitsgerichtsverfahren** je 100 Tsd. Einwohner: Die meisten Verfahren verzeichnet Hessen (1.287), gefolgt von den Stadtstaaten Berlin (1.228), Bremen (956) und Hamburg (924).

Produktplan 24

Erläuterungen zu den Ergebnissen des Benchmarking

Datengrundlage sind Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik und darauf basierende eigene Weiterberechnungen sowie grafische Darstellungen.

24.01.01 Studierende je 1.000 Einwohner

Definitionen:

- **Studierende:** Studierende sind die in einem Fachstudium immatrikulierten (eingeschriebenen) Personen - ohne Beurlaubte, Teilnehmer an Studienkollegs und Gasthörer.
- **Einwohner:** Zugrunde gelegt sind die Jahresdurchschnittszahlen aus: Quelle: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder, Ausgaben 2004ff..

Erläuterung: Mit dieser Kennziffer wird im Vergleich mit den IFO-Städten beschrieben, wie hoch der Anwerbeerfolg der bremischen Hochschulen bezogen auf 1.000 Einwohner sich darstellt.

24.02.01 Versorgungsquote für auswärtige Studierende

Definitionen:

- **Studierende:** Studierende sind die in einem Fachstudium immatrikulierten (eingeschriebenen) Personen - ohne Beurlaubte, Teilnehmer an Studienkollegs und Gasthörer. In der Quote sind Studierende im Bundesgebiet mit in der Stadt/dem Stadtstaat erworbener Hochschulzugangsberechtigung erfasst. Sie stellt die Differenz zu Eigennutzungsquote dar.
- Die **Eigennutzungsquote** gibt an, wie hoch der Anteil der Bremer Studierenden wäre, wenn alle Studierenden mit in Bremen erworbener Hochschulzugangsberechtigung (HZB) an den bremischen Hochschulen eingeschrieben wären.

Erläuterung: Die Versorgungsquote für auswärtige Studierende beschreibt die Anzahl der Studierenden in der Stadt, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb der Stadt erworben haben. Damit werden die zusätzliche Potentiale für Hochqualifizierte für die Region gemessen, die zudem mögliche Einwohner für Bremen sind. Sie ist zugleich Ausdruck der oberzentralen Versorgungsfunktion des Hochschulbereichs.

24.03.01 Absolventenquote

Definitionen:

- **Absolventen:** Als Absolventen gelten die Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung. Berücksichtigt werden nur die erfolgreichen Prüfungsteilnehmer eines Erststudiums. Zum Erststudium zählt auch das Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote nach einer erfolgreich abgelegten Prüfung im Freiversuch. Nicht berücksichtigt werden erfolgreiche Prüfungen, die im Rahmen eines Zweit-, Ergänzungs- und Aufbaustudiums abgelegt werden.
- **Studierende im 1. Hochschulsemester:** Studienanfänger im 1. Hochschulsemester (Erstimmatrikulierte) sind Studierende, die sich im betrachteten Semester erstmals an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben haben.

Erläuterung: Bei der Absolventenquote werden die jeweils aktuellen Absolventendaten eines Jahres den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulsemester vor 5 Jahren (bei Universitäten und Kunsthochschulen) bzw. vor 4 Jahren (bei Fachhochschulen) bezogen auf ein Jahr gegenübergestellt. Die Wahl der Zeiträume geht zurück auf die Berechnungsmethode des Wissenschaftsrates zur Ermittlung der räumlichen Auslastung der Hochschulen in direkter Abhängigkeit von den Studienanfängerzahlen. Sie findet sich in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum jeweiligen Rahmenplan (WR, Empfehlungen zum 31. Rahmenplan, Seite 14).

24.03.02 Absolventen je Professor/in

Definitionen:

- **Absolventen:** Als Absolventen gelten die Prüfungskandidaten mit bestandener Abschlussprüfung. Berücksichtigt werden nur die erfolgreiche Prüfungsteilnehmer eines Erststudiums. Zum Erststudium zählt auch das Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote nach einer erfolgreich abgelegten Prüfung im Freiversuch. Nicht berücksichtigt werden erfolgreiche Prüfungen, die im Rahmen eines Zweit-, Ergänzungs- und Aufbaustudiums abgelegt werden.
- **Professor/in:** Erfasst sind alle Professoren der Besoldungsgruppen C 4 bis C 2 ausgedrückt in Stellen bzw. in Stellenäquivalente gem. Stellenplan oder bei Personalbudgets äquivalent umgerechnet einschließlich Stellen oder Mittel aus Überlast- und Hochschulsonderprogrammen mit dem Erhebungsstichtag 1. Dezember.

Erläuterung: Mit dieser Kennziffer wird im Vergleich mit den IFO-Städten dargestellt, wie sich der quantitative Ausbildungserfolg der bremischen Hochschulen bezogen auf die Professorenstelle abbildet.

24.04.01 Grundmittel je Einwohner

Definitionen:

- **Grundmittel:** Bei den laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Sie werden in der Hochschulfinanzstatistik ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinahmen abgezogen werden. Die laufenden Grundmittel enthalten keine Investitionsausgaben und keine Zusetzungen für die Altersversorgung und Krankenbehandlung des verbeamteten Personals. Durch die unterschiedlichen Wertgrenzen für Investitionen (zwischen ca. 400 und 5.000 €) ergeben sich bei länderübergreifenden Vergleichen allerdings leichte Unschärfen.
- **Einwohner:** Zugrunde gelegt sind die Jahresdurchschnittszahlen aus: Quelle: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder, Ausgaben 2004ff..

Erläuterung: Mit dieser Kennziffer wird verdeutlicht, wieviel originäre Landesmittel das Land Bremen als Hochschulträger je Einwohner bezogen auf die sogen. IFO-Vergleichsstädte pro Jahr ausgibt. Damit ist der monetäre Input abgebildet.

24.05.01 Drittmittel je Professor/in

Definitionen:

- **Drittmittel:** Drittmittel sind solche Mittel, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Drittmittel könne der Hochschule selbst, einer ihrer Einrichtungen (z. B. Fakultäten, Fachbereichen, Instituten) oder einzelnen Wissenschaftlern im Hauptamt zur Verfügung gestellt werden. Nicht zu den Drittmitteln zählen z. B. Mittel aus Zentral- und Fremdkapiteln des Trägerlandes, Mittel nach dem Überlastprogramm oder Mittel der rechtlich selbständigen Institute an Hochschulen. Zu beachten ist, dass die Regelungen zur Abwicklung von Drittmittelprojekten (z. B. die Einstellung in den Haushalt, Verwahr- oder Sonderkonten) in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich sind und dass bis 1991 in der Hochschulfinanzstatistik nur Drittmittel erfasst wurden, die in die Haushalte einbezogen wurden.
- **Professor/in:** Erfasst sind alle Professoren der Besoldungsgruppen C 4 bis C 2 ausgedrückt in Stellen bzw. in Stellenäquivalente gem. Stellenplan oder bei Personalbudgets äquivalent umgerechnet einschließlich Stellen oder Mittel aus Überlast- und Hochschulsonderprogrammen mit dem Erhebungsstichtag 1. Dezember.

Erläuterung: Mit dieser Kennziffer wird im Vergleich mit den IFO-Städten der Drittmittelerfolg der bremischen Hochschulen bezogen auf die Professoren-Stellen beschrieben. Sie ist Gradmesser des Forschungserfolgs

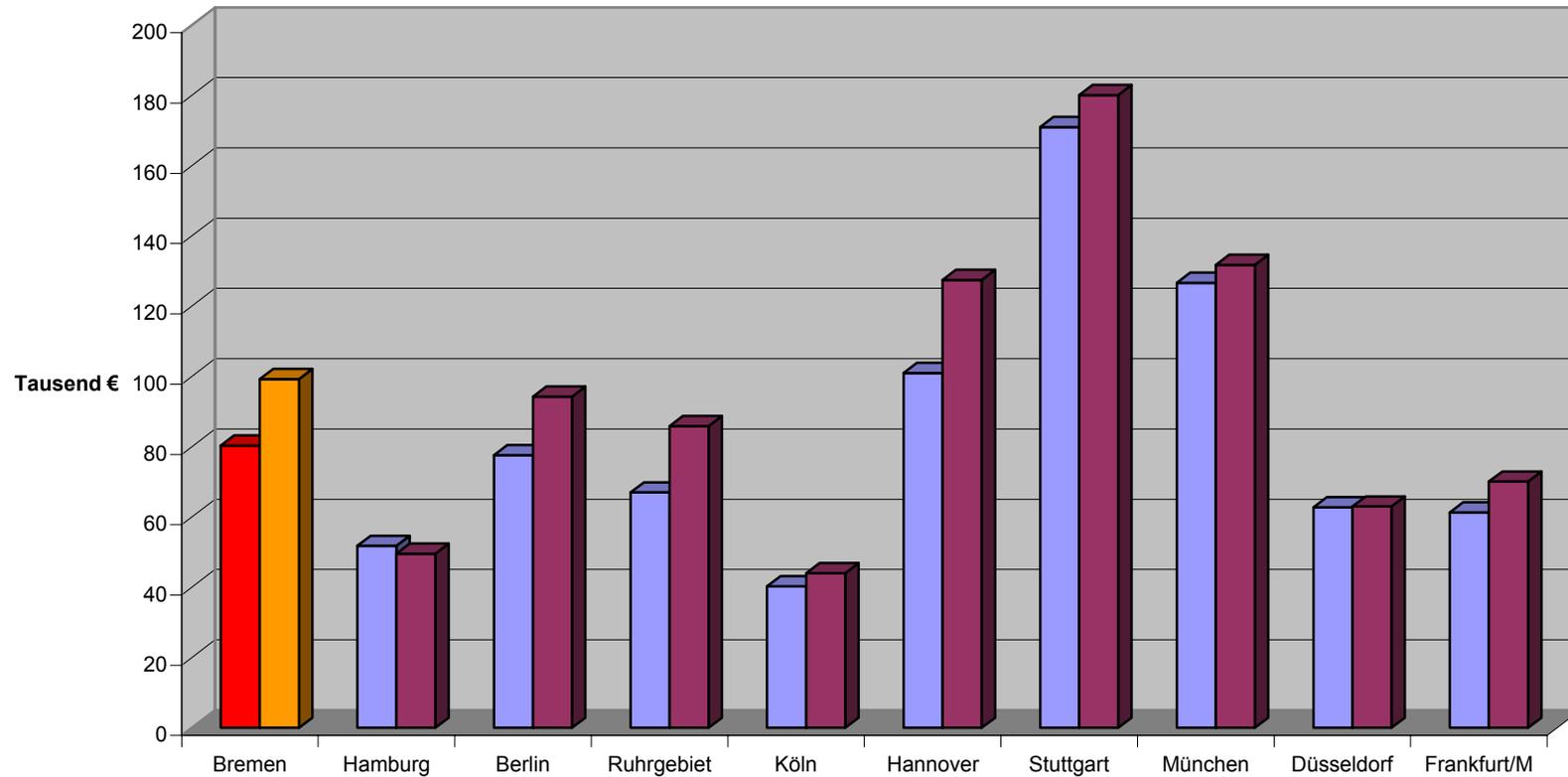
24.06.01 Drittmittel je Grundmittel

Definitionen:

- **Grundmittel:** Bei den laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Sie werden in der Hochschulfinanzstatistik ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinnahmen abgezogen werden. Die laufenden Grundmittel enthalten keine Investitionsausgaben und keine Zusetzungen für die Altersversorgung und Krankenbehandlung des verbeamteten Personals. Durch die unterschiedlichen Wertgrenzen für Investitionen (zwischen ca. 400 und 5.000 €) ergeben sich bei länderübergreifenden Vergleichen allerdings leichte Unschärfen.
- **Drittmittel:** Drittmittel sind solche Mittel, die zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Drittmittel könne der Hochschule selbst, einer ihrer Einrichtungen (z. b. Fakultäten, Fachbereichen, Instituten) oder einzelnen Wissenschaftlern im Hauptamt zur Verfügung gestellt werden. Nicht zu den Drittmitteln zählen z. b. Mittel aus Zentral- und Fremdkapiteln des Trägerlandes, Mittel nach dem Überlastprogramm oder Mittel der rechtlich selbständigen Institute an Hochschulen. Zu beachten ist, dass die Regelungen zur Abwicklung von Drittmittelprojekten (z. B. die Einstellung in den Haushalt, Verwahr- oder Sonderkonten) in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich sind und dass bis 1991 in der Hochschulfinanzstatistik nur Drittmittel erfasst wurden, die in die Haushalte einbezogen wurden.

Erläuterung: Mit der Kennziffer Drittmittel je Grundmittel wird der Ressourceneinsatz des Landes dem erzielten Erfolg in Form der eingeworbenen Drittmittel gegenübergestellt. Der Vorteil dieses Indikators gegenüber dem Indikator Drittmittel je Professor ist nach meiner Auffassung, dass die verzerrende Struktureffekte (Anteil der Fachhochschulen mit geringeren Drittmitteln, unterschiedliche Fächerstruktur in die Universität) nicht so stark zu Buche schlagen. Sie drückt aus, mit wieviel Erfolg die Hochschulen zusätzlich zu den Landesmitteln Geld nach Bremen geholt haben. Damit können zusätzliche Arbeitsplätze mit entsprechendem Einkommen finanziert werden, die wiederum im ökonomischen Prozess induzierte Arbeitsplätze und Einkommen bewirken.

Drittmittel der Hochschulen je Professor

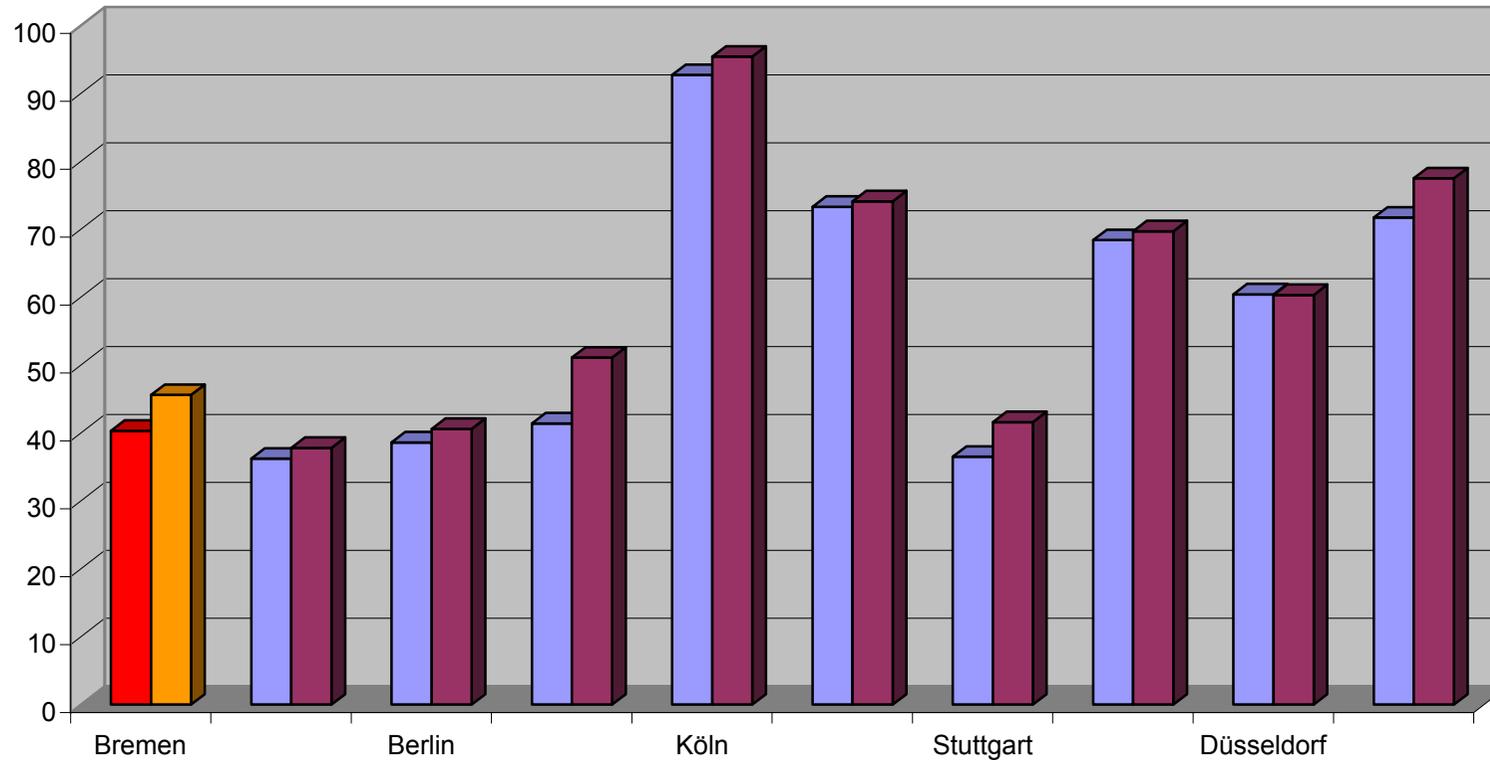


Quelle:
 Statistisches Bundesamt,
 Hochschulstatistik
 Wintersemester 2000/01
 bzw. 2002/03 mit Medizin

Ruhrgebiet: Dortmund, Essen,
 Duisburg

■ 2000 ■ 2002

Studierende je 1000 Einwohner

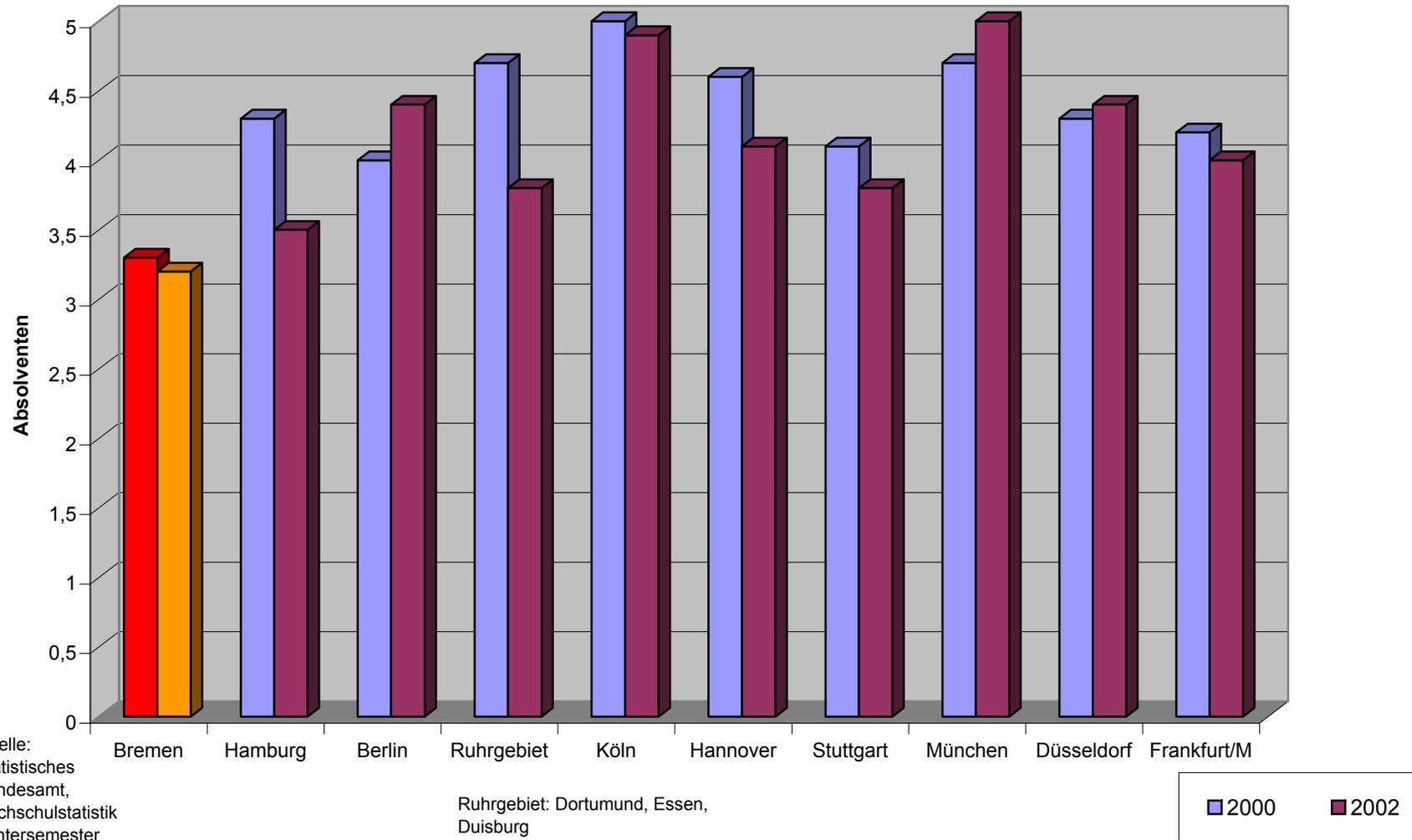


Quelle:
Statistisches Bundesamt,
Hochschulstatistik
Wintersemester 2000/01
bzw. 2002/03
inkl. Medizin

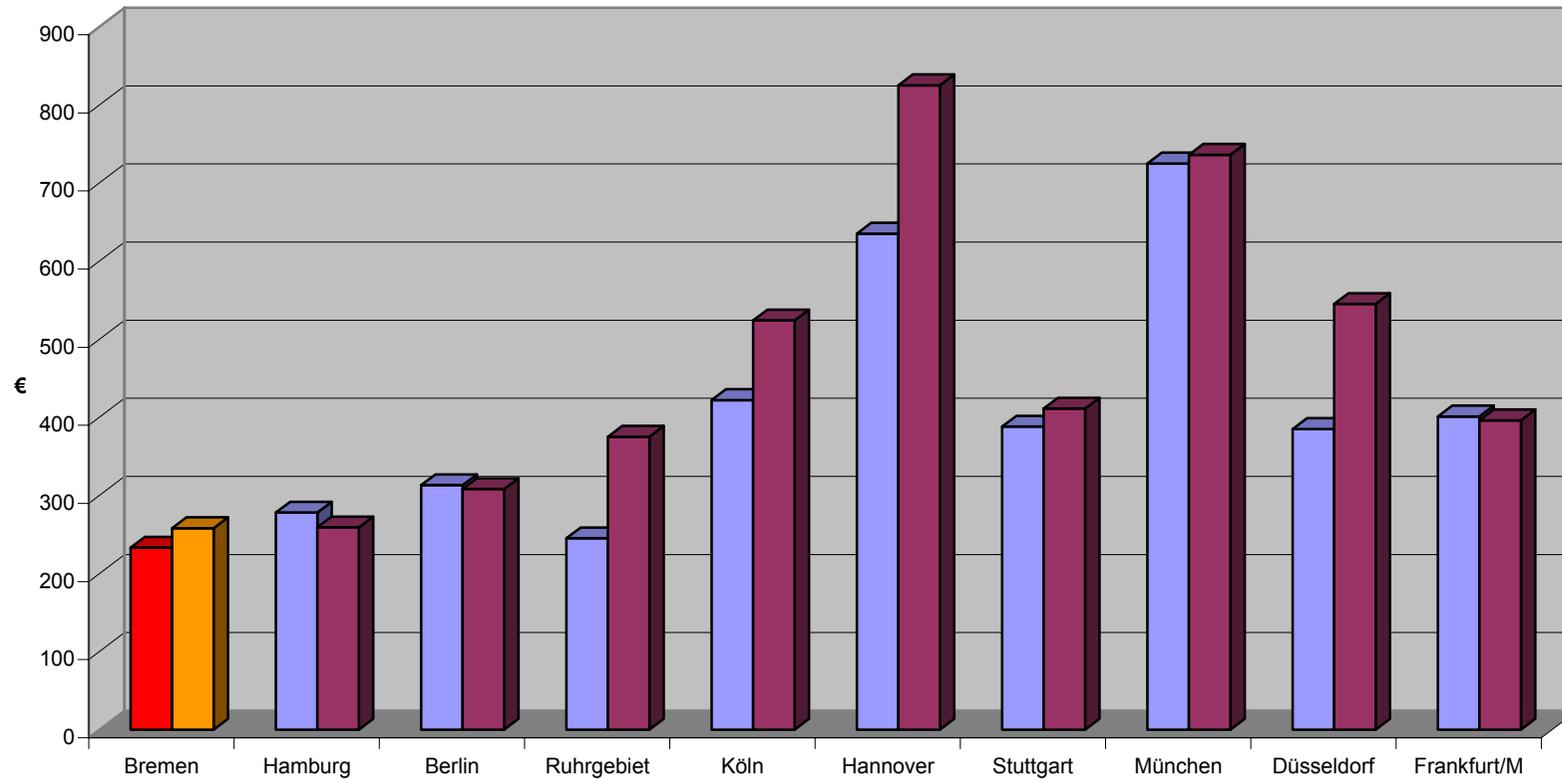
Ruhrgebiet: Dortmund, Essen,
Duisburg

■ 2000 ■ 2002

Absolventen pro Professor



Grundmittel der Hochschulen je Einwohner



Quelle:
Statistisches Bundesamt,
Hochschulstatistik
Wintersemester 2000/01
bzw. 2002/2003 mit
Medizin

Ruhrgebiet: Dortmund, Essen,
Duisburg

■ 2000 ■ 2002